

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.) Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet. Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Doktor Bahrdt redivivus. *)

„Unter den Blinden ist der Einäugige König“. Man darf sich sonach nicht wundern, wenn die Gemeinplätze des Herrn Richter, die er in seinem Windmühlkampf gegen die Sozialdemokratie zum Besten giebt und die sämtlich von ehrwürdigem Alter sind, von seinen Nachtretern in der bürgerlich-liberalen Presse für funkelnde neue Weisheit ausgegeben werden.

So ist die blödsinnige Verleumdung, der Sozialismus sei ein Feind von Wissenschaft und Kunst und die Sozialisten unterschätzten demgemäß den Werth der geistigen Arbeit, gegen alle Sozialisten von Babeuf bis zu Marx und Lassalle ausgespielt worden. Sie gefällt den Herren Bourgeois so gut, daß sie immer und immer wieder von Neuem ausgespielt wird, und gefällt hoffentlich am Besten jenen aus dem Schlamm aufgestiegenen Parvenu's der Börse, die gelegentlich mit ihrem erschwindelten Gold einmal ein gutes Gemälde kaufen oder einen armen Schriftsteller zu Tische laden und sich dann über „Verdienste um Kunst und Wissenschaft“ rühmen. Der Blödsinn, der von der Bourgeoispresse über den Werth der geistigen Arbeit zu Tage gefördert wurde, hat zuweilen förmliche Parabelbäume geschlagen. Wer erinnert sich nicht noch der ungeheuren Heiterkeit, die vor etwa anderthalb Jahrzehnten durch die wissenschaftliche Welt ging? Herr „Bernstein der Maggid“ an der damals Dunder'schen „Volkszeitung“ hatte erfahren, daß die Berliner Steinträger für ihre schwere Arbeit mit drei Thalern pro Tag bezahlt worden seien, und er hatte prophezeit, diese hohe Honorierung einer Handarbeit müsse zu einer „Berwüstung des Geistes“ führen. Damals lachte Alles homerisch zusammen und die armen Steinträger machten große Augen darob, daß sie plötzlich noch ein „kulturfeindliches“ Element geworden. Herr Richter hat in seiner „gewaltigen“ — schwatzgewaltigen! — Rede gegen die Steuerreform die Bernstein-Weisheit nur wieder aufgewärmt, als er davon sprach, die Sozialdemokratie unterschätze die geistige Arbeit, und dem Bernstein-Nachbeter wird wieder rings im Lande von „freisinnigen“ und nationalliberalen Blättern nachgebetet.

Widmen wir der Sache noch einmal eine Betrachtung, soweit sie es verdient.

Herr Richter, als der Vertreter der „fröndlichen“ Großkapitalisten und Unternehmer, ist der Meinung, gegenüber der produktiven Thätigkeit des Lohnarbeiters

werde die dirigirende und leitende Thätigkeit des Unternehmers von den Sozialisten unterschätzt. Nun, kein Sozialist wird so thöricht sein, den Unternehmer, der sein Geschäft leitet, zu den „Faullenzern zu werfen; wir wollen gerne zugeben, daß manche dieser Herren mehr beschäftigt sind, als ihrer Gesundheit gut thut. Und dennoch kann man diese Art Arbeit nicht in gesellschaftlichem Sinne produktiv nennen. Der Unternehmer von heute arbeitet nicht zu dem gemeinnützigen Zweck, den Bedarf der Gesellschaft zu decken, sondern nur um das von ihm weiland angelegte Kapital zinstragend zu mehren. Als Träger des falschen Systems der freien Konkurrenz hat er seine Arbeit darauf gerichtet, seine Mitbewerber auf dem Waarenmarkte zu übervortheilen, und zwar giebt es im Handel häufig Manipulationen, die vom Betrug nicht weit entfernt sind. Sein Dichten und Trachten ist, die Mitbewerber von dem Abjahgebiete zu vertreiben und sie zu ruiniren. Die Arbeit, die nur der Aufrechterhaltung dieses gemeinschädlichen Produktionssystems dient, kann sonach nicht als nutzbringend im wahren Sinne des Wortes anerkannt werden, denn sie dient nur jenem kapitalistischen Egoismus, der die ungeheuren Verheerungen von heute anrichtet, der aber nichts desto weniger von den Charlatans der bürgerlichen Oekonomie als „gesund“ gepriesen wird.

Drehen wir aber den Spieß um und fragen wir nach der Werthschätzung der edelsten geistigen Arbeit in der Bourgeoisgesellschaft.

Da sehen wir den Dichter und Denker, den Forscher, den Mann der Wissenschaft zum Lohnsklaven des Kapitalismus degradirt. Oder ist es etwas Anderes, wenn heute ein beliebiger Unternehmer, der nur auf sein Kapital pochen kann, die Leitung literarischer und wissenschaftlicher Unternehmungen an sich reißt, ohne im Geringsten dazu befähigt zu sein? Wir sehen heute z. B. riesenhafte Verlagsgeschäfte in den Händen von Leuten, denen aller Geschmack, alle schöpferische Bildung, alle literarische Urtheilskraft abgeht. Und doch haben sie einen großen, ja den größten Theil der Literatur in der Hand, denn der Schriftsteller, der ihnen seine Arbeitskraft verkaufen muß, sieht sich genöthigt, sich zu ducken, wenn er leben will. Männer von reichem Geiste und vielseitigem Wissen müssen ihre literarische Produktion der rohen Laune eines gewöhnlichen Prozen anbequemen, denn nicht Jeder hat das Zeug, den Kampf mit der Noth um einer unabhängigen Gesinnung willen anzunehmen! Solche Fälle kommen jeden Tag vor. Und das spricht von Geringschätzung der geistigen Arbeit durch die Sozialdemokratie! Wissenschaft und Kunst verkrüppeln, weil sie Speku-

lationsobjekte des Kapitals geworden, und das rühmt sich seines Treibens!

Die Alten speisten die Dichter, Denker und Künstler im Prytaneum; die Bourgeoisie macht sie zu Lohnsklaven; nach dem Tode erst werden die Heroen des Geistes verherlicht, damit man für ein paar Thaler sich „schöngeistig“ zeigen kann. Man setzt den Leuten, die man im Leben verfolgt, Denkmäler, und vergießt Krokodilstränen, daß es ihnen so schlecht gegangen:

„Mach' Dich verdient ums Vaterland,
So wirft Du — ausgehau'n!“

Ein Schiller — um nur Einige aus Tausenden zu nennen — mußte hungern, ein Heinrich von Kleist erschöpfte sich aus Noth, ein Feuerbach lebte im Elend und ein Wilhelm Bauer mußte den Bettelhut für sich herumgehen sehen — so ehrt die Bourgeoisgesellschaft die Dichter und Denker. Da gehört die eiserne Stirn des weiland Dr. Bahrdt dazu, sich als Vertheidiger dieser Bourgeoisgesellschaft aufzuwerfen und Andere der Mißachtung der geistigen Arbeit anzulagen!

In einem sozialistischen Gemeinwesen hätte weder ein Schiller, noch ein Kleist, noch ein Feuerbach, noch ein Wilhelm Bauer hungern gemußt.

Korrespondenzen.

Riel, den 30. November. Die Kieler Stadtverordneten-Wahl vom 28. November. Das Resultat der Wahl hat allgemein überrascht, und obwohl sich die hiesige gut bürgerliche Presse wohlweislich über ihren Sieg aus-schweigt, so wird es umsomehr von der auswärtigen Presse als Sieg des Bürgerthums hingestellt werden. Früher wir dieses Geschehens auf seinen richtigen Werth zurück. In früheren Jahren wurden die Stadtverordneten mit einigen hundert Stimmen gewählt. Voriges Jahr, als die Arbeiter mit in die Wahl traten, erhielten die Ordnungsparteien 1100 und die Arbeiter 600 Stimmen. Dieses Jahr, am 4. November, erhielten die Ordnungsparteien ca. 1150 und die Arbeiter ca. 1400 Stimmen. Als für den zweiten Tag die Wahl ausgeführt wurde, war es für Jeden klar, der nicht gerade mit Blindheit geschlagen war, daß es galt, für die Ordnungsparteien Zeit zu gewinnen. Um den Ordnungsparteien noch einmal einen Sieg zu ermöglichen, dazu bedurfte es außerordentlicher Mittel. Die Freisinnigen, Nationalliberalen, die Innungen und alle möglichen Vereine und Gruppierungen, sie alle hatten schon bei der ersten Wahl geschlossen gestimmt. Es fehlten nur die Konservativen, welche im Schmolwinkel saßen, weil sie bisher aus der großen Schüssel nicht mitessen durften; die freisinnige Tyrannei ließe sie nicht in die städtische Vertretung gelangen, jammerten sie. Die Konservativen wurden nun auch gewonnen (jedenfalls durch Konzessionen); außerdem setzten die Freisinnigen ihre Reichstagswahl-Organisation in Bewegung. In der ganzen Stadt wurden die Wähler durch sogenannte Vertrauensmänner (Schlepper) herbeigeführt. Welcher Druck dabei auf die kleinen Geschäftsleute, Handwerker etc. ausgeübt wurde, läßt sich leicht erklären. All' dieses zusammen hätte die

gewesen. Heute mußte sie sich aber eingestehen, daß ihre Bemühungen durchaus vergeblich gewesen waren.

„O Matthias,“ rief sie mit schmerzbedeugter Stimme, „daß ich diesen Tag erleben muß!“

Matthias, der Klosterforster, ein alter Mann mit wettergebräuntm Gesicht und eisengrauen Bart, nickte stumm und sah nachdenklich vor sich hin.

Wenn der heilige Dominikus die Zuchtlosigkeit seiner Priesterinnen sähe, er würde des Himmels Zorn auf sie herabbeschwören. Glauben sollte man, die Zeit wäre wieder erschienen, da die Klosterfrauen den Rittern die Liebesbrieflein über die Mauern hinauswarfen. Die ganze große Stube ist voll lockerer Gesellen, die da Wöllerei treiben.

„Und den guten alten Klosterwein trinken,“ murmelte Matthias grimmig. Seine sanftgeröthete Nase verrieth, daß er dem Klosterwein eine andere Bestimmung zuschrieb.

„Man könnte meinen, der jüngste Tag soll anbrechen,“ sagte die Priorin weiter. „Und wie hier im Kloster, so will auch draußen in der Welt alles drunter und drüber gehen. Keiner will mehr in seinem Stand bleiben und Alle widerstreben der Obrigkeit, die doch von Gott eingesetzt ist.“

Nun trat Matthias aus der Fensterische, wo er bisher gestanden, hervor.

„Ihr jaget, wie es ist,“ sprach er mit dumpfer Stimme, „es wird keine Ruh mehr in den deutschen Landen und böse Tage kommen über uns. Ich weiß wahrlich nicht, wie's kommt, aber heute brummt es mir immer in meinem alten Kopfe und die Prophezeiung, die ich so oft schon gehört von dem alten Kräutereis aus Nortenberg, sie will mir nicht aus dem Sinn:“

ihn antrieb, ward er so zornig, daß es zu einer Fehde kam.

Das Gedächtniß an solche lustige Zeiten mußte bei den Klosterfrauen wieder wachgerufen sein, denn die Fesseln klösterlicher Zucht schienen völlig gelöst. Es war etwas Besonderes im Gange. Die Schaffnerinnen hatten verschiedene mächtige Steintrüge mit altem Tauberwein gefüllt, und die Klosterfrauen, alt und jung, kredenzten den Besuchern die blanken zinnernen Becher unter Lachen und Scherzen. Die Patrizier und Bürgerstöhne, die zum Besuch erschienen waren, wurden bald schier so ausgelassen, wie auf der Trinkstube am Markt. Man stieß fröhlich an und es war nicht wenig getrunken, zumal die Klosterfrauen kräftig Bescheid thaten. Denn die Klosterfrauen zu Rothenburg nahmen es nicht so genau mit den Ordensgelübden und Ordensregeln und waren gar nicht zimperlich, wenn schon sich Töchter aus vornehmen Familien unter ihnen befanden. Einige Fräulein thaten sogar recht los und mochten leicht den Glauben erwecken, als betrachteten sie die klösterliche Zucht nur als eine Art Nummenschanz.

Während aus der großen Stube laute und fröhliche Stimmen drangen und oftmals auf dem Klosterhof widerhallten, lief die würdige Priorin des Dominikanerinnen-Klosters, Katharina Euler, im Konventsaale händeringend auf und ab. Die verwachsene ältliche Dame mit dem dünnen halbergrauten Haar, den grünlichen Augen und dem runzligen Antlitz konnte für Männer niemals sonderlich anziehend erschienen sein und hatte sich um so leichter auch zum Klosterleben entschließen können. Sie hatte in dem Kloster mit vieler Ausdauer die alte Strenge aufrecht zu erhalten gesucht und war auf ihre Erfolge nicht wenig stolz

Feuilleton.

Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525. Von Wilhelm Bloß.

Im Frauenkloster.

Es war an einem der letzten Märztage des Jahres 1525. Stattlich und ruhig wie immer sah das Kloster der Dominikanerinnen zu Rothenburg ob der Tauber von der jah abstürzenden Höhe am westlichen Rande der berühmten Reichsstadt in das frisch aufgrünende Tauberthal hinab. Im Innern des geräumigen Gebäudes dagegen, das sich an die gewaltige Ringmauer der alten Beste anlehnt, herrschte ein ungerohtes Leben und Treiben. Die Klosterfrauen liefen in den Kreuzgängen unruhig hin und her; zuweilen bildeten sich Gruppen, die lebhaft sprachen und gestikulirten. In der großen Stube des Klosters, wo man die Besuche zu empfangen pflegte, hatten sich heute zahlreiche Verwandte und Freunde der Klosterfrauen eingefunden. Hier ging es ziemlich zwanglos zu. Zwar hatte man auf Breiben eines ehrenten und fürsichtigen Rathes der Stadt Rothenburg schon vor langer Zeit den Klosterfrauen verboten, in der großen Stube Wein zu schenken, gedenkend des Aufzugs, den einst Ritter und Herren daselbst getrieben. Wußte man doch, daß einst der Schirmvogt des Klosters, der Junker Lupoldt von Weick, sich mit Knechten, Pferden und Hunden in das Kloster gelegt hatte, wobei es sehr kurzweilig zing. Als man

*) Bahrdt „mit der eisernen Stirn“ nannte Goethe einen charlatanisirenden Theologen dieses Namens.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Dezember.

Ordnungsparteien aber im günstigen Falle nur auf 1500 bis 1600 Stimmen gebracht, während Eingeweihte berechneten, daß die sozialdemokratischen Stimmen von 1400 Stimmen bei der ersten Wahl auf 2000 Stimmen bei der zweiten Wahl steigen würden. Da wurde schon einige Tage vor der Wahl laut, daß in Beamtenkreisen etwas vorgehe. In Kiel ist eine große Zahl Beamter wohnhaft. Bei der ersten Wahl sah man nur vereinzelt Beamte ihr Wahlrecht ausüben, da sie meistens keine freie Zeit dazu bekamen und da bei der Stellung der Beamten und bei öffentlicher Wahl eine Beteiligung ihrerseits nur möglich ist, wenn sie wählen, wie es die Behörde wünscht. Der 28. November zeigte uns ein überraschendes Resultat. Die Arbeiter erhielten circa 2100 und die Ordnungsparteien 2580 Stimmen. Die Stimmenzahl der Arbeiter stieg also vom vorigen Jahr von ca. 600 bis dieses Jahr beim ersten Wahltage auf ca. 1400, also um 800 Stimmen, dann vom ersten Wahltage bis zum zweiten auf 2100 Stimmen, also innerhalb 24 Tagen wiederum um 700 Stimmen. Die Stimmenzahl der Ordnungsparteien stieg vom vorigen Jahr von 1100 auf 1150 bei der ersten Wahl in diesem Jahr, also um 50 Stimmen, dann vom ersten Wahltage bis zum zweiten auf 2580, also binnen 24 Tagen um 1480 Stimmen. Von diesen 1480 Stimmen sind den Ordnungsparteien nach runder Schätzung etwa 1000 Stimmen von den Behörden zur Verfügung gestellt worden. Die Beamten der Post, Bahn, Zoll- und Steuerbehörden, die städtischen Beamten bis zum Schumann und Nachtwächter, alle bekamen diesmal freie Zeit mit dem Bemerkten: „Es wird gewünscht, daß Sie wählen.“ Die Wahllisten bekamen nicht bloß, wer sein Wahlrecht ausgeübt hat, sondern auch, wen der Betreffende gewählt hat. Die Freisinnigen waren nach der ersten Wahl im Besitz der Wahllisten, sie wußten genau wer nicht gewählt hatte. Mit wenigen Ausnahmen sind die aufgeführten Beamten dem „Wunsche“ nachgekommen und wählten gezwungen die Kandidaten der Ordnungspartei.

Es ist schon so viel darüber gesagt worden und nicht zum wenigsten von den Freisinnigen selbst, daß die Beamten von den Behörden bei den Wahlen beeinflusst werden. Die hiesige Stadtverordneten-Wahl hat uns gezeigt, daß die Freisinnigen, wenn sie am Ruder sind, dies noch schlimmer betreiben. In ganz Deutschland dürfte der Freisinn noch nicht so weit herunter gekommen sein, wie in Kiel. Nach dem Verhältnis, zu dem sich die Stimmenzahl der Sozialdemokratie hier vermehrt hat, ist es sicher, daß sie bei der nächsten Wahl, wenn den Ordnungsparteien die Beamten auch wieder zur Verfügung gestellt werden, trotzdem Sieger bleibt. Gut zu staten kommen ihr die beiden Vertreter, welche gewählt sind. Ihr Hauptaugenmerk aber wird sie auf die Beamten lenken. Bist man dem Vieh Futter vor, was ihm nicht schmeckt, so läßt es das Futter liegen, ein Beamter aber, der zur öffentlichen Wahl geht, muß nehmen, was ihm vorgesetzt wird, sonst kann er gehen.

Bielefeld, 30. November. Gestern Nachmittag um 4 Uhr traf Domela Nieuwenhuis auf dem hiesigen Bahnhof ein; in ihm bis Hamm entgegen gefahrener Parteigenosse geleitete ihn umbeistand aus dem Bahnhof hinaus, welcher von acht Polizisten besetzt war, die nach dem „Raatsgefährlichen Holländer“ Ausschau hielten. Da aber augenscheinlich Befehl gegeben war, dem fremd erscheinenden Reisenden zu folgen und denselben zu schützen, so sah sich Domela Nieuwenhuis und sein Führer bei ihrem Gang in die Stadt bald von einem Schutzmännchen verfolgt, der sie trotz mehrfacher Kreuz- und Quergänge nicht aus dem Auge verlor und auch bald einholte. Domela Nieuwenhuis wurde zur Polizeiwache geführt und nach Feststellung seiner Persönlichkeit sofort wieder zum Bahnhof gebracht, um in Begleitung eines Polizeikommissars in Zivil bereits um 6 Uhr die Rückreise anzutreten. Auf dem Bahnhof fanden noch einige Parteigenossen Gelegenheit, mit Domela Nieuwenhuis ein halbes Stündchen zu verplaudern.

Um 8 1/2 Uhr ward die öffentliche Volksversammlung eröffnet, welche der hier neu gegründete sozialdemokratische Verein einberufen hatte, und in welcher Domela Nieuwenhuis sprechen wollte. Die Versammlung war ganz außerordentlich zahlreich besucht. Der Vorsitzende gab einen Uebersicht über die Ergebnisse der letzten Stunden, richtete die Grüße Domela Nieuwenhuis' an die erschienenen Parteigenossen aus und gab dem Bedauern Ausdruck, daß es nicht geblüht sei, Domela in die Versammlung zu schaffen, damit die Polizei gezwungen gewesen wäre, ihn aus deren Mitte herauszuholen. Denn wenn einmal die preussische Regierung den holländischen Parteiführer auf deutschem Boden nicht dulden wolle, so hätte man ein Interesse daran gehabt, daß sich dessen Ausweisung vor einer möglichst großen Öffentlichkeit abspielte.

Der 3wienner, der Veteran unserer Partei am hiesigen Orte, unterzog alsdann das Vorgehen der Mindener Regierung, welches durch den Minister des Innern gebilligt worden wäre, einer eingehenden Besprechung und scharfen Kritik, worauf die Versammlung dem Ausgewiesenen eine begeisterte Huldigung darbrachte und einer Resolution zustimmte, welche gegen die Ausweisung Domela Nieuwenhuis' protestierte. Die imposante Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und ging unter dem Absingen der Arbeiter-Marseillaise auseinander.

„Wer 1523 nicht stirbt,
1524 nicht im Wasser verdirt
Und 1525 nicht wird erschlagen,
Der mag wohl von Wunder sagen.“

„O weh!“ rief die Priorin.
„Ja, man hält' Ursach genug zum Heulen und Wehklagen,“ sprach Matthias. „Seidem ein fürwichtig und gottvergessen Mönchlein zu Wittenberg die Bannbulle des heiligen Vaters ledlich ins Feuer geworfen ist, der Geist der Empörung lebendig geblieben. Zwar Sidingen, der Aftertaiser, ist todt, und mit ihm Hutten, der Schreiber schändlicher Schriften. Sie wollten einen Pöbelaufstand erheben und der gemeine Mann sollte überhand nehmen, so daß die Fürsten am Rhein das Morgenmahl, die anderen Fürsten das Nachtmahl und der gemeine Adel den Schlaftrunk sollten bezahlen. Ihr vom Satan gesegnetes Werk ist zergangen, allein nunmehr ist der Geist der Empörung in die Bauern gefahren.“

„In die Bauern?“ rief die Priorin.
„Ja, fromme Frau, in die Bauern. Sie sind auf überall, auf dem Schwarzwald, in Schwaben, in Franken, in Tyrol, am Rhein und über dem Rhein und auf dem Thüringer Wald. Wie eine feurige Schlange wälzt sich der Aufruhr durch die Gauen dahin. Und die Bauern aus der Rothenburger Landwehr sind auch auf.“

„Aber was wollen sie denn?“ frug die Aebtissin entsezt.
„Sie wollen eine allgemeine Reformation,“ sagte der Klosterföhrer ernst. „Es sind die gemeinfreien Bauern, die Mannen vom siebenten Heerfeld, die ihre alten Freiheiten wieder fordern. Sie wollen nicht mehr frohnden und wollen keinen Rehten, kein Weisthumb, kein Klauengeld, überhaupt Nichts mehr geben und wollen auch nicht mehr leibeigen sein.“

„Allmächtiger grundgütiger Gott,“ rief die Priorin, „was sollte denn da aus den Klöstern werden?“
Der Klosterföhrer zuckte die Achseln; dann lachte er bitter.

„Das wird der Bauern allergeringster Kummer sein,“ meinte er; schier spöttisch war sein Ton.
„Woher sollen wir Korn und Wein nehmen für die

Der Satz, daß alle übrigen Parteien der Sozialdemokratie gegenüber nur eine reaktionäre Masse sind, hat niemals eine glänzendere Bestätigung gefunden, als durch das Verhalten unserer Feinde nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Wer die Angriffe und das Geschimpfe auf uns in den Zeitungen der verschiedenen Parteien liest, wird sofort überrascht durch die absolute Gleichheit im Wesen des Gedankenganges und der Argumente. Regierungsleute, Ultramontane, Nationalliberale, Konservative, Fortschrittler — alle spinnen denselben Faden, treten mit demselben Eifer für die herrschenden Zustände in ihrer Gesamtheit ein. Nur in nebensächlichen Einzelheiten ist eine Verschiedenheit zu bemerken. Die Einen geben der Kritik diesen untergeordneten Punkt Preis, die Anderen jenen — in der Hauptsache herrscht vollständige Einmütigkeit; die Irrlehren des fortschrittlichen Führers Richter werden mit der nämlichen Reklamebegeisterung von Pfaffen und schützöllnerischen Schlotjunkten verbreitet, wie von den demokratisirenden Philistern des Freihandels; — der Richter'sche Kohn von der Polizei an diejenigen vertheilt, welche sprichwörtlich „nicht alle werden“, das ist eine Thatfache, so schlagend und so belehrend, daß jedem Denkfähigen die Interessengemeinschaft aller unserer Feinde, die Fäulniß der heutigen Gesellschaft, und das durch und durch Sinnlose der bestehenden Parteiverhältnisse und Partei-Unterschiede klar werden muß.

Die Abneigung der bürgerlichen Parteien gegen die Erbschaftsteuer wäre ganz unerklärlich, wenn die pathetische Behauptung, daß sie gern den ihnen zukommenden Antheil an den Staatslasten tragen wollten, auf Wahrheit beruhte. Das ist aber nicht der Fall, und der einzige Umstand, der ihnen die Erbschaftsteuer verhaßt macht, ist der, daß sie die Feststellung der Vermittelt des „Entbehrungslohns“, „Zusammengesparten“ Vermögens ermöglicht und die Steuerhinterziehungen erschwert. Die Herren Bourgeois wollen nicht, daß es bekannt werde, wie sie reich werden, und wie reich sie werden, — und sie wollen das Recht behalten, den Staat nach wie vor um den größeren Theil ihrer Steuerquote zu betrügen.

In einem englischen Blatt, das schon mehrmals Versuche machte, der deutschen Sozialdemokratie oder wenigstens deren „Führer“ Mangel an nicht revolutionärer Bestimmung nachzuweisen, taucht jetzt jener Herr, von dem wir neulich — und zwar in vollster Wahrheit — sagten, daß er in London den „Ultra-Revolutionär“ spielte und dabei für deutsche Bourgeoiszeitungen schreibe — wieder auf und läßt seinem Aergers über unseren Artikel: „Revolution und Revolutionäre“, in dem wir ihn vor Wochen abfertigten, freien Lauf — ein Vergnügen, in dem wir ihn nicht stören wollen. Dagegen müssen wir dem Redakteur des besagten Blattes — es ist der öfters genannte Mr. Hyndman — einige Worte widmen. Dieser Herr, der in seinem Leben nie etwas anderes gethan hat, als Alle, die sich nicht von ihm an der Nase herumführen lassen wollen, mit persönlichen Beschimpfungen zu überhäufen, benutzte die Gelegenheit, um Liebknecht den Vorwurf zu machen, daß er in der Polemik persönlich werde, und um den Gegner zu treffen, längst Vergangenes aus dessen Leben zu Tage fördere. Nun, was das „Persönlich“ werden angeht, so besteht es im vorliegenden Fall darin, daß Liebknecht den Gegner — falls dieser Ausdruck am Platz — gar nicht nannte, und das auch jetzt nicht thun wird, also, daß er in Wirklichkeit für besagten Gegner, der gerne genannt sein will, zu wenig persönlich war. Und was das Liebknecht zur Last gelegte Ausgraben von längst Vergangenen angeht, so bezieht sich das auf die Notiz, welche wir weiland über einen gewissen Headingley alias Smith veröffentlichten. Die Thatfachen, welche von Hyndman beiläufig gar nicht bestritten werden, waren für den fraglichen Herrn allerdings nichts weniger als schmeichelhaft. Das ist eben nicht unsere Schuld. Der fragliche Herr, der im Dienste der — jetzt vertrachten — Possibilisten-Firma Brouse und Comp. das Verlaumdene gewerbsmäßig betreibt, rempelte vor Kurzem auch John Burns an und zog sich einen kräftigen Fußtritt zu, in Gestalt des nachstehenden, an Mr. Kveling gerichteten Briefchens: „Smith ist ein Lügner, die ganze Welt weiß es; er schreibt ein Ding für die „Times“ und ein

anderes Ding für die Sozialisten. Sagen Sie den Freunden in Frankreich, sie sollen das Gegentheil dessen glauben, was er schreibt, dann haben sie wenigstens Antheil der Wahrheit nahe zu kommen. John Burns.“

Der „Smith“ ist unser Headingley, der — gleich dem von uns nicht genannten „Gegner“ — den Ultrarevolutionärs spielt und für die Bourgeoispresse schreibt.

Das Briefchen ist kurz und deutlich; es ist in der Presse erschienen, und Headingley, alias Smith, hat den Fußtritt ruhig eingestekt.

Der „Volksverein für das katholische Deutschland“ sei von uns nicht ausführlich genug hinsichtlich seiner Zwecke beschrieben und nicht richtig gewürdigt worden, so klagt das Hauptorgan der Zentrumsparthei. Es erscheint uns allerdings unnöthig, den inhaltarmen und namentlich aller sozialen Gedanken baaren Aufruf — denn in den Abrufen bergen sich keine Gedanken — wörtlich abzudrucken. Ein starkes Mißverständnis ist es, wenn die „Germania“ behauptet, daß der Parteitag in Halle die „Kriegserklärung an den Katholizismus“ beschlossen habe. Die Sozialdemokratie beabsichtigt nicht, mit dem Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse auf dem religiösen Gebiet einzugehen. Vom sozialistischen und geschichtsmaterialistischen Standpunkte läßt sich Wesen und Entwicklung der Religionen so vollständig begreifen und ergiebt sich die Abhängigkeit der Religionen von den ökonomischen Bedingungen so klar, daß wir ruhig auf dem Grundgebiet des Sozialismus bleiben können und dabei den Unverstand der Massen, soweit er sich in religiösen Formen und Dogmen verbahrt hat, zu überwinden hoffen dürfen. Die Religionen sind gegenwärtig nur noch als Verbündete des Kapitals und des Klassenstaats zu fürchten. Man greift aber, — so sagte Liebknecht in Halle — nicht die Nebenpositionen des Feindes mit unverhältnismäßiger Aufwendung von Kräften an, sondern man richtet den Angriff auf den Schlüssel des feindlichen Heeres. Dort kommandiren die Herren Kopp und Korum nicht — man überhäufe doch nicht so sehr die eigene Wichtigkeit!

Uebrigens beurtheilt die gegnerische Presse, soweit sie nichtultramontan ist, den Charakter und die Bedeutung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ ziemlich treffend.

Eine „Schulreform-Konferenz“ bestehend aus 44 ernannten Mitgliedern, tritt in den nächsten Tagen zusammen. Die orthodoxe Richtung in Kirche und Schule — darunter verstehen wir bezüglich der letzteren die gymnasiale Richtung — hat in der Konferenz eine starke Mehrheit. Die der Konferenz vorgelegten Fragen enthalten nichts, was auf eine Anpassung des Unterrichts an die moderne Weltanschauung und noch weniger etwas, was auf eine Erleichterung des Zutrittes der Arbeiterkinder zu den höheren Schulen hindeutete. Herr Süßfeldt, den man spähhafter Weise als „sozialdemokratisch angehaucht“ bezeichnet hat, ist auch in der Kommission; was Herr Süßfeldt vorschlägt, ist aber erstens nicht sozialdemokratisch und zweitens soll es, soweit es gut ist, nach Süßfeldt's Absicht nur den Kindern der bevorzugten Klasse zu gute kommen. Aus dieser „Reform-Konferenz“ wird keine Reform herauskommen; die höheren Schulen werden auch in Zukunft die getreue Widerspiegelung der herrschenden Gesellschaft, ihrer ökonomischen, politischen und religiösen Interessen bleiben. Die Beratungen sind geheim, es soll angeblich auch nachher kein Bericht über sie veröffentlicht werden. Diese Geheimthueret in unserem Zeitalter der Oeffentlichkeit paßt durchaus zu dem einseitigen Zweck und der veralteten Auffassung, welche für die Verantwortlichkeit bestimmend sind. Ob wir auf die Verhandlungen, soweit sie bekannt werden, zurückkommen, hängt davon ab, ob sie etwas Interessantes und in kritischer Hinsicht Lehrreiches darbieten werden.

Parnell gegen Gladstone, das ist die nächste Folge des Kampfes, in den die freie Liebe mit der englischen „Respektabilität“ gerathen ist. Der Führer der irischen Home-rule hat keine Lust der englischen Heuschreckengesellschaft zu Liebe, welche die freie Liebe läßt, aber äußerlich verleiht, seine politische Stellung zu opfern; bei einer wichtigen Abstimmung im Unterhaus hat er am Donnerstag gegen Gladstone, den Hauptvertreter dieser Respektabilität und für die Regierung gestimmt, und mit ihm der größere Theil der irischen Abgeordneten. Wir haben natürlich keine Veranlassung, in diesem Kampfe Partei gegen Parnell zu ergreifen. Was ihm die „Gesellschaft“ zum Verbrechen anrechnet, ist ihre eigene Praxis. Unter

Klosterfrauen, wer soll uns Del, Käse und Eier bringen, wer wird uns Lämmer und Gänse liefern und wer wird uns künftig die Herbsthühner, die Weihnachtshühner und die Fastnachtshühner geben?“ Die Priorin schlug die Augen verzweifelnd gen Himmel auf.

„Ja, sie machen es arg,“ sagte der Klosterföhrer. „Sie treiben schon ihr Vieh in unsere jungen Schläge und wenn ich ihnen wehren will, so lachen sie mich aus. Heute Morgen ist mir Fritz Möllner, der trotzig Bauerhauptmann aus Nortenberg, begegnet. Er fuhr mich grimmig an und sagte, wenn er mich noch einmal im Walde treffe, so werde er mich an einen Baum hängen. Ich mußte mir's gefallen lassen von dem übermüthigen Gefellen.“

„Aber der Rath hat doch die Bauern in der Rothenburger Landwehr dringlichst zur Ruhe mahnen lassen“, sagte die Priorin ergrünnt.

„Wer glaubt, die Rothenburger Bauern seien mit sanften Ermahnungen zur Ruhe zu bringen, der kennt sie schlecht“, sagte Matthias. „Wenn die einmal unruhig geworden sind, dann mag's für den Teufel selber ein schwer Stück Arbeit sein, sie wieder gefügig zu machen.“

„Dann muß man Gewalt anwenden,“ rief die Priorin und ein Blitz des Fanatismus brach aus den grünlichen Augen.

„Gewalt?“ frug ungläubig der Föhrer.
„Zawohl, Gewalt. Drüben am Hasselberg im Ansbachischen haben sich um Fastnacht die Bauern zu einem Wirthshof zusammengethan. Aber Seine Fürstlichen Gnaden Markgraf Kasimir von Ansbach haben gleich bemerkt, daß es sich um ganz andere Dinge handelte, denn um einen Wirthshof. Sie rathschlagten über das neue Evangelium. Da fielen des Markgrafen Reislige unter sie und haben ihnen über die Köpfe gehauen, daß sie Mordio schrien und feierlich gelobten, zeitlebens keinen Wirthshof mehr anzuthun.“

Der Klosterföhrer sah finster vor sich hin.
„Ja, der Markgraf,“ sagte er, „das ist ein mächtiger und staatskluger Herr, der hält sein Regiment mit fester Hand aufrecht.“

„Das kann der Rath auch,“ sagte die Priorin. „Ich

werde dem Rath anzeigen, wie's die Bauern treiben; er soll seine Söldner hinauscheiden.“

Der Klosterföhrer schüttelte sein Haupt.
„Ihr seid eine fromme, gottergebene Frau,“ sagte er, „und Ihr erfahrt in des Klosters Stille und bei Euren geistlichen Uebungen wenig von dem, was draußen in der Welt der Stadt Rothenburg zugeht.“

„Meine Ahnungen!“ schrie die Priorin.
„Ich hab' längst gewußt, daß die Anstifter der großen Empörung eine Praktik unter den Bürgern haben“, sagte Matthias, „hab's auch dem gestrengen Bürgermeister Examinus von Musloe einmal gesagt. Aber Seine Gestrengen haben mich damals einen Schwartzeber gescholten und mich spöttlich gefragt, ob ich einige Ursacher und Anführer solcher Empörung habe auf dem Besenstiel durch die Luft reiten sehen. Nun reiten sie nicht auf dem Besenstiel einher, sondern auf Pferden, die sie aus den Ställen der Herren gezogen haben.“

„Sie reiten schon?“ rief die Priorin.
„Nun ja, soweit sie Pferde haben. Aber laßt Euch erzählen, was sich zugeht, denn man hat Euch, wie mir dünkt, noch keine Kundschaft gebracht.“

„Erzählet!“ rief sie aufgeregt.
Matthias strich seinen Bart und fuhr fort:
„Daß die Bauern in der Landwehr und namentlich in unseren zwei Dörfern Ohrenbach und Brettheim seit Wochen unruhig sind, wisset Ihr. Die neue Lehre hat's ihnen angethan und die wandernden Prädikanten haben sie mit gelosen Neben erhit.“

Aber giebt's denn keine gottesfürchtigen Pfarrer mehr draußen auf dem Land, daß sie die verirren Schafe zurückführen zur Demuth und zum Gehorsam gegen die Kirche?“ warf die Priorin ein.
„Das ist's eben,“ sagte Matthias. „Die Pfarrer sind selbst angestekt vom bösen Geist. Da ist der Pfarrer von Leuzenbrom, Bernhard Demmer, dessen Vater im Rath zu Rothenburg sitzt; da ist sein Fröhmeser Hans Döberbach und da ist der Pfarrer zu Laubzell, Andreas Neuffer, die halten's mit den Bauern. Die haben ihnen die Lehre

denen, die jetzt so laut gegen ihn schreien, ist Keiner, der nicht das Gleiche oder Ähnliches gethan hätte, und Parnell hat ganz Recht, daß er diese Komödie der Entrüstung, die jetzt gegen ihn gespielt wird, als das auffaßt, was sie ist, als eine verdächtige Heuchelei; er will nicht das Opfer der herrschenden Moral-Heuchelei sein. Ob er Sieger bleiben wird in diesem Kampfe, das ist freilich die Frage; und sicher ist, daß er, der selber ein Bourgeois ist und dieser Heuchelgesellschaft angehört und dient, nicht die geeignete Persönlichkeit ist, um diesen Kampf prinzipiell zu führen. Wahrscheinlich wird er erliegen. Ohne Gladstone können die Irländer vorläufig nicht gut fertig werden — das heißt diejenigen Irländer, welche noch auf dem Standpunkte des Bourgeois „Liberalismus“ stehen. Ob dieser Standpunkt der richtige ist, das werden die Irländer jetzt allerdings zu erwägen haben, und so dürfte die „freie Liebe“ dann möglicherweise zur Folge haben, daß die radikalere Richtung unter den Irländern an Boden gewinnt — was jedenfalls im Interesse der Irländer wäre.

Der Versuch Parnells, durch sein Manifest den Kampf auf das politische Gebiet hinüberzuspielen und sich mit der Sache Irlands zu identifizieren, ist gescheitert. In England haben sich alle Parteien gegen ihn erklärt. Der Gladstonianer Morley nennt ihn einen Plüger. Morley leugnet, Parnell dem Posten eines Sekretärs von Irland angeboten zu haben zum Zwecke, die irische Partei in der englischen Politik aufgehen zu lassen; er habe sich nur vergewissern wollen, ob Parnell an seinem Entschlusse von 1880 keinen Ministerposten unter einer englischen Regierung anzunehmen, festhalte. Seine eigenen Parteigenossen sagen sich von ihm los. So stellen sich die irischen Deputirten in Amerika in einem Manifest auf Seiten Gladstones. Das Manifest beklagt die Nothwendigkeit zwischen Parnell einerseits und der Vernichtung der irischen Sache andererseits wählen zu müssen. Das Manifest Parnells lasse die letzte Hoffnung schwinden, ihn als Führer beizubehalten. Die Methode, daß Parnell, den Ursprung der gegenwärtigen unglücklichen Lage ignorierend, die Verantwortlichkeit dafür Gladstone und Morley aufzubürden suche, könne nicht gebilligt werden. Parnell habe ein überreifes fatales Verfahren eingeschlagen, bei dem man ihm über Rücksicht auf das Wohl des Landes nicht folgen dürfe. — Das ist deutlich und entscheidend. Dem Beispiel der Amerikaner wird die Mehrheit der irischen Fraktion folgen. Etwa 22 Deputirte halten an Parnell noch fest. So wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als in die Opposition gegen seine eigne Partei zu gehen. Und das ist das Ende.

Die Possibilisten haben einen Wahlerfolg errungen. Bei der Erwahlung eines Deputirten in Clignancourt, an Stelle des verstorbenen Deputirten Joffrin, wurde Lavoy mit 3220 St. gewählt. Lissagaray erhielt 2121 St. Der König von Italien hat ein Amnestie-Dekret unterzeichnet, durch welches diejenigen begnadigt werden, welche wegen Preßvergehens und einiger anderer Vergehen und Uebertretungen, einschließlich politischer Demonstrationen, verurtheilt waren. Das Dekret begnadigt ferner Stellungs-süchtige, die vor dem 1. Januar 1881 geboren sind. — Öffentlich erstreckt sich die Amnestie auch auf Andreas Costa.

Arbeiter-Sankt-Kommission. Berlin, 1. Dezember. Heute begann in der Kommission die zweite Sitzung, nachdem die „Zwischenkommission“ zwei Tage „gearbeitet“ hat, um ein „Einverständnis aller Parteien“ — mit Ausnahme der Sozialdemokraten — zu erzielen. Es scheint in dieser Kommission ziemlich „Harmonie“ geherrscht zu haben, denn die meisten Anträge, welche ihrerseits vorliegen, sind von sämtlichen Herren unterzeichnet. Es nimmt sich prächtig aus, zu lesen: „Dr. Gutfleisch (frei.), Dr. Hartmann (kons.), Hise (ult.), v. Kleist-Nezow (kons.), Möller (nat.), v. Stumm (freikons.)“ beantragen, die Kommission wolle beschließen u. s. w. —

Von den Sozialdemokraten ist Abg. Singer wieder abgetreten, um Grillenberger, welcher mehrere Wochen krankheitsbedingt an der Theilnahme verhindert war, seinen Platz wieder einzunehmen. Der Präsident erklärte jedoch, diesem Wechsel ohne Plenarbeschluss nicht zustimmen zu können, da seine Machtbefugnis in dieser Hinsicht am 18. November auf das Haus wiederum übergegangen sei. Es muß daher erst die morgige Plenarsitzung ihre Zustimmung geben.

Auf Antrag der Zwischenkommission (mit Ausnahme von

Artikel und Beschwerdeschriften aufgesetzt. Sie sind die rechten Anfänger der Empörung.“
„O, was für eine Zeit!“ rief Katharina Eulerin.
„Zur Kirchweih haben sie die Fäden gesponnen,“ fuhr der Klosterförster fort. „Das ganze Jahr über hört man die Bauern mit Jammern und Wehklagen, wie sie mit Abgaben beschwert sind und wie sie durch die Fehden der Stadt beschädigt worden sind. Denn wisset, in hundert Jahren hat unsere Stadt nur ein einziges Jahr erlebt, da keine Fehde war mit den ritterlichen Herren, und da sind oftmals die Felber verwüstet, viele Dörfer und Bauernhöfe geplündert und der rothe Hahn aus Dach geschert worden. Da man schreien sie durch das Dorf in Harnisch und Wehr, den Fiedelharing voraus, mit Trommeln und Pfeifen, und lassen die Fähnlein fliegen. Dann wird gezecht und gränlich geschlemmt.“

„Daß der Blitz drein schläge und ihnen den Jörn des Herrn verkländigte!“
„Wohlhin! Aber in diesem Frühling ließ es sich allenthalben so wöniglich an, daß die Bauern vermeinten, Gott der Herr wolle ihnen seinen Bescheid kundthun. Da haben sie auf der Kirchweih von nichts anderem als vom neuen Evangelium gesprochen und sind in Haufen zu einander gefallen, wie die Bienen, wann sie stögen.“
„Aber warum sendet denn ein ehrbarer Rath nicht seine Söldner hinaus und läßt die Empörer aus einander treiben?“ rief die Priorin. „Man meint ja, es sei alles verbert.“

„Da ist nichts verbert,“ sagte Matthias ernst. „Zhr wisset doch, daß die Bauern die Kriegsmannschaft einer freien Stadt Rothenburg sind. Und gar keine schlechte. Denn in den Fehden mit dem Adel hat ein ehrbarer Rath die Bauern der Landwehr in den Waffen üben lassen. Sie haben alle ihre Wehren und sind gar oft dabei gewesen, wenn es galt, ein ritterlich Haus zu stürmen und zu brechen. Sie haben sich auch in mancher Feldschlacht standhaft bewiesen. Sie haben Hesperte, ihre Färische, ihren Stürmhut und ihr Faustrohr und sie mögen fürtrefflich einen Sturm anlaufen oder die riesigen Geschwader des Feindes abtreiben. Und sie sind zahlreich auf

Möller und Stumm) wird zunächst beschlossen, hinter § 41 der Gewerbeordnung folgenden § 41a einzufügen: „So weit nach den Bestimmungen der §§ 105b bis 105h Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht stattfinden. Weitergehenden landesgesetzlichen Beschränkungen des Gewerbebetriebs an Sonn- und Festtagen steht diese Bestimmung nicht entgegen.“

Ferner, hinter § 55 einzufügen: § 55a. An Sonn- und Festtagen (§ 105a Abs. 2) ist der Gewerbebetrieb im Umherziehen, so weit er unter § 55 Abs. 1 Ziffer 1-3 fällt, verboten. Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden. Der Bundesrath ist ermächtigt, über die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen Ausnahmen zugelassen werden dürfen, Bestimmungen zu erlassen.

Der zu § 105a von Hartmann, Möller, Kleist-Nezow und Stumm gestellte Antrag: „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen, fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht,“ wird mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen, der Antrag Hise, welcher lesen will: „Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Ausschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten,“ wird mit 12 gegen 11 St. abgelehnt.

Zu § 105b beantragen Hartmann, Stumm und Möller, die in erster Lesung auf 30 und 60 Stunden festgesetzten Sonn- und resp. Festtagspausen wieder auf 24 und 48 Stunden herunterzusetzen, welcher Antrag von dem Regierungsrath Wilhelm „warm befürwortet“ wird. Hirsch und Wölmer bringen dazu den in erster Lesung von den Sozialdemokraten gestellten Antrag, statt 30 Stunden 36 zu setzen, ein. Herr v. Kleist will dem Antrag Hartmann, welcher sich mit der Regierungsvorlage deckt, zustimmen, wenn einige Ausnahmen, durch welche für gewisse Betriebe die Pausen verlängert werden können, eingeführt werden. Möller, neben Herrn v. Stumm der unverfälschteste Vertreter des Industrialismus, schwärmt für die kurzen Pausen. Der Volksparteiler Hähne will zwar an den durch seinen Antrag festgesetzten 30 Stunden festhalten, da er aber vermutet, daß dieser Beschluß der ersten Lesung fallen wird, tritt er für 36 Stunden ein.

Der Freiburger Bergwerksdirektor Merbach, der auch für die Regierungsvorlage ist, erzählt, daß die von ihm „befragten“ Arbeiter mit dem bisherigen Zustand „zufrieden“ seien. Sie hätten jedoch hinzugefügt, daß sie gegen eine Ausdehnung der Ruhepausen nichts einzuwenden hätten, selbstverständlich dürfe ihnen aber kein Pfennig von ihrem Lohn abgezogen werden (was sehr vernünftig ist, worauf aber die Herren Unternehmer natürlich nicht eingehen wollen).

Hise weist nach, daß durch die Annahme der Regierungsvorlage die jetzt durch das Berggesetz festgesetzten Verhältnisse für die Arbeiter verschlechtert wurden. Regierungsrath Bohmann polemisiert lebhaft gegen Hise. Molkenbuh r tritt selbstredend für den Antrag Hirsch-Wölmer ein, ebenso Stöckel, welcher erklärt, daß er, falls er für die Regierungsvorlage stimmen wolle, bei seiner Nachhausekunft mit saulen Kesseln beworfen werden würde, mindestens solle man bei den Beschlüssen der ersten Lesung bleiben.

Handelsminister v. Berlepsch erklärt, ein Hinübergang über die Regierungsvorlage könne für das Schicksal des Gesetzes „von bedenklichen Folgen“ sein. Unter Hinweis auf die amerikanische Gesetzgebung warnt er vor einem Zuweitgehen; man könne nicht wissen, wie weit der Schlag gegen die deutsche Industrie sei unangenehm, daher solle man das Schiff, das man jetzt abgehen lassen wolle, nicht zu schwer belasten.

Nach einer langen Debatte, an der sich Graf Salew, Hise, Dr. Büttcher, Regierungsrath König, v. Kleist-Nezow theilnehmen, wird der Absatz 1 des § 105b nach dem Antrag Hartmann und Genossen, Wiederherstellung der Regierungsvorlage (30 und 48 Stunden) angenommen mit dem Amendement Kleist-Nezow, welches lautet:

in der Landwehr da draußen. Was vermögen da die Söldner des Rathes, wenn ihm die gewappnete Bürgerschaft nicht hilfreich beisteht!“
„Und sie will nicht?“
„Nein, sie will nicht. Draußen aber, an der Straß nach Ansbach, bei Neusiß, dreiviertel Stunden, da lagern schon die Bauern; sie sind an 2000 Mann stark.“
„So nah schon?“ schrie die Priorin auf.
„Jawohl, und man hört gränliche Reden unter ihnen. Die Einen wollen die Frauenklöster plündern und ausbrennen; die Andern wollen die ganze Stadt überziehen und alle geistlichen Güter in Besitz nehmen.“
„Aber man läßt sie doch nicht in die Stadt?“ rief die Priorin ängstlich.

„Das ist eben, worüber gehandelt wird“, antwortete der Klosterförster. „Denn die Bürger der freien Stadt Rothenburg sind selber vom Teufel der Neuering besessen. Sie haben Beschwerdeschriften gegen einen hohen Rath gemacht und wollen nicht mehr so viel Steuern geben. Sie sagen, es säßen lauter Vettern im Rath, also daß eine Krähe der andern die Augen nicht anshade. Die Schuster, die Schneider, die Weingärtner, die Wehler, die Hutmacher und die Leineweber, alle wollen in der Gemeinde mitregieren.“

„Gütiger Gott“, meinte die Priorin, „gab' das ein lächerlich Regiment mit den Schustern und Schneidern an Stelle der edlen Herren im Rath!“
„Heute muß man seine Junge hüten,“ sagte Matthias ernst, „denn die Leute haben eine Gewalt. Sie wollen Herren sein und verlangen, daß man die Bürger nicht mehr in den Diebesturm legt, wenn sie sich gegen eines hohen Rathes Ordnung und Gesetz vergangen.“
„Die Auführer gehören in den Faulthurn, wo ihnen die Glieder stückweise abfallen,“ sagte die Priorin grimmig.
„Sacht, fromme Frau,“ meinte Matthias. „Die Auführer haben jeho das Regiment und da muß man sich schmunzen und duden, wenn man klug ist. Aber sie werden es nicht lange behalten und dann wird man sie strafen, wie sichs geziemet. Aber höret, Ihr kennet doch den Stephan

„Diese Bestimmung kann von dem Bundesrath auch auf andere Tag- und Nachtarbeiten ausgedehnt werden, wenn dazu ein unabweisliches Bedürfnis vorhanden ist.“

Damit ist die erste kleine Verbesserung, welche die Regierungsvorlage in erster Lesung erfahren hatte, dem Ansturm des Unternehmertums und der mit ihm verbündeten politischen Reaktionen erlegen.

Zu Absatz 2 liegt der freisinnige Antrag vor, im Handelsgewerbe die Beschäftigung von Gehilfen u. an den Sonntagen nicht fünf Stunden, wie in erster Lesung beschlossen wurde, sondern nur drei Stunden zu gestatten. Der Antrag wird gegen 8 Stimmen abgelehnt und wird nur ein Zusatz angenommen, wonach die Festsetzung der Stunden, in denen die Sonntagsarbeit in den Handelsgeschäften gestattet sein soll, durch statutarische Bestimmung der Gemeinden oder weiteren Kommunalverbände geregelt werden kann.

Die Diskussionen bewegen sich meist im selben Gedankengange wie in der ersten Lesung, so daß es sich nicht lohnt, auf dieselben in allen Punkten einzugehen.

Der § 105c, welcher bestimmt, auf welche Arbeiter die vorausgehenden Bestimmungen keine Anwendung finden, wurde nach dem Wortlaut der ersten Lesung angenommen, unter Streichung der Ziffer 4 (Gast- und Schankwirtschafts- sowie Verlehrsgerwerbe, die an anderer Stelle wiederkehren) und unter Hinzufügung der Worte „Auf die Bewachung der Betriebsanlagen“. Gestrichen wurde das Wort „Festtage“.

Zugleich wurde ein Antrag der „Zwischenkommission“ angenommen, hinter § 105h einen § 105i einzufügen, wonach die §§ 105a Abs. 1 bis 105f auf Gast- und Schankwirtschaften, sowie auf Verlehrsgerwerbe keine Anwendung finden. Auf Antrag Schmidt wurden auch Musik- und Theater-Aufführungen in diesen Paragraphen aufgenommen. Um 4¼ Uhr wird die Sitzung verlag.

So weit sich bis jetzt übersehen läßt, wird in der Hauptsache die Fassung der ersten Lesung mit den von der Zwischenkommission für gut befundenen Verschlechterungen angenommen werden. Anträge, welche weiter gehen als die Beschlüsse der ersten Lesung, kommen unter gar keinen Umständen mehr zur Geltung. Bemerkenswerth ist übrigens, daß die Zwischenkommission, die heute vom Präsidenten als „offiziell nicht existierend“ (ihre Anträge seien bloße Privatvereinbarungen) bezeichnet wurde, sich an den vielbesprochenen § 158 nicht herangeiraut hat!

Soziale Uebersicht.

Quittung. In der Zeit vom 20. bis 30. November sind folgende Beiträge hier eingegangen:

- Gauverein Berliner Bildhauer 150 M., Verband der Vergolder, Filiale 1, Berlin 75 M., Fachverein der Maurer Hamburg 1000 M., Vereinigung der deutschen Maler, Filiale 1, Hamburg 100 M., Maurer Riels 100 M., Drechsler, Ortsverwaltung II, Hamburg 60 M., Arbeiter der Margarine-Fabrik Steinwärder 16,80 M., Bau- und gewerbliche Hilfsarbeiter Hamburg 100 M., Former Deutschlands II Raten 400 M., Tischler-Werkstelle J. J. Hamburg 13 M., Haarschneider-Verein Neu-Jsenburg 10 M., Verein Berliner Schriftsetzer 82,80 M., Hühne, Berlin 1 M., Verband der Schneider und Schneiderinnen, Filiale Hamburg 150 M., Lampenfabrik Schuster u. Bär Berlin 80,25 M., Tapeziergehilfenfabrik Dresdens 10,25 M., D. B. in Rabernau 1,05 M., Flusshahlfabrik Ebert in Pieschen 2,35 M., Diste Nr. 860 2,40 M., Zentralverein der Plätterinnen, Hamburg 48 M., Schlosser und Maschinenbauer, Nürnberg 100 M., Verband der Möbelpolierer, Berlin 70 M., Korbmacher, Berlin 25 M., Fachverein der Lederarbeiter, Berlin 40 M., Verband der Schlosser, Hamburg 200 M., Fachverein der Tapezierer, Hamburg 120 M., Ch. Greve, Maurer, Hamburg, 17,20 M., Unterstühungsverein der Buchbinder, Hamburg 50 M., Verband der Gold- und Silberarbeiter, Hamburg 100 M., Verein der Hutmacher, Altona 20 M., M. Segis, Nürnberg, 200 M., Verein der Gastwirthschaftsgehilfen, Berlin 10,05 M., Töpfer, Belten 50 M., D. v. D. 15 000 M., Jungblut, Hamburg 1 M., Gerber, Wandersbeck 95,15 M., Edm. Lodi, Altona 2 M. — Ab. Danmann, Kassirer der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg, Fürstentpl. 21.

Die Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

von Manzingen, der früher einmal Rothenburgischer Oberamtman in Ereglingen war, der dann eine Tochter des Rathsherrn Pröll geheirathet hat und jetzt in seinem stattlichen Hause hier am Herrenmarkt wohnt?“
„Den Manzinger kenne ich,“ sagte die Priorin. „Aber der ist doch kein Empörer, der ist ja ein Lehnsmann seiner Fürstlichen Gnaden des Markgrafen Casimir von Ansbach.“

„Desto besser mag er im Trüben fischen. Ist er doch auch Getreuer des Herzogs Ulrich von Würtemberg, den sie aus dem Land gejagt haben und dem es einerlei ist, ob er durch den Stiefel oder durch den Schuh wieder zu seinem Land kommt. Der Manzinger hat den aufrührerischen Geist unter die Bürgerschaft gebracht und der Hauptpfarrer, der Doktor Deuschlin. Sie sind auch Ursach, daß der Erbschelm, der Doktor Karlstadt, der die Wunder Gottes leugnet und das Abendmahl verwirft, in der Stadt Rothenburg sein Wesen treiben kann.“

„Aber ein hoher Rath hat doch den Karlstadt aus der Stadt verwiesen; er ist ja in Straßburg!“ rief die Priorin.

„Das ward männiglich geglaubt“, entgegnete Matthias. „Aber in solchen Zeiten kehren sich die Schwärmergeister wenig an eines hohen Rathes Gebot. Der Karlstadt hat Rothenburg gar nie verlassen!“

„Daß ihn Gottes Marter schänd!“ Was Ihr sagt!“
„Sondern der Manzinger, Herr Ehrenfried Rumpf, der Altbürgermeister und der Hauptpfarrer Deuschlin haben Karlstadt gespeist und beherbergt insgeheim wider des Rathes Gebot. Man glaubte ihn zu Straßburg und währenddem ließ er in den Mauern Rothenburgs seine lästerliche Schrift wider das Abendmahl drucken. Heute Morgen hat er sogar am Marterbild gepredigt und ich hab' das kleine Mänlein selbst gesehen mit seinem großen Rock und schlechten weißen Filz.“

„Warum greift man ihn nicht?“
„In dem Fall gehts den Rothenburgern mit dem Karlstadt wie den Nürnbergern mit dem Strauchritter, dem Eppelin von Gaskingen: sie hängen keinen, sie hätten ihn dem zuvor.“
(Fortsetzung folgt.)

Theater.

Dienstag, den 2. Dezember.
Opernhaus. Oberon, der König der Elfen.
Schauspielhaus. Die Quihows Fassung. Kasstolnikow.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Deutsches Theater. Die Gaudenlerche.
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater. Königsgardist. Sonne und Erde.
Wallner-Theater. In Hemdsärmeln. Pension Schöller.
Kesiden-Theater. Der Kampf ums Dasein.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Bellevue-Theater. Der Jongleur.
Ostend-Theater. Zimmermann's Sene.
Thomas-Theater. Der Soldatenfreund.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Bürgerliches Schauspielhaus. Der Hönkel.
Raufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress**, Alexanderstraße 27c.
Clara Conrad, Sieder- und Balz- sängerin.
Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
Mr. Samitti mit seinen dressirten Hunden.
Mr. O. Worch, Produktionen an römischen Ringen.
Max Menzel, Gesangs-komiker.
Mr. Koberstein, Malabarist.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 80 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Concert.
 Direktion **J. Ködman.**
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pfg.
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pfg.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausfahant von Wagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor **G. Sanftleben.**
 Wochentags: **Frei-Concert.**
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 **F. Sadtke.**

Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22/23. [742]
Lebensgroße Wachsfiguren.
Panoramen.
Dioramen.
 Ethnographische Sammlungen.
 Italienische Volks-sänger.
Entrée 50 Pf.
 Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Oastan's Panopticum.

Entrée 50 Pfg.
Kinder 25 Pfg.
 8-9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Amazonen-Corps
 Vorstellung Sonn. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr.
 Nachm. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr tändl. eine Vorstellung.
 Extra-Entrée 30 Pfg. Kinder frei.

Robtbat A. Goldschmidt,

Spannauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Cigaretten. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Robtabale sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spannauerbr. 6, am Fache'schen Markt. [748]

Sinderwagen.

Das gr. Lager Berlins **Andressstr. 23, D. P.**

Circus Renz.

Karlstraße.
Dienstag, den 2. Dezember, Abends 7 Uhr:
Gesetzt, geschützt! Gesetzt, geschützt!
Im dunklen Erdtheil.
 (Einnahme von Bagamogos.) Große equestrische Original-Pantomime, dem afrikanischen Leben entnommen, arrang. und in Scene gesetzt vom Dir. **E. Renz.** Der phänomenale Reitanfänger **J. J. Glarke** in seinen unübertrefflichen Flipflaps, Doppel-Pirouetten und Vor- und Rückwärts-Saltomortales. 6 irische Jagdspferde (Non plus ultra d. Pferde-dressur), zusammen dressirt und vorgeführt von Herrn **Franz Renz**. Jeu de la rose, geritten von Fräul. **Clof. Sager** und **Miß Willie Meers**. Schulpferd Negro, geritten von **Mm. Vidal**. 3 Athleten zu Pferde, v. den Gebr. **Briatore**. **Mr. Rodgers**, berühmter Luftgymnastiker. Aufstehen der Reitanfängerin **Miß Willie Meers** und **Frl. Bierach**. Komische Entree's und Intermezzen von sämtlichen Clowns.
 Morgen Abend 7 Uhr: Vorstellung.
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
 Heute, Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
 Besonders hervorzuheben:
Great Hurdle-Race
 geritten von Damen und Herren mit engl. Halb- und Vollblutpferden, unter Beibeteiligung zweier hiesiger Reiter, der Herren **v. Schlegel** und **Edmund Stoll**. Großes Ballet-Potpourri von 20 Damen. **Mr. Loyal**, anerkannt bester Jockey. Schul-Quadrille, geritten von 4 Herren. Original-Clown **Durov**. **Pas de deux** auf zwei ungesattelten Pferden von **Mr. Watson** und **Miß Meer**. Etagen-Narrouffel mit 25 Freiheitspferden. Aufstehen der Reitanfängerin **Miß Vinella**. **Mr. Achilles**, Parforce-reiter. Halbsitz, arabischer Schimmelhengst, in Freiheit mit der Dogge **Früh** vorgeführt von Herrn **Ernst Schumann**. Aufstehen des jugendlichen Reitanfängers **Mr. Jos** in seinen vorzüglichen Saltomortales zu Pferde. Komische Entree's sämtlicher Clowns.
 Morgen: Große Vorstellung.
 Zum 1. Male:
Eine ländliche Hochzeit,
 großartige Pantomime zu Wasser und zu Lande.
Der Circus ist gut geheist!

Geschäftshaus S. Heine

Chausseest. 14.
 Die schönsten **Kinderkleider und -Zacken** für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgenröde, Unterröde, Trikottailen u. Bloujen**, auch im Einzelverkauf sehr billig! Maßbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt! Normal-Unterleider und Trikottagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe etc.
Geschäftshaus S. Heine.

Zeitungs-Geschäft

Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß ich mein bis jetzt betriebenes **Zeitungs-Geschäft** mit dem 1. Dezember d. J. an den Genossen **W. Schönstein**, Mariannenstraße 48, übertragen und bitte das mir geschenkte Vertrauen auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.
 1786
W. Noack, Kaufstr. 35.

Zeitungs-Spedition

Bezugnehmend auf Obiges, erlaube ich mir mitzutheilen, daß ich die **Zeitungs-Spedition** des Herrn **Noack** mit dem 1. Dezbr. d. J. käuflich übernommen habe. Indem es mein Bestreben sein wird, mir das Vertrauen meiner werthen Kundschaft zu erhalten, sichere ich prompte und reelle Bedienung zu.
 Hochachtungsvoll
W. Schönstein, Mariannenstr. 48.

Cylinderhüte,

eigenes Fabrifat,
Filzhüte mit Kontrollmarke, **Schirme, Pelzwaare**, nur reelle Waare, empfiehlt zu folgenden Preisen 1789
Hermann Haase,
 129. Invalidenstr. 129.

Holzschuh u. Filzschuh.

Fabrik und Lager aller Sorten **Herren-, Damen- und Kinderstiefel.**
Chr. Geyer,
 4 Oranienstr. 4.

Bekanntmachung.

Das Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz tritt in seinem ganzen Umfange am 1. Januar 1891 in Kraft. Am 3. Dezember d. J. und den folgenden Tagen wird durch die Briefboten der hiesigen Neuen Berliner Omnibus- und Pachtfahrt-Aktiengesellschaft eine Bekanntmachung des unterzeichneten Vorstandes, welche eine Belehrung über die wichtigsten, zunächst in Betracht kommenden Bestimmungen des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes enthält, an sämtliche Haushaltungsvorstände zur Vertheilung gelangen. Wir machen auf die Wichtigkeit dieser Bekanntmachung hierdurch ganz besonders aufmerksam und bemerken, daß Exemplare dieser Bekanntmachung in den Bureaus der genannten Gesellschaft:
 1800
 Bureau 1 S. Alexandrinerstr. 93.
 2 NO. N. Frankfurterstr. 11.
 3 N. Polbringerstr. 77.
 4 N. Dalkdorferstr. 18.
 5 N. Oranienburgerstr. 45.
 6 W. Magdeburgerstr. 13.
 7 SW. Gneisenaustr. 102.
 8 C. Bischofstr. 14/15.
 9 SO. Skalitzerstr. 33.
 10 NW. Alt-Moabit 111.
 11 W. Kronenstr. 64.
 12 N. Hufittenstraße, Lagerhof (Alter Viehhof)
 oder von den Briefträgern derselben nachverlangt werden können.
 Berlin, den 28. November 1890.
Invalidditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin.
 Der Vorstand.
Eberty, Mugdan, Dr. Freund.

Centralverein der Haus- und Geschäftsdieners Berlins.

Mitgl. = Versammlung
 am Dienstag, den 2. Dezember cr., Abends 9 Uhr,
 bei **Dolgmüller**, Alte Jacobstr. 48a.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Bernstein** über: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen etc., ferner Ausgabe der Biletts zum Maskenball am 3. Januar in der Brauerei Friedrichshain.
 Gäste haben Zutritt.
 1798
Der Vorstand.

Oeffentl. Versammlung der Bergolder u. Bergolderinnen

und Berufsgenossen
 am Mittwoch, den 3. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 in **Scheffer's Salon**, Infeststr. 10.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung der Lohnkommission.
 2. Wahl der Revisoren zur Streitkommission. 1784
 3. Verschiedenes.
 Extra-Werkstatt-Einladungen finden nicht statt. Zahlreiches Erscheinen sehr erwünscht.
Die Lohnkommission.

Winter-Paletots und Anzüge

bei billigen Preisen empfiehlt das bekannte **Herren- und Knaben-Garderobe-Geschäft** von 425
Julius Lindenbaum
 Große Frankfurterstr. 139.
 Spezialität: Anfertigung nach Maß und Arbeitsfachen.
 (Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Bitte lesen Sie!

Jedem, der billig und reell kaufen will, empfehle mein reichhalt. Lager in **Winter-Paletots**,
 Rock- und Jaquet-Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen und Westen, Stiefeln, Hüten, Betten, Wäsche, Uhren, Reise- und Holzkoffern etc., sowie **Damen-Mänteln und Kleidern.**
 Alles in alt und neu! Kaufe sämtliche Sachen auf Auktionen und von Viehhändlern, auch sind verfallene Pfänder dabei, daher die enorm billigen Preise.
A. Wergien,
 Schneidermeister. (Gegründet 1874.)
 127. Skalitzerstr. 127.
 Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 2347
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Gr. Volksversammlung

am Dienstag, den 2. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 im „Elysium“, Landsberger-Allee 36-38.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich die Arbeiter Berlins zur Gründung einer Arbeiter-Bildungsschule? Referent **Städt. Vogtherr**.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Kommission.

Kongress aller Eingewanderten freien Hilfskassen Deutschlands zu Berlin am 8. Dezember und folgende Tage.

Genossen, welche gewillt und in der Lage sind, vom 7. Dezember ab auf etwa 4 Tage einen oder mehrere Delegirte freundschaftlich aufzunehmen (gegen Entgelt) werden ersucht ihre Adressen sofort, aber spätestens bis Mittwoch Abend schriftlich dem Genossen **Röske**, Kottbuser Ufer 62, mitzutheilen. Es wird für mehr als 300 Delegirte Quartier gewünscht.
Das Lokalkomitee.

Freie Volksbühne.

Oeffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
 in **Ahrends Brauerei (Moabit)**, Stromstr. 11-16 und
 am Samstag, den 6. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in
Habel's Brauerei, Bergmannstraße 6-7.
 Tages-Ordnung: Vortrag über die Arbeiterkassen Berlins und die „Freie Volksbühne“. Referenten die Herren **Lürk** und **Bölsche**.
 Gleichzeitig theilen wir nochmals mit, daß **Sonntag**, den 14. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, im Ostend-Theater die erste Vorstellung für die II. Abtheilung (grüne Karten) stattfindet. Zur Aufführung kommt „Ein Volksfeind“, Schauspiel von **Henri Ibsen**. — Am ersten Weihnachtstage findet dieselbe Vorstellung für die I. Abtheilung (rothe Karten) statt.
Mitglieder zur II. Abtheilung werden noch fortwährend aufgenommen in nachfolgenden Zahlstellen: **Norden:** August Hinge, Zigarrenhandlung, Panstraße 14a. **Witwe Klara Hasenclever**, Zigarrenhandlung, Brunnenstraße 123. **Konrad Engel**, Buchbinder, Chorinerstraße 9. **Wehner**, Zigarrenfabrik, Diederhofenerstraße 3. — **Nord-Osten:** Franz Niemeier, Zigarrenhandlung, Weberstraße 19. — **Süden:** Albert Auerbach, Schuhwaaren-Geschäft, Kottbuser Damm 7. **Gottfried Schulz**, Zigarrenhandlung, Admiralstraße 40a. **Wilhelm Bödner**, Zigarrenfabrik, Ritterstraße 108. **H. Vogtherr**, Buchhandlung, Dresdenerstraße 52-53 (Passage). — **Zentrum:** Vogtherr, Werkzeug-Handlung, Landsbergerstraße 64. — **Osten:** Hermann Gräßhold, Materialwaaren-Geschäft, Ballisadenstraße 59. **Süd-Osten:** Gunt Arndt, Zigarrenhandlung, Skalitzerstraße 108. **Wolff Rehr**, Hutfabrik, Köpenickerstraße 126. **Westen:** Otto Antrid, Zigarrenfabrik, Steinhilfsstraße 60. — **Süd-Westen:** Adolf Lange, Restaurateur, Fürbringerstraße 22. **Alex Ochs**, Zigarrenhandlung, Lindenstraße 59. — **Moabit:** Fritz Voß, Zigarrenhandlung, Birkenstraße 59.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.

Herausgegeben von **Max Schippel**.
 II. Serie, Heft 8:
Fort mit dem Dreiklassen-Wahlssystem in Preussen.
 Von **Max Schippel**.
 2. umgearbeitete Auflage. Preis 20 Pf.
Vorräthig in unserer Expedition, Beuthstr. 3.

Die Urgesellschaft.

Untersuchungen über den Fortschritt der Menschheit aus der Wildheit durch die Barbarei zur Zivilisation.
 Von **Lewis H. Morgan**.
 Deutsch von **W. Elohoff** und **Kantsky**.
 Das höchst interessante Werk, das Jedem zur Anschaffung empfohlen wird, wird in ca. 11 Heften à 50 Pf. vollständig sein.
Vorräthig in unserer Expedition, Beuthstr. 3.

Silberne Herren-Remontoir

mit **Ferd. Lassalle-Gemälde**
 empfiehlt allen Freunden und Parteigenossen in hochfeiner Ausführung zu 26, 28, 30 und 32 Mark, unter Garantie und streng reeller Bedienung.
R. Bressel, Uhrmacher, Stuttgart.
 Versandt gegen Nachnahme.

Noch nie dagewesen! Schlittschuhe,

welche auf 2 cm zu verlängern sind, auch alle anderen Arten.
 Ferner empfehle zum bevorstehenden Feste mein großes Lager in **Haus- und Küchengeräthen**. Spezialität: **Solinger, Stahlwaaren** und emaillierte Kochgeschirre.
Carl Pietsch, Eisenwaarenhandlung.
 1801 **SW. Lindenstrasse 107.**

Feste Preise. Für Mark 38

Reelle Bedienung. 56
Winter-Paletots
 in allen Farben, elegant sitzend, gut gearbeitet.
J. Baruch (vormals Adler & Baruch),
 143. Oranienstraße 143,
 zwischen Moritzplatz und Brandenburgerstraße.
Feste Preise.
 Hierzu zwei Beilagen.

An die Parteigenossen!

Wir beabsichtigen von nun ab wöchentlich an dieser Stelle alle im Zusammenhange mit unserer Parteibewegung erfolgten Verurtheilungen und Verfolgungen zu registriren. Um aber hierüber ein genaues und erschöpfendes Verzeichniß führen zu können, ist es unbedingt nöthig, daß alle Genossen, die solche Verurtheilungen oder Verfolgungen erleiden (oder falls sie durch Verhaftung u. d. d. daran gehindert sind, die Vertrauensmänner der betreffenden Orte) ungesäumt unter der Adresse:

J. Auer, Rahbachstraße 9 I, Berlin SW.,

uns hiervon unter Angabe von Ort, Datum und Art der Anklage direkt durch Postkarte oder Brief in Kenntniß setzen.

Es genügt nicht, wenn diese Vorkommnisse in der Lokal- oder Provinzpresse mitgetheilt werden; bei dem Umfange, den unsere Parteipresse allmähig erreicht hat, ist es für uns einfach unmöglich, jedes einzelne Blatt von Anfang bis Ende zu diesem Behufe zu durchsuchen.

Wir möchten überhaupt bei dieser Gelegenheit jeden einzelnen Genossen dringend bitten, unsere Aufforderungen nicht bloß zu lesen (bzw. abzudrucken), sondern die darin ausgesprochenen Ansuchen auch nach Kräften selbst zu erfüllen.

Wie wichtig aber gerade heute solch ein „Verfolgungs-Kalender“ ist, dürfte jedem Genossen ohne längere Erörterung klar sein. Wochen- und monatelang vor der mit dem 1. Oktober erfolgten Rückkehr zum sogenannten gemeinen Recht hat die gegnerische Presse Jammerruf auf Jammerruf erhoben, wie jetzt bei der „Unzulänglichkeit des gemeinen Strafrechts“ die Zügellosigkeit der sozialdemokratischen Schreckenstheorie ihre tollsten Orgien feiern werde; da dürfte also gegenüber dieser Heuchelei die einfache Konstatirung der erfolgten Verurtheilungen, Verhaftungen, Konfiskationen u. d. d. den schlagendsten Beweis erbringen, was Alles auf Grund des gemeinen Rechtes in der „neuen Aera“ möglich und zulässig ist.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Intern „neuen Kurs“.

Aus der Tagespresse haben wir für den Monat November folgende, freilich nur mangel- und lückenhafte Zusammenstellung machen können:

1. **Lübeck.** Holzarbeiter Bull 6 Monate, vier Genossen je 3 Monate Gefängniß wegen „Erpressung“; sie hatten bei der Forderung auf höheren Lohn mit Streik gedroht.
2. **Dresden.** Redakteur Thum von der „Sächs. Arbeiterzeitung“ zu 75 M. Strafe wegen Beleidigung des Generalsekretärs Bueck und 150 M. wegen Beleidigung der Amtshauptmannschaft.
3. **Hamburg.** Fünf Vorstandsmitglieder des Maurer-Fachvereins Gefängnißstrafen von 6—9 Monaten wegen „gemeinschaftlicher Erpressung“; sie hatten einem Meister mit Sperre gedroht, falls er drei von ihm entlassene Maurer nicht wieder in Arbeit nehme.
4. **Kassau.** Apotheker Lutz 25 Mark Geldstrafe wegen groben Unfugs, weil er auf die Gräber der in Kaschau gestandenen Achtundvierziger einen Kranz mit folgender Widmung auf rother Schleife niedergelegt hatte: „Den Opfern des Unverständes und der Willkür, Den Kämpfern für Freiheit und Recht, Den Todten die Lebenden.“
5. **Halle.** Redakteur Ilge vom Halle'schen „Volksblatt“ 1 Monat Gefängniß wegen Verächtlichmachung von Staats- einrichtungen (Volkschulwesen).
6. **Chemnitz.** Redakteur Gladewitz von der „Presse“, 6 Monate Gefängniß, wegen Beleidigung des sächsischen Offizierskorps.
7. **Hamburg.** Wegen des Steinstraßenkrawalls wurden nach siebenmonatlicher Untersuchungshaft 15 Angeklagte zu Gefängnißstrafen von 5 Monaten bis zu 1 Jahr verurtheilt. Der Haupttrüdelstörer zählte 13, zwei andere Angeklagte erreichten eben das 18. Lebensjahr.

15. **Düsseldorf.** Der Redakteur der „Düsseld. Arb.-Zeitung“ 3 Monate Gefängniß wegen Pfaffenbeleidigung und 14 Tage Gefängniß wegen Beschimpfung der katholischen Kirche.
15. **Elberfeld.** Redakteur Grimpe von der „Freien Presse“ 3 Monate 8 Tage Gefängniß wegen diverser Presprozesse.
16. **Düsseldorf.** Im bekannten Geheimbundsprozeß Fischer, Fingler, Kofmüller und Heine je 1 Monat Gefängniß.
17. **Chemnitz.** Expedient Sinneberg von der „Presse“ 8 Tage Gefängniß, weil er nach Schluß einer Volksversammlung ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ausgebracht hatte.
19. **Frankfurt a. M.** Redakteur Hoch von der „Frankf. Volksstimme“ 6 Monate Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung.
19. **Potsdam.** Stadtverordneter Vogtherr aus Berlin 6 Wochen Gefängniß wegen Beschimpfung der christlichen Kirche.
22. **München.** Redakteur Schwab von der „Münchener Post“ 100 M. Geldbuße (event. 10 Tage Haft) wegen Zeugnissverweigerung; er weigerte sich, den Verfasser einer Einfindung zu nennen.
24. **Gera.** Redakteur Rödiger von der „Neuf. Tribune“ 4 Monate 8 Tage Gefängniß wegen diverser Beleidigungen. (Das Schöffengericht hatte in erster Instanz auf Freisprechung und in einem Falle auf 8 Tage Haft erkannt.)
25. **Halle.** Der Redakteur des „Volksblatt“ und der Klempner Schmidke je 1 Monat Gefängniß wegen Militärbeleidigung.
26. **Frankfurt a. M.** Postamentier G. Merz von Offenbach aus Frankfurt a. M. seiner Zeit ausgewiesen, 9 M. Geldbuße wegen Banbruch im Jahre 1888.
28. **Berlin.** Redakteur Baake von „Berliner Volksblatt“ 300 M. Strafe wegen Beleidigung des Generalsekretärs Bueck.

Konfiskationen erfolgten im Laufe des Monats November verschiedene: In Berlin wurden auf der Expedition des „Volksblatt“ 39 180 Exemplare des Parteiprogramms und der Organisationsbestimmungen beschlagnahmt; ebenso das Beiblatt zu Nr. 47 der „Berliner Volkstribüne“; in Breslau wurde Nr. 40 der „Schles. Nachr.“ wegen angeblicher Majestätsbeleidigung beschlagnahmt und die Anklage auch auf einen Kolporteur in Briesg ausgehört, der die betr. Nummer vor der Konfiskation verbreitet hatte; in Halle eine Nummer des dortigen „Volksblatt“; in Karlsruhe Nr. 146 und 148 des dortigen „Volksfreund“ (wegen Militär- und Polizeibeleidigung); in Königsberg Nr. 48 des „Königsberger Volksblatt“ (wegen Beleidigung der württembergischen Armee).

Verhaftet wurde in Stuttgart L. Tauscher unter der Anklage der Majestätsbeleidigung u. d. d. bezugens in verschiedenen Artikeln des „Sozialdemokrat“ aus dem Jahre 1888, für welche er als Korrektor haftbar gemacht werden soll; in Berlin der Schuhmacher Max Baginski wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, die er in einem Vortrage über „Anarchismus und Sozialismus“ bezugens haben soll. Beide wurden aus ihrer Haft wieder entlassen, ersterer nach Stellung von 5000 M. Kaution. Ferner wurde in Berlin verhaftet Genosse W. Kuhnach. In Frankfurt a. M. wurde Anfangs November Redakteur Hoch von der „Frankf. Volksstimme“ unter Anklage der Majestätsbeleidigung verhaftet, nach einigen Tagen gegen 3000 Mark Kaution wieder entlassen. Am 27. November Abends wurde er abermals verhaftet. Ferner wurde in Frankfurt a. M. am 24. November unter der Anklage der Majestätsbeleidigung auf Requisition der Darmstädter Staatsanwaltschaft der Tischler Galm verhaftet und unter starker Gendarmeriebedeckung nach dem Offenbacher Bezirksgefängniß eskortirt.

Wirkung gelangt. Aber diese Studenten, dieser Porphyrus, diese Sjonja sind ganz zu erfassen erst, wenn man sich als Hintergrund den zarischen Despotismus, die Geloten- und Neptomwirtschaft, die dumpfe Vergehung der Gebildeten, den Stumpfsinn der unterdrückten Massen vergegenwärtigt. Daß das soziale Moment sich trotzdem heraushebt, als der Springquell, aus welchem die Geschehnisse des Romans und des Dramas fließen, darüber ist kein Zweifel möglich. Der hungernde Rasolnikow, der das Recht der „ungehörlichen Menschen“ auf Gewaltthaten proklamirt, der Rajumichin, der die Veseitigung eines gemeinschaftlichen Individuums im Interesse der Darbenden für angebracht hält, sie sind Typen einer Geschichtsperiode, in welcher die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden die ersten Versuche macht zu reflektiren. Die Auffassung Weiling's, dessen nativer Utopismus dem Einzelkapitalisten den Krieg erklärte, findet sich zehnfach vergrößert und vergrößert in den Theorien wieder, wie sie im „Rasolnikow“ entwickelt werden.

Die dramatische Bearbeitung hat es versucht, die feilischen Kämpfe des Helden uns verständlich und anschaulich zu machen. So weit es möglich ist, im knappen Rahmen eines Schauspiel's ein episches Motiv zu behandeln, ist dieser Versuch wohl als gelungen zu bezeichnen. Aber die Grenze, welche den Roman vom Drama scheidet, läßt sich nicht überschreiten: der wohl begründete, sorgfältig durchgeführte psychische Prozeß in Hirn und Herz des Rasolnikow, wie ihn Dostojewski uns vor Augen führt, Schritt vor Schritt, ein Glied der Kette sorgsam mit dem anderen verknüpfend, dieser Prozeß wird im Schauspiel dem Wesen des Schauspielers gemäß in Episoden zerstückt. Die feinen Linien werden verwischt, die Zusammenhänge gelockert und gelöst. Wo Dostojewski's zarte Farbengebung jeden Zug des Bildes reinlich heraus arbeitet, mußten die Bearbeiter in derber Holzschmittmanier schildern. Psychologisch werthvolle Uebergänge, welche die Umwälzung, die in des

Strafverfolgung, bez. Untersuchung wurde eingeleitet gegen Kandidat Pauss in Berlin wegen Beschimpfung der christlichen Kirche; ferner gegen den Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“ wegen Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung (durch Abdruck des Heine'schen Weberliedes).

Gausfuchungen fanden diverse statt, ebenso eine Reihe von Versammlungs-Auflösungen.

Ein **Ersatz für das Sozialistengesetz** hat der Söbauer Stadtrath im § 20 des sächsischen Vereinsgesetzes entdeckt. Der dortige Arbeiter-Vahlverein wurde aufgelöst, weil er sich zur sozialdemokratischen Lehre bekennete, diese Lehre aber Gesetzesübertretungen und unfittliche Handlungen anstrebte. Und die königliche Kreisshauptmannschaft zu Bautzen hat diese originelle Auffassung natürlich auch bestätigt.

In Fürth (Bayern) wurde in einer öffentlichen Versammlung vom überwachenden Polizeibeamten die Wahl eines Vertrauensmannes auf Grund des bayrischen Vereinsgesetzes kurzer Hand verboten.

Parlamentenberichte.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 1. Dezember. 11 Uhr.
Am Ministertische: Herrfurth und Kommissarien.
Die erste Berathung der Landgemeinde-Ordnung wird fortgesetzt.

Abg. v. **Heydebrand** erklärte, daß die konservative Partei auf den Boden der Vorlage treten wolle, indem sie anerkenne müsse, daß das Bestreben derselben dahin gehe, das historische Gewordene nach Möglichkeit zu erhalten. Das historische Gewordene sei so lange berechtigt und erhaltenswerth, bis man etwas ungewisshafte Besseres an seine Stelle setzen könne. (Zustimmung rechts). Die Konservativen seien auch damit einverstanden, daß das Stimmrecht auf die nicht Angehörigen ausgedehnt werden kann; denn der Charakter mancher Gegenden sei mehr ein städtischer geworden, so daß man die nicht Angehörigen von der Mitwirkung im Gemeindeleben nicht mehr ausschließen kann. Die Zweiverbände erscheinen sehr nützlich und man muß ihre Entstehung erleichtern; aber zweifelhaft ist, ob dazu eine Kodifikation notwendig ist. Jede Kodifikation wird zur Schematisirung führen und das ist immer bedenklich, namentlich aber in den ländlichen Verhältnissen mit ihrer Verschiedenartigkeit und verhältnismäßigen Einfachheit. Besonders bedenklich ist, daß die Gemeindevertretung überall gebildet werden soll, wo die Gemeinden stärker als 30 Mitglieder sind. Das hängt ganz von Lokalverhältnissen ab, und darüber sollte man nicht eine feste Regel aufstellen, sondern man sollte die Entscheidung den lokalen Instanzen überlassen; nicht der Provinzialrath und der Bezirksausschuß darf die Sache prüfen, sondern lediglich der mit allen Verhältnissen bekannte Kreisausschuß. Sehr bedenklich ist endlich die Vereinigung von Gutsbezirken mit Landgemeinden. Die Bauern wollen diese Vereinigung garnicht, denn sie wissen sehr gut, daß die Interessen sehr verschieden sind, sie wollen lieber getrennt bleiben von den Gutsbezirken. Wenn die Reform sich in vorrätigen Bahnen hält, wird sie zum Wohle des Vaterlandes gereichen.

Abg. **Ricker** (Hr.): Es besteht ein Unterschied zwischen dem Standpunkt des Ministers vom Februar und jetzt. Damals war es noch zweifelhaft, ob er überhaupt eine neue Vorlage für notwendig hielt oder ob er mit den bestehenden Gesetzen auskommen könnte. Jetzt hat er sich für eine neue Landgemeinde-Ordnung entschieden und sofort wird von Seiten der Konservativen das Verhören, indem man die Selbstständigkeit der Gemeinden, die Autonomie derselben in den Vordergrund drängt. Wenn der Minister dieses Verhören vollendet, dann wird er hoffentlich auch zur Reform der Städte-Ordnung übergehen. Eine Krönung des Werkes ist diese Landgemeinde-Ordnung gerade nicht; wenn sie jetzt nicht zu Stande kommt, wird vielleicht später viel gründlicher ausgearbeitet werden. Im Partei-Interesse könnte ich deshalb die Ablehnung der Vorlage billigen. Aber die Verhältnisse sind so, daß man nicht einen Tag länger mit der Reform warten kann, und daß man deshalb vielleicht etwas Resignation üben muß. Die Reform der Landgemeinde-Ordnung soll nach konservativen Blättern eine Erfindung der Städte sein. Freilich, wer mit Herrn v. Meyer den Zustand für einen idealen hält, wo der Schulze nicht einmal schreiben kann, wo der Gemeinde-Etat mit Kreide auf den Schanztisch geschrieben und mit dem Schwamm dechargirt wird, der mag die Reformbedürftigkeit bestritten. Aber die Bedürfnisfrage dürfte auch wohl von den Bauern bejaht werden. Die Schreiberei, die Herr v. Meyer fürchtet, ist nicht eine Folge dieser Reform, sondern vielmehr eine Folge der bürokratischen anderweitigen Gesetzgebung, z. B. der Invalidenversicherung. Die Vorlage will die Gutsbezirke prinzipiell beibehalten, wir wollen sie möglichst beseitigen durch Vereinigung mit den schwächeren Gemeinden. Freilich, wenn der Graf v. Schulenburg erklärte, er wolle allein

Mörders Gemüth vor sich geht, bestimmen, spielen naturgemäß in den — Zwischenakten.

Rasolnikow ist ein soziales Drama, aber es zeigt uns nur eine Seite des Problems. Die Schreckensthat wird durch soziale Uebelstände verursacht; der Held wird zum Verbrecher, weil ihm die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge fehlt. Die soziale Frage wird auf den Schinderbahnen gebracht, indem der Advokat der Armen und Elenden, selbst ein Armer und Elender, in die böhmischen Wälder geht und eine Handwerkerin tobtichlägt. Das Schuldbewußtsein ist die Konsequenz dieses verkehrten, veränderten Thuns, und die Buße, aber nicht im Sinne der Gewerbenovelle, folgt der Strafthat. Aber die Verantwortung des Einzelnen als selbstverständlich zugegeben, so offenbart die Sühne, welche der Thäter auf sich nimmt, das „Leiden“, das er trägt, die Kollektivschuld, welche das Gemeinwesen, das herrschende System, das solche furchtbaren Zustände und Frevel erzeugt, auf seine Schultern zu nehmen hat. Die Rasolnikow's büßen für die Gesellschaft, und diese hat dafür zu sorgen, daß mit der Mißere, aus welcher diese Thaten entspringen, die Tragik der Rasolnikow's verschwindet.

Die Aufführung war eine ausgezeichnete, die Ausstattung vorzüglich. Herr Kästing gab den Titelhelden; solche Rollen liegen ihm wie keinem Zweiten und er wußte den Zuschauer zu fesseln und zu packen. Frau Stagemann lieferte ein wahres Rabinetsstück lebenswahrer, feiner Charaktermalerei: sie spielte die alte Handwerkerin meisterhaft. Herr Klein als Untersuchungsrichter zeigte seine Darstellungskraft vor allem in der Unterredung mit Rasolnikow. Den verstorbenen Kanzleibeamten, der so viel „Gemüth“ hat und seine Tochter ausbeutet, gab Höcker sehr gut. Hr. Groß als Sjonja würde ihr Spiel, weit wirkungsvoller gestalten, wenn sie weniger gestülpte: sie rang gar zu oft die Hände. Gut waren auch die Herren Sauer und Ranzenberg, frisch und flott Hr. Reichenbach als Kellnerin.

Theater.

Es. Festung-Theater. Rasolnikow. Schauspiel in vier Akten nach F. M. Dostojewski von Eugen Jabel und Ernst Koppel.

Der Roman Dostojewski's, der diesen Schauspiel zu Grunde liegt, ist den Lesern des „Volksblattes“ nicht unbekannt. Er wurde im Feuilleton unserer Zeitung vor längerer Zeit zum Abdruck gebracht. Der russische Dichter liefert ein außerordentlich fein ausgearbeitetes „menschliches Dokument“, er schildert uns mit Meisterschaft im ruhigen Fortschritt epischer Darstellung, wie ein begabter, edel angelegter Mensch, der Student Rasolnikow, durch die Umstände, in welchen er sich befindet, Roth, Entbehrungen, die er selbst erduldet, tiefes Mitgefühl mit den Leidenden, auf die Bahn des Verbrechens getrieben, wie er zum Handmörder an einer Wucherin und Gelegenheitswucherin wird. Nach der That, begangen im Zustande hochgradiger nervöser Ueberreizung, unter dem Einflusse sozialer und psychopathischer Beweggründe, treiben die Parteien der Reue, die Qualen der Selbsterhaltung die Unglücklichen in den furchtbarsten Kampf zwischen Selbsterhaltung und opferwilliger Reue. Ein liebendes Weib, urwüchsig-fromm und ehrlich religiös, und ein scharfsichtiger Untersuchungsrichter beschleunigen das Schuldbekentniß, das mit elementaren Gewalt durchbrechen muß, weil es den Schuldigen erleichtert, läutert und befreit.

Der Roman Dostojewski's ist ein Stück Kulturgeschichte, ein Abbild bestimmter Erscheinungen des russischen Lebens; die Darstellung der Handlung, die Motivirung der Vorgänge, das ganze Milieu der Geschichte trägt national russisches Gepräge. Dostojewski's zarte Farbengebung jeden Zug des Bildes reinlich heraus arbeitet, mußten die Bearbeiter in derber Holzschmittmanier schildern. Psychologisch werthvolle Uebergänge, welche die Umwälzung, die in des

bleiben, er wolle Herr in seinem Hause sein, er sei auch stark genug dazu, so ist das kein richtiger Standpunkt, keine richtige Auffassung des Staatsgedankens, sondern einfach die Atomisierung der Gesellschaft. Man möchte alle Maßregeln, welche die Vorlage trifft, in die Hände der Lokalbehörden legen; sie müssen aber in der Hand des Ministers liegen, der allein hier verantwortlich gemacht werden kann für sein Verfahren, während sich die Lokalinstanzen der Verantwortung entziehen. Warum man sich gegen die Gemeindevertretung erhebt, ist nicht einzusehen. Wenn die Gemeindeversammlung entscheidet, so kommt man ja beinahe zur Entscheidung durch das Volk; die Konsequenzen daraus würden dann sehr bald gezogen werden. Uebrigens würde bei einem Drittel der Gemeinden eine Vertretung gar nicht eingerichtet werden, denn ein Drittel der Gemeinden hat weniger als 150 Seelen, also wohl weniger als 30 Gemeindegerechtigten. Warum sollen die nicht Angehörigen nur ein Drittel der Gemeindevertreter ausmachen dürfen? Hat man doch für die Städte schon die Bestimmung für überflüssig gehalten, wonach die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein sollen! Die Wahlen für die Gemeindevertretung müssen direkt und geheim sein, weil sonst die Wähler ihre Selbstständigkeit nicht bewahren können, namentlich nicht in dem engen Kreise der Gemeinde. Die Zweckverbände sind notwendig, aber müssen der Anfang des zukünftigen Kommunalverbandes sein und nicht in großer Zahl neben und durch einander gebildet werden. Die Landgemeinden werden ebenso wenig wie die Städte die Selbstverwaltung auf einmal lernen, sie müssen zur Selbstständigkeit erzogen werden, wie dies die Thronrede verlangt. Wenn die Reform nur die Stärkung der Bureaucratie herbeiführen soll, dann wird sie nicht segensreich wirken, sondern nur Elend an der Selbstverwaltung erzeugen. Die Bureaucratie muß anfangs anregend wirken, aber nicht einschüchtern und befehlend. (Heiterkeit.) Nur dann wird die Entwicklung der ländlichen Gemeindeverhältnisse die sozialpolitische Wirkung haben, die man von ihr erwartet.

Abg. v. Erdmann-Lobischin (st.): Ich schließe mich vollständig den Ausführungen des Herrn v. Gneist an, daß jede neue Landgemeinde-Ordnung auch eine Veränderung der Gemeindefürsorge erfordert. So wird es auch jetzt heißen: Wie sollen die Lasten verteilt werden? Das leistungsunfähige Gemeinden und Gutsbezirke mit einander verschmolzen werden müssen, um leistungsfähige Verbände zu schaffen, ist selbstverständlich. Da die Bildung von Samtgemeinden zweckmäßig ist, ist sehr zweifelhaft. So sehr sie sich in Schleswig und in der Rheinprovinz bewährt haben, so wenig passen sie für den Osten, wie schon der Umstand beweist, daß sich aus den Amtsdörfern so wenig Samtgemeinden gebildet haben. Besser eignen sich für die östlichen Provinzen die Zweckverbände, namentlich für die Wege- und Armenlast. Besonders die Wegelast sei in den östlichen Provinzen eine sehr erhebliche, da die Provinzen die ärmerlichen Distrikte nicht aufsuchen mit ihren Chaussees, und die Gemeinden in ihrer Vereinigung zur Herstellung guter Wege nicht im Stande sind. Ich freue mich, daß die Provinz Posen von dieser Landgemeinde-Ordnung nicht ausgeschlossen ist; wie die Einführung der Kreis- und Provinzialordnung in Posen dazu beigetragen hat, die nationalen Gegensätze zu mildern, so wird die Landgemeinde-Ordnung sozialpolitisch wirken und dem Umfange einen Damm entgegenstellen.

Abg. v. Schalscha (.): Ich habe mich gegen die Vorlage einschreiben lassen, trotzdem ich mit Herrn Nicker durchaus nicht dagegen mit Herrn v. Heydebrand in allen Punkten übereinstimme. Es handelt sich um die wichtige Frage, ob den unruhigen Elementen, denen man bisher das Eingreifen in die ländlichen Verhältnisse verperrte, die Thore geöffnet werden sollen. (Sehr richtig! Rechts.) Daß die Nichtangehörigen nur ein Drittel der Stimmen in der Gemeindevertretung haben sollen, ist keine genügende Garantie, denn Revolutionen werden immer nur von terroristischen Minderheiten, niemals von den Mehrheiten gemacht. Die ruhigen Elemente vertrieben sich bei solchen Gelegenheiten hinter den Ofen. Auch die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Gemeindevertretung ist bedenklich, denn es werden sich Unruhefester einstellen und der Gemeindevorsteher hat keine andere Polizei im Dorf, als den Nachtwächter, der nicht immer zu den Kräftigsten zu gehören pflegt. (Heiterkeit.) Wenn man den nicht Angehörigen das Stimmrecht giebt, dann müssen sie auch in den Gemeindegewalten beitragen, denn sonst wird der Grundbesitz, der außer der Personalsteuer noch Grund- und Gebäudesteuer zahlt und Hand- und Spanndienste zu leisten hat, geradezu mit einer Strafe belegt. Die Zweckverbände sind angebracht für die Wegelast, aber nicht für die Armenlast. Die Inhaber selbstständiger Gutsbezirke haben immer noch für ihre alten Arbeiter gesorgt, während es den sächsischen Fabrikbesitzern niemals einfällt, die Armenlast für die alten Arbeiter zu übernehmen, deren Kräfte sie ausgenutzt haben. Bedenklich ist die zwangsweise Zulassung von Gutsbezirken und Landgemeinden, die erfolgen soll, wenn es das öffentliche Interesse erfordert. Dieser Begriff ist aber ein sehr vieldeutiger. Ich will nicht gerade die Landgemeinde-Ordnung nach Provinzen regeln, aber die Selbstständigkeit der Gemeinden soll unter allen Umständen respektiert werden. Ich beantrage die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Minister Herrfurth: Prinzipielle Bedenken gegen die Vorlage sind eigentlich nur von den beiden Rednern, welche heute gegen die Vorlage gesprochen haben, erhoben worden und zwar von ganz entgegengesetztem Standpunkte, so daß die Regierung daraus schließen kann, daß sie den richtigen Mittelweg getroffen hat. Die einzelnen Bedenken will ich nicht besonders hervorheben; die Verteilung der Hand- und Spanndienste wird, wie die Verteilung aller Naturallasten, immer eine ungedechte sein, mag man sie verteilen nach Steuerklassen oder nach den vorhandenen Zugthieren oder sonst wie. Die Verteilung der nicht Angehörigen wird sich nicht auf ein Drittel derselben stellen, sondern da in den ersten beiden Klassen voraussichtlich nur Grundbesitzer gewählt werden, so wird nur ein Drittel der dritten Klasse Unangehörige wählen, so daß sich diese auf ein Reunel der Vertretung stellen werden. In den Vorstadien hat ein Gesehentwurf bestanden, welcher bei der Bildung von Verbänden eine entscheidende Mitwirkung des Kreisaußschusses vorsah. Aber es stellte sich nachher heraus, daß es notwendig sei, den Verbänden Korporationsrechte zu verleihen, und diese können nur durch Gesetz oder Allerhöchste Ordre erteilt werden. Herr Nicker hat, trotzdem er in manchen Punkten die Vorlage sehr freundlich beurteilt hat, die Zusammenlegung von Landgemeinden und Gutsbezirken, allgemeines, geheimes, gleiches Wahlrecht wenigstens als Ziel hingestellt. Damit ist die Regierung nicht einverstanden. Ein solches Gesetz brauchte nicht viele Studien und statistische Ermittlungen zur Vorbereitung, es ließe sich vom grünen Tische her cum ira et studio machen. (Heiterkeit.) Herr von Schalscha erkennt das Bedürfnis zu Veränderungen überhaupt nicht an; die königliche Staatsregierung ist auf Grund ihrer zweijährigen Ermittlungen zu dem entgegengesetzten Ergebnis gekommen. Ich theile nicht die Furcht, daß unruhige Elemente in die Gemeindevertretung eindringen werden. Herr von Heydebrand hat bei aller Freundlichkeit für die Vorlage eine sehr bedeutliche Forderung gestellt, daß der Kreisaußschuß endgültig entscheiden soll bei Zusammenlegung von Landgemeinden und Gutsbezirken. Es handelt sich dabei nicht um eine Handlung der Selbstverwaltung, sondern um einen Akt der Staatsverwaltung, der durch die Allerhöchste Genehmigung seinen Abschluß findet. Der Landrath wird beschränkt durch die Mitwirkung des Kreisaußschusses, der Regierungspräsident durch die Mitwirkung des Bezirksaußschusses, der Oberpräsident durch die Mitwirkung des Provinzialaußschusses. Für die Ministerialinstanz ist die Mitwirkung eines Selbstverwaltungs-Körpers nur in ganz vereinzelten Fällen vorgesehen. Bisher ist aber noch niemals daran gedacht worden, daß die Rechte der Krone abhängig gemacht werden könnten von dem Beschlusse eines Selbstverwaltungskörpers. Die entscheidende Mitwirkung des Kreisaußschusses ist schon deshalb bedenklich, weil es Vorschläge

dieser Ausschüsse giebt, welche eine prinzipielle Abneigung gegen jede Reform der Landgemeinden-Ordnung haben und in dieser Richtung einen Einfluß ausüben könnten. An die bis jetzt noch unbekannt Mitglieder der Kommission möchte ich zum Schlusse die Bitte richten, die als Ueberschrift über das Beratungszimmer gesetzt werden könnte: Si quid novisti rectius istis candidus imperti, si non, his utere mecum.

Abg. Graf Limburg-Stirum: Die Verhältnisse sind in den verschiedenen Bundesstaaten doch so verschieden, daß es schwierig sein wird, die Verhältnisse unter einen Hut zu bringen. Wir wollen nicht, daß Elemente in die Gemeindevertretung kommen, welche nicht hineingehören. Eine allgemeine Vorschrift wirkt in den verschiedenen Gegenden verschieden; diese Frage muß aus den örtlichen Verhältnissen heraus entschieden werden. Ebenso muß bei der zwangsweisen Zusammenfassung von Landgemeinden und Gutsbezirken die mit den örtlichen Verhältnissen am meisten vertraute Instanz mitwirken. Nur das Nothwendigste muß gesehen, um lebensfähige Gemeinden zu schaffen; aber Ueberflüssiges, was nur Unzufriedenheit erregt, muß vermieden werden. Die Zweckverbände können vermieden werden, wenn z. B. durch eine gute Wegeordnung für den Ausbau des Straßennetzes gesorgt wird. Aber die Samtgemeinden sind vollständig unbrauchbar, denn es ist unmöglich, daß ein einziger Verband die Wege, Schul- und Armenlast trägt. Wenn auch vielleicht in der Provinz Sachsen die Vereinigung von Landgemeinden und Gutsbezirken, die miteinander im Gemeindegemein liegen, möglich ist, so ist es doch undenkbar, daß ein Gutsbesitzer in Ostpreußen, wo in der Umgebung des Gutes oft eine halbe Meile weit kein Mensch wohnt, sich einer so fern gelegenen Landgemeinde anschließen soll. Wir werden diesen Entwurf zu Stande zu bringen suchen, wie mein Freund Heydebrand und ich dies angestrebt haben; wir denken, daß die beabsichtigten Ziele auch erreicht werden können ohne Schablonisirung. Ich möchte erinnern an das Wort der großen Katharina, die solchen bürokratischen Vorschlägen gegenüber sagt: Meine Herren, wir schreiben nicht auf Papier, sondern auf die menschliche Haut und die ist sehr empfindlich. (Beifall rechts.)

Abg. Gobrecht (natl.): Ueber die Bedürfnisfrage brauchen wir uns nicht zu streiten, da sie in der Begründung klar bewiesen ist. Es herrscht jetzt eine solche Unklarheit in den Verhältnissen der Landgemeinden, daß man sich nicht zurecht finden kann. Neben den gesetzlichen Vorschriften bestehen Observanzen, die aber wieder durch neuere Gesetze und Verwaltungsmaßregeln durchbrochen sind, so daß keine Modifikation unbedingt notwendig ist. Die Gemeindeversammlungen sind in den großen Gemeinden nicht durchzuführen, dazu würde eine gute parlamentarische Schulung aller Gemeindeglieder gehören. Deshalb ist die Einführung der Gemeindevertretung notwendig in den größeren Gemeinden. Dabei den nicht Angehörigen Gemeindegliedern ein Mitwirkungsrecht einzuräumen, werde ich nicht umgeben lassen, wenn dieselben Personen bei den Wahlen zum Reichstage und zum Landtage mitzusprechen ein Recht haben. Daß dadurch bedenkliche Elemente in die Gemeindevertretung hineinkommen werden, ist möglich, die Gesetzgebung kann dagegen schwerlich etwas machen. Aber es ist auch zu erwarten, daß die Bevölkerung durch die Theilnahme an den Gemeindegemeinschaften in ihrer Widerstandsfähigkeit gegen staatsgefährliche Bestrebungen gestärkt wird. Bedenklich sei allerdings, daß bezüglich der zwangsweisen Bildung von Verbänden Alles in die Hand der Regierung gelegt werden soll. Es ist allerdings notwendig, daß die Regierung die Bildung dieser Verbände herbeiführt; aber auch dafür müssen vielleicht noch im Gesetz gewisse Normen festgesetzt werden. Dagegen müßte die Ausgestaltung dieser Verbände, die Verteilung der Lasten den Beteiligten und den nächsten Instanzen selbst überlassen bleiben. Wenn mein Fraktionsgenosse v. Gneist davon gesprochen hat, daß die Bildung von Zweckverbänden gefördert werden könne dadurch, daß diesen die Grund- und Gebäudesteuer überwiesen würde, so wäre das ein Mißbrauch der Staatsgewalt. Die Ueberweisung muß gleichmäßig erfolgen oder gar nicht.

Abg. Wessel (freil.): hält es für zweckmäßig, daß die Zusammenlegung leistungsunfähiger Gemeinden jetzt seitens der Regierung erfolgen kann auch gegen den Willen der Beteiligten. Die Schulverbände sind keine eigentlichen Zweckverbände, denn sie werden nach anderen Sätzen gebildet. Jeder Zweckverband soll leistungsfähig sein und das sind die Schulverbände nicht immer. Man sieht immer die Zweckverbände als die zukünftigen kommunalen Einheiten an, an welche die Grund- und Gebäudesteuer überwiesen werden soll. Das will ich nicht, denn in diesen Verbänden würden die Mittel auch nicht besser verwendet werden, als jetzt die Ueberweisungen aus der lex Duene in den Kreisen. Uebrigens glaube ich noch nicht daran, daß die Kreise von Schalscha gegen die Ausdehnung des Stimmrechts kann ich nicht theilen; es liegt gar kein Grund vor, den nicht Angehörigen jedes Stimmrecht vorzuenthalten. Wenn von allen Seiten Konzeptionen gemacht werden, dann wird es wohl möglich sein, die Vorlage Stande zu bringen.

Abg. Schröder (Pole) erklärte sich im Großen und Ganzen mit der Vorlage einverstanden, hat aber Bedenken dagegen, daß die Gemeinden zwangsweise zu Zweckverbänden zusammengelegt werden können. Der Bauer habe einen praktischen Verstand; wenn er in der Bildung von Zweckverbänden einen Vortheil sehe, werde er sich dazu verstehen; aber bei der besten theoretischen Begründung werde er im Uebrigen von solchen Verbänden nichts wissen wollen. Die Ausdehnung der Gemeindegemeinschaften sei zu billigen, aber sie berüchtliche die nicht Angehörigen doch etwas zu sehr. Redner wendet sich schließlich gegen das Bestätigungsrecht, welches nur dazu dienen werde, die Polen von der Leitung der Gemeinde fernzuhalten, während doch bei dem gleichen Interesse Aller an dem Wohl der Kommunen kein Unterschied bezüglich der Nationalitäten gemacht werden sollte.

Damit schließt die erste Lesung. Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag, 11 Uhr. (Anträge betr. den Wildschadenersatz.)

Parlamentarisches.

Münster i. Westf., 1. Dez. Einer Meldung des „Westf. Merkur“ zufolge hat der Reichstags-Abgeordnete von Schorlemer-Alst sein Reichstagsmandat wegen nicht unbedenklicher Erkrankung niedergelegt.

Lokales.

Die Wahlen des Ausschusses der Alters- und Invalidenversicherung-Anstalt Berlin sind zum großen Theile aus Personen gefallen, welche gesetzlich überhaupt nicht wählbar sind. Es werden daher neue Wahlen vorgenommen werden müssen.

Von dem Enghirn unserer ehrenwerthen Bourgeois und speziell der sich „freisinnig“, häufig auch „demokratisch“ nennenden, sind wir wieder einmal in der Lage, einen recht schlagenden Beweis beibringen zu können. Wo die Blätter der Bourgeois dem Arbeiter und dem Armen hinterläßt einen Schlag versehen können, da lassen sie sich dazu auch gar nicht lange nötigen. Der Fall, daß ein hungernder und frierender Obdachloser sich ein Unterkommen bei der in den letzten Tagen so plötzlich eingetretenen Kälte im Gefängnis suchen will und daher eine Fenster Scheibe einschlägt, giebt diesen Vertretern des Volkes, als welche sie sich immer aufspielen, passende Gelegenheit, ihrem Herzen Luft zu machen. Hören wir also, was dieselben darüber schreiben. Wir entnehmen Nachstehendes dem würdigen Organ des Herrn Rudolph Wosse:

„Am ein Obdach im Gefängnis zu erlangen, gelang am Donnerstag Nachmittag in der fünften Stunde ein Mann eine große Spiegelscheibe des Restaurants Kleine, Holzmarktstraße 55. Als der Wirth infolge dessen auf die Straße entzerrümmerte vor seinen Augen der Uebelthäter noch eine zweite Scheibe. Auf die vorwurfsvolle Frage des Wirths, weshalb er dies gethan, antwortete der Mann ganz unversoren, daß es ihm darauf ankomme, recht lange Winterquartier zu erhalten. Durch seine sofortige Freinahme ist der Wunsch des Frevlers vorläufig erfüllt worden.“

Gläubt der Herr Verfasser obiger Notiz vielleicht, daß der arme Mann aus Uebermuth zu diesem Ausweg gegriffen hat? Oder spukt in seinem Kopfe auch noch immer das Bourgeoismärchen von denen, welche arbeiten können aber nicht wollen, herum? Jeder Klardenkende, nicht von seinen Klassenvorurtheilen Befessene wird uns wohl beipflichten, wenn wir behaupten, diese Menschen würden eine jede sich ihnen bietende Arbeit in der Freiheit dem Gefängnisleben vorziehen. Wenn die Herren sich von der Haltlosigkeit der bürgerlichen Prosa vom nicht arbeiten wollen überzeugen wollen, so rathen wir ihnen, ihre warme Meditationsstube einmal auf einige Minuten zu verlassen und sich in den späteren Nachmittagsstunden nach der Zimmerstraße zu bemühen, sie werden dann angehörs der Tausenden, welche ängstlich dort auf die Ausgabe des Intelligenzblattes harren, vielleicht anderer Meinung werden. Wenn die Herren dort eine sorgfältige Umschau halten wollten, so würden sie recht viele finden, welche trotz der bittersten Kälte so „übermüthig“ sind, keinen theuren Pelz, auch nicht einmal einen Mantel anzuziehen und dort im dünnen Röckchen, Männer wie Frauen, herumstehen und blau frieren. Wenn sie sich mit diesen Anklagen in ein Gespräch einlassen wollten, so würden diese Leute so Manches erzählen, was die Herren wohl noch nie in ihrem Leben gehört haben, sie würden Einsicht in ein Leben voll der tiefsten Entbehrungen und der tiefsten Noth erlangen. Eigentlich wäre das für den blafirten Geschmack unserer Bourgeoisie ein kleines Neuzittelchen, sie würden mit um so größerer Genugthuung auf ihre eigene glückliche Lage blicken können.

Die gedankenlos, von Fall zu Fall lebend, unsere Bourgeois dahin duftet, zeigt uns, daß in denselben Blättern die Theilnahme steht, daß bei der strengen Kälte täglich tausende vor den Thüren für Obdachlose stehen und Einlaß begehren, daß aber die Meisten wegen Platzmangels abgewiesen werden müssen. Die Vergegen sie bittere Thränen über das Elend auf Erden, auf der anderen Seite scheinen sie sich aber nicht, auf einen bitteren armen Teufel, der in seiner Verzweiflung im Gefängnis Unterkommen sucht, Steine zu werfen. Statt die Konsequenzen aus den Verhältnissen zu ziehen, ist der Mann ein Frevler, ein Uebelthäter und ist seine That eine Frechheit, welche nicht hart genug bestraft werden kann.

Wir freuen uns jedenfalls, wieder einmal in das menschliche und arbeiterfreundliche Herz unserer „freisinnigen“ Bourgeoisie geblüht zu haben.

Einem weiteren Blick in das tiefe Elend erlangen wir bei Durchlesen nachstehender Zeilen, welche wir einem hochkonservativen, kirchlichen Blatte entnehmen. Dasselbe schreibt:

Der Verein „Dienst an Arbeitslose“ wird jetzt an jedem Sonntag von ca. 4-500 obdach- und arbeitslosen Männern besucht. Bei der herrschenden Kälte drängen sich, wie in früheren Jahren, die armen Menschen schon von früherster Morgenstunde an vor den Thüren, um dann im Saal die Tasse heißen Kaffees und zwei Schrippen in Empfang zu nehmen. Am Sonntag meldeten sich von den Anwesenden am Wedding nach dem Gottesdienst allein 27 zur Aufnahme in die Arbeiterkolonie, obwohl ihnen gesagt wurde, daß ihnen eine Garantie für die Aufnahme nicht geleistet werden könnte. Zu dem bevorstehenden Weihnachtstest beabsichtigt der Verein seinen Gästen wieder einen Christbaum anzuzünden und sie bei der Verkündigung der Weihnachtsgeschichte etwas besser als sonst zu bewirthen.

Kann wohl ein noch trostloseres Bild entrollt werden? Bezeichnend ist aber, daß dieser Verein „Dienst an Arbeitslose“ sich nicht bei der von ihm selbst anerkannten Nothlage zur Aufgabe stellt, den Nothleidenden ihr Loos wenigstens etwas zu mildern. Wenn er ihnen des Sonntags Kaffees und Schrippen gewährt, so sieht man doch sofort, wie wenig ihm das „leibliche“ Elend der Masse am Herzen liegt, so mühte er den Hungernden und Frierenden auch in der Woche dasselbe gewähren, ihm liegt aber nur das „himmlische“ Wohl am Herzen. Daher veranstaltet er auch nur am Sonntag die Spenden, welche auch ganz gewiß fortfallen würden, wenn damit die Leute angelockt werden sollten. Aber den Leuten wird zu Weihnachten der Christbaum angezündet und das wird sie über alle Noth des Lebens hinwegsehen! Der Herr im Himmel wird schon sorgen, daß — die Herren Stadtmissthäre nicht verhungern und erstieren.

Mitleidsvoll blickt der Bourgeois auf solches Elend beim Lesen derartiger Bilder aus dem Leben, seufzt tief auf und denkt dem gütigen Geschick, daß er sein behagliches, warmes Heim, seine gefüllte Speisekammer und seinen Geldbeutel hat. Anders sieht es beim Arbeiter, der muß sich dabei sagen, auch Dir, wenn Du auch heute noch eine einigermaßen gute Arbeit hast, kann morgen dasselbe Loos blühen. Daher freut es uns, wenn die Bourgeoisie zu ihrem eigenen Nachtheil immer wieder die erbärmlichen Zustände der heutigen Weltordnung aufdeckt und den Arbeitern auf seine eigene Zukunft hinweist.

Zivil- und Militärpersonen geriethen am Sonntag Abend an der Gasse der Landsberger- und Straußbergerstraße in Streit. Die Soldaten zogen blank, wurden aber durch besonnene Leute aus dem Publikum am Einbauen gehindert, so daß keine Verwundung stattgefunden hat. Die Polizei erklärte sich für nicht befugt, sich in den Streit einzumischen.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag am Seddinssee. In Gosen auf dem Heimwege nach ihren Buhnen (Schiffschuppen) an der Ablage begriffen, traten gegen 1 Uhr nach Mitternacht mehrere Ziegelarbeiter das Eis der nach dem See führenden Krampe, um die Tour abzulären. Als sie die Gegend des Wendenschlosses passirt hatten, brach plötzlich die dünne Eisschicht und drei der Arbeiter sanken in das Wasser, aus dessen morastigem Untergrund sie sich nicht emporzuarbeiten vermochten. Mit großer Mühe gelang es dem von dem Einbruch verschont gebliebenen anderen Arbeiter, einen von den in Todesgefahr schwebenden Kameraden herauszuziehen und zu bergen, während der dritte elend zu Grunde ging. Am Sonntag früh sanden heimkehrende Rusler dem „W. Z.“ infolge die Beilage, welche vorläufig in einem Ziegelshuppen untergebracht wurde. Der Verunglückte ist der ehem. Bergmann Rode aus Stachow, welcher erst eine Woche in der Ziegelei beschäftigt gewesen ist.

„**Nur Ruhe, der Juliussturm kehrt noch**“ — möchte man den Spandauern zurufen, die eben einen Stoßseuffer wegen der gegenwärtigen traurigen finanziellen Verhältnisse erfahren. Der böse Fall „Baring Brothers“ hat es auch der Stadt Spandau angethan; es ist schrecklich. Die durch den Fall des Londoner Hauses herbeigekehrte allgemeine schlechte Weisung soll nämlich auch auf die Emittirung der 4 proz. Stadtanleihe Spandau, welche im Betrage von 150 000 M. zum Kurse von 102 1/2 ausgegeben wurde, einen ungünstigen Einfluß ausgeübt haben. Die Abnahme der Anleihe gehe so spärlich von Statten, daß die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen habe, die Emittirungsbedingungen zu erleichtern und die Anleihe zum Nominalbetrage abzugeben. Es sind noch für ganze 58 000 M. Anleihe schein von der Stadthauptkasse zu vergeben. Es ist wirklich traurig, was Alles der Fall Baring Brothers für andere Spandauer zeitigt. Aber die Spandauer mögen nur ruhig sein, Baring Brothers werden ja ihren Verpflichtungen nachkommen, und

schließlich sieht ja immer noch der Juliussturm für den Fall, daß die allgemeine Wellage wirklich so schlecht werden sollte, wie sie die Spanbauer sich jetzt schon ausmalen.

Ueber die traurigen Folgen der Gasanstromung im Hause Alexandrinstr. 122 hatten wir bereits berichtet. Die im beschuldigten Zustande nach der Charitee gebrachte Produktenhändlerin Keller konnte in diesem Krankenhause wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden, sondern mußte von dort nach dem Urban dirigiert werden. Dadurch entstand leider eine einständige Verzögerung, welche verhängnisvolle Folgen haben kann. Die Ärzte am Urban haben keine Hoffnung, daß Frau Keller mit dem Leben davonkommt. Noch heute klagen benachbarte Kellerbewohner über Kopfschmerzen und Schwindel. Das Gas war nämlich auch bereits in die Wohnung eines Schuhmachers gedrungen. Als der Mann um 5 Uhr aufstand, um für seine Frau, die Zeitungsträgerin ist, die Blätter zu holen, taumelte er umher, führte jedoch die Ursache auf den überheißt gewesenen eisernen Ofen zurück. Auch die Frau des Schuhmachers befand sich in hohem Grade unwohl; erst nachdem frische Luft in die Wohnung gelassen wurde, fühlten sich die Leute etwas wohler. Der Keller des Gastwirts Gauger war ebenfalls voller Gas. Zum Glück ging er an jenem Morgen ohne brennendes Licht in den Keller.

Bei einem Juhälter ist eine Uhr und ein Medaillon gefunden worden, welche der Beschuldigte nach seiner eigenen Angabe im Sommer des Jahres 1886 in der Hafenstraße, vor dem Gasthause „Neue Welt“, einem betrunkenen Menschen „gehabert“ hat. Die Uhr, eine silberne Zylinder-Memontoiruhr mit gepreßtem Goldrand, hat die Nummer 72133. Das Medaillon ist von Gold, in Buchform mit zwei schwarzen Platten, auf der vorderen Platte befindet sich ein goldenes leeres Wappenschild. Die in demselben befindlichen Photographien hat der Dieb mit einem Messer herausgeraucht. Die Gegenstände können bei der Kriminalpolizei im Zimmer 84 während der Vormittagsstunden angefordert werden.

Polizeibericht. Am 29. d. M. Vormittags wurde eine Frau in ihrer Wohnung im Keller des Hauses Alexandrinstr. 122, durch Leuchtgas betäubt aufgefunden und auf Anordnung des Arztes nach der Charitee gebracht. Wie nachträglich festgestellt worden ist, war das in den Keller führende Gasrohr unter dem Bürgersteige gebrachen und infolge dessen das Gas in die Wohnung gedrungen. — Zu derselben Zeit fiel vor dem Hause Fischerstr. 25 infolge der Glätte ein Mann und brach den Arm, so daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Als am 29. v. M. Abends die Kutscherfrau Kroschinski die Wochsammen auf der Treppe des Hauses Neue Königl. 29 im zweiten Stock auslöschte, beugte sie sich zu weit über das Geländer und stürzte in den Hausrühr hinab. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung und eine Verstauchung des Nackengates. — Am 30. v. M. Mittags brach ein stämmiger Knabe in der Nähe der Galvinstraße beim Betreten des Gases aus der Spree ein und fiel ins Wasser. Er wurde von einem Offizier mit eigener Lebensgefahr aus dem Wasser gezogen und vor dem Ertrinken gerettet. — Nachmittags erschoss sich ein Mann in seiner Wohnung in der Alexandrinstr. mittelst Revolvers. — Abends wurde auf dem Bahnhof am Zentral-Viehhof der Hilsweicher-Keller Krause beim Ueberfahren der Geleise von einer Dampfmachine überfahren und sofort getödtet. Im Laufe des Tages fanden 11 kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Es war wieder eine ganz geringfügige Veranlassung, aus welcher eine Anklage wegen Verleitung zum Meinen entstanden ist, welche gestern vor der I. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. verhandelt wurde. Der Angeklagte, Tischlermeister Robert Roberstein, wurde beschuldigt, in einer wichtigen Uebertretungssache versucht zu haben, seinem Gesellen Mahler zu einem falschen Eide zu verleiten. In der Nacht zum 3. Mai waren, den Bestimmungen der Feuer-Polizeiordnung zuwider, in der Werkstatt des Angeklagten Hobelspäne liegen gelassen, welche von einer am 2. Mai durch den Gesellen Herzog hergestellten Arbeit herstammten. Durch den Gesellen Herzog herbeigerufen, war am 8. Mai Morgens ein Schutzmann in der Werkstatt erschienen und hatte die Uebertretung festgestellt. Der Angeklagte soll nun versucht haben, den Gesellen Mahler zu der falschen Aussage zu bestimmen, daß diese Späne nicht von der Herzog'schen Arbeit vom Tage zuvor herrührten, sondern erst von ihm, dem Gesellen bzw. dem Meister, welchen er schon um 3 Uhr Morgens gewandt habe, gemacht worden seien. Die Sache stand für den Angeklagten so bedenklich, daß der Staatsanwalt ein Jahr vor drei Monate Zuchthaus gegen denselben beantragte, es gelang jedoch dem Rechtsanwält Böger, das Vertrauen auf die Glaubwürdigkeit des Gesellen Mahler einigermaßen zu erschüttern und das ursprüngliche volle Geständnis des Angeklagten, welches derselbe später wieder zurückgezogen, als das Produkt eines Mißverständnisses infolge arger Schwerebrigkeit des Angeklagten hinzustellen. Der Gerichtshof hielt die Sache nicht genügend aufgeklärt und sprach den Angeklagten frei.

Interessante Enthüllungen lieferte eine Verhandlung, welche gestern vor der 84. Abteilung des Schöffengerichts stattfand. Auf der Anklagebank befand sich der Hofagent Hermann Helmecke, welcher beschuldigt war, den Polizeipräsidenten Neues durch die Nachrede beleidigt zu haben. Der Angeklagte erklärte auf Befragen, daß ihm der Titel „Hofagent“ von dem verstorbenen Prinzen Friedrich Karl von Preußen verliehen worden sei, weil er für denselben mehrere Geschäfte besorgt habe. Der Sachverhalt, welcher der Anklage zu Grunde liegt, wurde durch das vorhandene Aktenmaterial in Verbindung mit dem eigenen Geständnis des Angeklagten wie folgt festgestellt: Helmecke besaß sich damit, sittlichkeitsreichen Leuten gegen entsprechende Verdienste, die gewünschten Auszeichnungen zu verschaffen, er erbot sich auch zum Beweise, daß ihm dies vermöge seiner Beziehungen zu hochstehenden Personen in mehreren Fällen gelungen sei. Einmaliglich muß dies Geschäft sein, denn der Vorstehende, Alteser Kräfte, hielt ihm vor, daß er im vorigen Jahre auf ein Einkommen von über 10 000 M. eingeschätzt sei, ein Jagd gepachtet habe u. s. w. Im Herbst vorigen Jahres erfuhr Helmecke, daß der Polizeipräsident Helmecke, sich um den Titel eines Kommerzienraths beworben, um den Titel eines Kommerzienraths zu erlangen, an, um hierbei behilflich zu sein. W. verhielt sich anfangs äußerst zurückhaltend und nur auf das Erlangen seines Besuchers nahm er von einem der Briefe Einsicht, die derselbe ihm vorlegte, um zu beweisen, daß er auf diesem Gebiete schon Erfolge zu verzeichnen habe. W. sah die Unterschrift eines Mannes aus adeligen Kreise (so weit er sich erinnert, Graf Bismarck-Bohlen), wollte aber dennoch dem Angeklagten einen bestimmten Auftrag nicht erteilen, sich für ihn zu verwenden. Der Angeklagte schien augenscheinlich von dem Stande der Angelegenheit gut unterrichtet zu sein. Er behauptete, daß W. wenig Aussicht auf Erfolg habe, denn es sei veraltet, sich, wie es im vorliegenden Falle geschehen, der Fürsprache des Landraths zu bedienen, um etwas zu erreichen. Die Altesen der Kaufmannschaft hätten zwar günstig über W. berichtet, nun konnte es aber auf die Ansicht des Polizeipräsidenten an und diese Behörde werde ein ungünstiges Urtheil über ihn fällen. Der Angeklagte soll nun versprochen haben, daß er den Polizeipräsidenten Neues, der das betreffende Dezerat unter sich habe, kenne, die Maschine müsse geschmiert werden, ohne blechen lasse sich nicht erreichen. — Diese letzte Aeußerung bildet Gegenstand der Anklage, da W. sie so ausgeführt hat, als wolle Helmecke Geld von ihm haben, um den Hauptmann damit zu bestechen. Der Angeklagte behauptete, daß er diese Aeußerung nicht gethan

habe und wenn er etwas Aehnliches gesagt, so sei es weder auf den Hauptmann Neues noch auf andere Beamte des Polizeipräsidenten gemünzt gewesen; er habe vielmehr gemeint, daß W. für Wohlthätigkeitszwecke Opfer bringen müsse, wie es beispielsweise auf ein hochangesehener Kaufmann (der Alteste der Kaufmannschaft, Geh. Kommerzienrath Frenzel) gethan habe. Der Zeuge W. erklärte unter seinem Eide, daß die Aeußerung über den Polizeipräsidenten Neues so gethan habe, wie die Anklage behauptet und daß sie nur auf diesen Bezug haben konnte. Der Beschuldigte suchte die Glaubwürdigkeit des Zeugen an, dem die Polizei thatsächlich ein ungünstiges Zeugnis ausgestellt habe und der deshalb auch nicht Kommerzienrath geworden sei. Es werde ferner ein häßliches Schlaglicht auf den Zeugen, daß derselbe, der sein Ehrenwort gegeben habe, über das Gespräch mit ihm Schweigen zu bewahren, demnach die Sache weiter getragen habe. Der Zeuge erwiderte, daß er das angelobte Stillschweigen nicht gebrochen habe. Bei der ersten Unterredung mit Helmecke, habe seine Frau sich im Nebenzimmer befunden und gehorcht, sie sei es gewesen, die gelegentlich eines Besuchs des Landraths v. Stubenrauch diesem den Namen des Angeklagten, sowie den Inhalt des Gesprächs mitgetheilt habe. Der Angeklagte habe dann das Weitere veranlaßt. Der Staatsanwalt schenkte den Angaben des Zeugen vollen Glauben, er hielt die üble Nachrede für die schwerste Beleidigung, die man einem Beamten antun könne, und beantragte deshalb, von einer Geldstrafe Abstand zu nehmen und auf eine Woche Gefängnis zu erkennen. Der Verteidiger plaidirte für Freisprechung und stellte eventuell neue Beweisanträge, wodurch die Glaubwürdigkeit des Zeugen erschüttert werden sollte. Der Gerichtshof lehnte diese Beweisanträge als unerheblich ab und verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 600 M. eventuell 14 Tagen Gefängnis.

Versammlungen.

Sozialdemokratischer Parteitag für den Regierungsbezirk Potsdam.

Der Parteitag wurde am Sonntag, den 30. d. M., Nachmittags 4 Uhr, durch den Genossen Garburg (Potsdam) im Saale des Herrn Feuerherd, Zimmerstr. 2, zu Potsdam eröffnet. Der ziemlich kleine Saal ist in würdiger Weise geschmückt; so hängt an der Wand hinter dem für das Bureau bestimmten Tisch eine rote Fahne mit der Aufschrift: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Zu den Seiten der Fahne sind die umkränzten Bildnisse Marx's und Lassalle's angebracht. Der Theil des Saales, welcher für das Publikum bestimmt ist, ist trotzdem Tische und Stühle hinausgeschafft, überfüllt. Unter den Anwesenden befinden sich auch Frauen. In das Bureau des Parteitages werden die Genossen Ewald, Garburg, Schröder und Bernau gewählt. In Anbetracht der beschränkten Zeit wird von der Wahl einer Mandatsprüfungs-, sowie einer Geschäftsordnungs-Kommission Abstand genommen. Die Feststellung der Präsenzliste ergibt, daß von den Wahlkreisen des Regierungsbezirks Potsdam nicht vertreten sind: West-Priegnitz, Ost-Priegnitz, Prenzlau-Angermünde. Vertreten sind: Ruppin-Templin durch 2, Ober-Barnim durch 8, Nieder-Barnim durch 4, Ost-Havelland durch 4, West-Havelland durch 10, Zauch-Belzig durch 2 und Zeltow-Beeslow-Storkow durch 7 Delegirte. W. Werner schlägt vor, damit nicht, weil einzelne Kreise so zahlreich vertreten sind, die Beschlüsse des Parteitages näher mit Hinweis auf eine Majorisirung angefochten werden können, nur 3 resp. 4 Delegirte eines Kreises das Stimmrecht zuzuerkennen. An der sich über diesen Vorschlag entwickelnden Debatte betheiligten sich die Genossen Thierbach, Millarg, Gruhl, Werner, Schneider, Stadthagen, Appelt, Ebel, Tabert und Mielenz. Die Diskussion hierüber wird durch Ablehnung eines dem Werner'schen Vorschlag entsprechenden Antrages mit Stimmgleichheit geschlossen.

Es ergreift nunmehr der Genosse Ewald zu einem Referat über die beiden ersten Punkte der Tagesordnung: Besprechung über die Organisation und Agitation in den Wahlkreisen des Regierungsbezirks Potsdam, das Wort. Er führte aus: Der Parteitag in Halle habe wohl die Art und Weise, wie die Organisation und Agitation im Großen und Ganzen gehandhabt werden solle, angegeben; aber nicht, wie sich dieselbe in den einzelnen ländlichen Kreisen gestalten müsse, bestimmen können. Um über die Handhabung der Organisation und Agitation in den angehörigen Wahlkreisen zu bestimmen, sei nun für den Bezirk Potsdam dieser Parteitag einberufen worden. Es ist nicht lobenswerth, daß gerade in diesem Bezirk noch Wahlkreise ohne jede Organisation vorhanden sind. Dort ist auch selbstverständlich keine Agitation im größeren Maßstabe möglich. Es ist nöthig, daß sogenannte vorgeschrittene Kreise den „zurückgebliebenen“ bei der Schaffung einer Organisation, sowie bei der Agitation behilflich sind. Bei der Landagitation ist in Betracht zu ziehen, daß das Publikum ganz anders behandelt werden will und muß, als das in den Städten. Berlin kann es sich z. B. gestatten, für den Austritt aus der Landeskirche zu agitieren. Geschähe dies in Ost- oder West-Priegnitz, so könnten die betreffenden Agitatoren von Mäcd sagen, wenn sie mit heiler Haut davon kämen. Es ist hier nöthig, die Leute erst zum Klassenbewußtsein zu erziehen, sie erst über die wirtschaftlichen Verhältnisse aufzuklären. Damit muß Hand in Hand die politische Agitation gehen; sie ist von der wirtschaftlichen nicht zu trennen. Sicher ist, daß ein guter Agitator aus der Stadt auf dem Lande schlechter fahren würde, als ein mittelmäßiger Landagitator. Aus diesem Grunde ist das Hauptaugenmerk auf die Erziehung von Landbewohnern zu Agitatoren für die Sozialdemokratie zu legen. Das steht fest, daß sich in den dicken Bauernschädeln die Idee des Sozialismus schon festgesetzt hat. Um das Genommene festzuhalten und Neues zu gewinnen, haben wir jetzt vor allen Dingen, wo solche noch nicht bestehen, Organisationen zu schaffen. Wir wünschen immer, in Bayern, in Ost- und Westpreußen möchten bei der Wahl mehr Stimmen abgegeben werden, aber um die nächste Nähe kümmern wir uns nicht oder sehr wenig. Redner schlägt vor, ein Komitee von drei Personen zu wählen, welches sich mit allen Kreisen des Regierungsbezirks Potsdam in Verbindung zu setzen hat, neue Verbindungen anzuknüpfen soll, für die Gründung von Organisationen wirken und diesem die weitere Agitation auf dem Fuße folgen lassen muß. Die Kreise, welche nun materiell besser stehen, haben es sich zur Pflicht zu machen, diese Komitee zu unterstützen. Es wird eben nicht für bestimmte Kreise gewirkt, sondern für die Partei. Wir haben dahin zu wirken, daß man uns nicht nachsagen kann, wir seien in der Mitte des Reiches lässig gewesen. (Beifall.)

Zu der Diskussion spricht zuerst Tabert: Man müsse unter den Bauern Agitatoren ausbilden. Bei der Agitation ist die wirtschaftliche Frage in den Vordergrund zu stellen; die Religion aus dem Spiele zu lassen. Die Versammlungen wären unruhig geworden, wenn Redner von Religion zu sprechen angefangen. Dem Antrag Ewald kann Redner nicht zustimmen, da für jeden Kreis ein Kommissionsmitglied gewählt werden müßte.

Garburg: Die Religion eigne sich nicht bei der Landagitation, es sind genug andere Fragen vorhanden. Die Landarbeiter sind durchaus nicht so theilnahmslos, wie geglaubt wird. Die Abhängigkeit verhindert das Zutreten der Gesinnung. Viele Bauarbeit, welche in der Stadt arbeiten, wohnen auf dem Lande. Sie müssen herangebildet werden. Ihre Worte machen auf ihre Bekannten vielmehr Eindruck, als die anderer Leute. Das ist aus ganz entlegenen Dörfern bestätigt worden. An Orten, wo kein Boden für unsere Ideen vorhanden zu sein scheint, da wende man sich an die Zigarennmacher. Was das Geld zur Agitation anbelangt, so sind die hier in Betracht kommenden Kreise alle arm; man ist daher auf Berlin und andere größere Städte angewiesen.

Thierbach: Es ist viel in den in Betracht kommenden

Kreisen vernachlässigt worden, woran hauptsächlich das Sozialistengesetz schuld ist. Das muß nachgeholt werden. Redner spricht sich für die Wahl eines Komitees aus und tritt in einigen Punkten den Ausführungen Tabert's entgegen.

Millarg: Bei der Landagitation hat man nöthig, die örtlichen Verhältnisse genau zu studiren und die Leute damit zu packen zu suchen.

Stadthagen erkennt den Vorschlag Ewald's als zweckmäßig an. Was die Religionsfrage betrifft, ist er der Meinung, daß sie auch in Berlin nicht so in den Vordergrund hätte gedrängt werden dürfen. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es, überall Bildungsvereine zu schaffen. Was die Agitation sonst noch betrifft, so müsse man nur darauf losgehen. Wenn man den Leuten, auch in den verstecktesten Orten, wie er, Redner, es schon gemacht, in ruhiger, nicht verlerender Weise die Prinzipien der Sozialdemokratie auseinandersetze, sind dieselben auch empfänglich dafür. Wenn Ewald sagt, die besser dastehenden Kreise sollten die anderen unterstützen, so ist das ja richtig; einen Beschluß dahingehend zu fassen, ist aber nicht angebracht. Diese Unterstützung müsse von selbst geschehen.

Apelt hält es für die beste Agitation, wenn man gute Flugblätter und gute Broschüren auf dem Lande ansässigen Personen zur Verbreitung in ihren Bekanntenkreisen übergeben würde. Dadurch würde ein Stamm geschaffen werden. Redner führt zum Beweise der Nützlichkeit des Angeführten verschiedene Beispiele an.

Wilk. Werner hat nicht gefunden, daß man auf dem Lande anders agitiren muß, wie in der Stadt. Redner ist der Meinung, daß, da die Parteikasse eine beträchtliche Summe enthalte, der Parteivorstand den Kreisen, denen es noththut, Geldmittel zur Verfügung stellen müsse. Was die freireligiöse Frage anbelangt, so ist ja richtig, daß es keine Prinzipienforderung der Sozialdemokratie ist; aber man müsse hier die Erziehung der Jugend in Betracht ziehen. Auch läßt es sich nicht vermeiden, bei der Agitation auf diese Materie einzugehen, weil diese Frage liberal von den Pastoren angeregt wird. Unser Programm dürfen wir nicht verleugern; wir dürfen keine verimpelte Genossen erziehen; sondern solche, die wissen, was sie wollen. Redner stellt folgenden Antrag:

Die Delegirten des Parteitages für den Regierungsbezirk Potsdam stellen an die Parteileitung die Forderung, zur besseren Agitation für die Landbevölkerung durch Ausgabe zweckentsprechender Broschüren und Flugblätter die nöthigen Geldmittel aus der Parteikasse zu geben, um Wahlkreise des Bezirkes damit bearbeiten zu können. Die Delegirten erklären in ihren Wahlkreisen dahin wirken zu wollen, daß zur Vertheilung dieser Agitationsmittel die nöthigen Kräfte vorhanden sind.

Der Antrag ist außer von Werner noch von den Genossen Dannenberg, Gruhl, Wurbs, Donner und Buchholz unterzeichnet.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprachen noch die Genossen Dannenberg, Millarg, Apelt, Gruhl, Bernau, Thierbach und Stadthagen.

Thierbach will auf keinen Fall das Programm bei der Agitation verschleiern.

Bernau ist der Meinung, daß man sich nicht sehr auf die Gründung von Vereinen auf dem Lande verlassen könne. Man müsse darauf sehen, daß auch die nöthigen Kräfte zur Erhaltung derselben vorhanden sind; sonst möge man es lieber lassen. Redner weist darauf hin, daß sich, sowie sich auf dem Lande ein gewisser Aufschwung für unsere Ideen zeige, bald ein Rückschritt wieder eintrete, wenn wir dem nicht entgegenarbeiten. Die Leute werden ansänglich mit fortgerissen, sie sehen das Schlechte ihrer Lage, schließen sich uns an, verstehen aber nichts vom Sozialismus. Hier könne man weiter nichts thun, als diese Leute mit guten Schriften versehen. Ein ständiges Agitations-Komitee für den Regierungsbezirk Potsdam, das möglicherweise in jedem noch so kleinen Orte seinen Vertrauensmann hat, ist unbedingt nothwendig. Der Sitz des Komitees ist am besten Berlin, da dort eher Geld aufzutreiben ist.

Nachdem die Debatte geschlossen, gelangten die eingelaufenen Anträge zur Abstimmung. Der Antrag Werner wurde mit 20 gegen 12 Stimmen angenommen. Ferner wurden folgende zwei von Stadthagen gestellten Anträge angenommen: 1. Der Parteitag wählt ein Agitationskomitee, bestehend aus drei Mitgliedern. 2. Der Parteitag erachtet die Gründung von Arbeiter-Bildungsvereinen, Diskutir- und Vesellubs und von sachgewerblichen Vereinigungen möglichst in allen Orten für nothwendig.

Zu das Agitationskomitee wurden hieran die Genossen Rechtsanwält Stadthagen, Landsbergerstr. 62; Buchdrucker W. Werner, Mantuffelstr. 71, und Maurer J. Bernau, Zionskirchplatz 2, sämmtlich in Berlin, gewählt.

Nun ergriff Genosse Ewald zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Besprechung über die Presse“, das Wort. Der Redner legt den Nutzen einer sozialdemokratischen Presse, speziell für die Landkreise dar. Sie sei die schärfste Waffe im Kampfe mit unseren Gegnern; man suche sie darum auch auf alle mögliche Art und Weise zu unterstützen. Redner führt dafür verschiedene Thatsachen als Beispiele an. In Anbetracht dieser, sowie anderer Schwierigkeiten, wird es schwer halten, unsere Presse in den entlegenen Wahlkreisen einzuführen. Von der Gründung eines Zentralblattes für die Mark Brandenburg möge man absehen; aber es ließen sich vielleicht für mehrere Kreise zusammen sozialdemokratische Organe gründen. Es empfiehlt sich vielleicht, die „Brandenburger Zeitung“, welche sich vom 1. Januar an in den Händen der Partei befinden wird, in den Kreisen einzuführen, wo noch keine Arbeiterpresse vorhanden ist. Die Zeitung solle keinem der andern Blätter, welche in der Provinz gelesen werden, Konkurrenz machen.

An der nun folgenden Diskussion betheiligten sich u. A. die Genossen Tabert, Wurbs, Stadthagen, Ebel, Herrmann, Garburg, Schulz, Millarg, Boder und Werner. Tabert theilt mit, daß er beauftragt ist, für ein Zentralorgan für die Provinz Brandenburg einzutreten, und zwar für die „Märkische Volksstimme.“ Fast sämmtliche anderen Redner wandten sich gegen dieses Projekt. Die allgemeine Meinung ging dahin, daß die besonderen Verhältnisse der verschiedenen Kreise in der Zeitung berücksichtigt werden müßten, was bei Annahme des Tabert'schen Antrags ausgeschlossen sei. Um dies zu ermöglichen, könnten höchstens drei Kreise zusammen ein Organ haben, wenn der einzelne es nicht halten könne.

Garburg stellt in Frage, ob nicht bei Gründung von noch einigen Blättern für die Provinz die vorhandenen zu werthlosen Blättern werden würden.

Nach Schluß der Debatte wurde beschlossen: 1. Der Parteitag hält es für wünschenswerth, daß für die drei Kreise Zeltow-Beeslow, Nieder-Barnim und Ober-Barnim ein Organ ins Leben gerufen wird. Es bleibt dies den Kreisen überlassen. 2. Der Parteitag beschließt, die „Brandenburger Zeitung“ als Organ für Westhaveland, Ruppin-Templin anzuerkennen. Der Antrag Tabert betreffs des Zentralorgans wurde abgelehnt. Angenommen wurde noch folgende Resolution: Der Parteitag protestirt gegen die Aufnahme der rigorosen Bestimmung in die Gewerbegesetz-Novelle, wonach Vetter von Straß mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden können und erklärt sich mit dem Entwurf des Paragraphen 153, wie derselbe von der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion eingebracht ist, einverstanden.

Um ca. 8 1/2 Uhr wurde hierauf der Parteitag mit einem brauenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Großen! Mitglieder aller freien Kassen! Am 7. Dez. treffen ca. 300 Abgeordnete aller freien Kassen in Berlin ein

zum Zwecke der Berathung über Mittel und Wege, welche geeignet sein könnten, den Gefahren zu begegnen, die den eingetragenen Klassen drohen, wenn die Novelle zum Krankentaggengesetz im Reichstage durchgeht. Genossen! Wo wir auch im ganzen deutschen Lande, sei es zu einem Kaffeetage — zu einem Gewerkschaftskongress oder politischen Parteitage — erschienen, überall und immer fanden wir eine Aufnahme, welche dem Ernste unserer Sache und dem Geiste der Arbeiterbewegung entsprach. Vor allem waren die Genossen stolz darauf, die Delegirten würdig zu empfangen und im eigenen Kreise unterbringen zu können.

Berlin wird dieser schönen Sitte nicht untreu werden. Wir erwarten, daß alle Genossen, welche einen oder mehrere Delegirte auf etwa 4 Tage (gegen Entgelt) beherbergen können, spätestens bis Mittwoch Abend schriftlich an Genosse N o s s e, Kottbuser-Ufer 62, wenden werden. Wir verlangen keinen Komfort, aber freundschaftliche kollegiale Aufnahme unserer auswärtigen Freunde. Wir beabsichtigen die Abgeordneten auf den Bahnhöfen zu empfangen und erwarten, daß sich Mitglieder eingeschriebener Klassen am Sonntag früh dem Lokalkomitee bei Mey, Beuthstr. 22 zur Verfügung stellen werden, wie wir auch alle Freunde unserer Sache bitten, unsere Delegirten, wo dieselben sich auch zeigen, in Schutz zu nehmen. Der Kongress tagt in den Reichstags-Sälen, Beuthstr. 24 und werden die Berliner Genossen Gelegenheit haben, am Montag Abend im Lokale Sanssouci alle Delegirten auf dem unseren Freunden zu Ehren gegebenen Familienfeste sprechen und begrüßen zu können.

Das Lokalkomitee.
Verein Berliner Papier- und Schreibwaarenhändler. Am Donnerstag, den 27. v. M., fand eine öffentliche Versammlung des Vereins statt, zu welcher alle Berufskollegen eingeladen waren. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung war: „Die Stellung der Papierhändler zur Frage der unentgeltlichen Lieferung der Lehrmittel an die Gemeindefürsorge durch die Stadt Berlin.“ Der Referent, E. Deterling, begründete zunächst die Pflicht des Vereins resp. der Berufskollegen, dieser jetzt in der Tagespresse lebhaft erörterten Frage gegenüber Stellung zu nehmen, und bedauerte, daß dies nicht schon viel früher geschehen sei, jedenfalls ein Beweis, wie wenig die Kollegen um die Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen sich zu kümmern gewöhnt sind. Nächstens wies derselbe nach, daß die Möglichkeit der Ausführung nicht zu bezweifeln sei, indem bereits Paris, Hamburg, Städte der Schweiz und England die Einrichtung längst besitzen. Die große Masse unserer Kollegen tröstete sich damit, daß der Antrag abgelehnt werden würde. Dieser Trost ist ein recht unglücklicher zu nennen, denn wie lange dürfte es dauern, dann würde derselbe von Neuem auf der Tagesordnung stehen. Die in der Presse bekannt gewordenen Gründe der Gegner des Antrages seien entschieden recht unbillig, indem die Mehrarbeit für die Herren Redakturen und Lehrer doch wohl nicht so bedeutend sei, um deshalb eine so beträchtliche Erleichterung für die Eltern der Gemeindefürsorge zurückzuweisen. Ein recht wesentliches Motiv schein aber die Gefahr zu sein, welche insofern herausträte, als die schon so oft erörterte Bieleitigkeit der Lehrbücher auf diesem Umwege beseitigt und einheitliche Bücher eingeführt werden dürften. Gerade die traurige Thatsache, daß sogar in vielen Schulen verschiedene Lehrbücher benützt, und von einem Semester zum anderen Änderungen mit den Büchern vorgenommen würden, mache es den Eltern so schwer, diese Ausgaben zu bestreiten, und jeder Kollege mache darin recht viele Erfahrungen, indem oft das letzte Geld für Bücher abgedarbt wird, um solche den Kindern mitgeben zu können.

Eigenhümlich habe es die Papierhändler berührt, als sich bei Diskussion dieser Angelegenheit in einem Bezirksverein plötzlich ein Lehrer der bedrohten Papierhändler erinnerte, welche ihre Existenz verlieren könnten. Dieses Mitleid ist entschieden zurückzuweisen, indem gerade die Mehrheit der Herren Lehrer nach wie vor den Papierhändlern recht schwere Nachteile zufüge dadurch, daß die so oft ihres Widerwertes in Qualität und Quantität wegen geringten Normalhefte, wodurch den Eltern zu Unrecht eine Abgabe an die Lehrer-Wittwenkasse auferlegt wird, nach wie vor streng eingeführt werden und es ist wohl zu wünschen, daß diesem von Seiten der Herren Lehrer selbst verurtheilten Treiben ein Ende bereitet werde. Referent gelangt in seinen Ausführungen zu dem Schluß, daß die Schreibwaaren-Händler für freie Lieferung der gedruckten Schulbücher gern stimmen möchten, dagegen mögen Schreibhefte, Federn u. s. w. nach wie vor zu beschaffen sein, indem gerade diese Artikel gern von den Eltern zur Ausbildung ihrer Kinder gekauft und als Geschenke verwendet werden, und würden die großen Ausgaben für Lehrbücher beseitigt, so werden

diese Artikel in viel besserer Qualität angeschafft werden können, als jetzt. Wenn wir uns nun aber auf den vorgeschrittenen Standpunkt für den Antrag stellen, sind wir auch berechtigt zu fragen, was mit dem einem Mal werthlos gewordenen Lagerbestand wird, und da stehen wir nicht an, zu fordern, daß die Stadtverwaltung die Pflicht anerkennt, diese Bestände zu übernehmen. Hierin bietet der Staat ein Vorbild; denn bei allen Monopolvorlagen hat derselbe stets die Pflicht anerkannt, die betroffenen und ihres Erwerbes beraubten Geschäftseigenen zu entschädigen. Es folgte auf diesen Vortrag eine lebhaft Diskussion, in der von der großen Majorität der Versammlung die Ansicht des Referenten unterstützt wurde. Schließlich wurde eine von demselben eingebrachte Resolution, welche seine Ausführungen wiedergibt, angenommen und der Vorstand beauftragt, dieselbe in Form einer Petition an die Stadtverordneten-Versammlung, versehen mit ausführlichen Motiven, zu überreichen und etwaige Resultate durch die Fach- und Tagespresse bekannt zu geben.

Eine öffentliche Versammlung der Glasergesellen Berlins und Umgegend fand am Dienstag, den 25. d. Mts., in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße, statt. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, erklärte der Vorsitzende, Kollege Stampehl, den eigentlichen Zweck der Versammlung, der darin besteht, daß soviel Kollegen wie möglich der Zentralorganisation beitreten sollten. Da für Punkt 1 (Vortrag) kein Referent gefunden werden konnte, der über das passende Thema „Zentralorganisation“ referiren sollte, verlas und erläuterte der Vorsitzende die Statuten des Verbandes der Rahmenmacher.

Zu Punkt 2 spricht Kollege Gojert für die Zentralorganisation, und fordert die Kollegen auf, sich sämtlich dem Verband anzuschließen; jeder müsse ferner nach Kräften gegen den Individualismus ankämpfen. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute, am 25. November 1890, bei Feuerstein tagende öffentliche Versammlung der Berliner Glasergesellen beschließt, an der Resolution, welche am 12. November in der öffentlichen Versammlung angenommen wurde, festzuhalten und demgemäß fleißig zu agitiren, daß recht viele Kollegen der Zentralorganisation beitreten. Zu Punkt 3 wurde die Geschäftsführung der hiesigen Innungs-Krankenkasse einer Kritik unterzogen. So wurde vor allem das System des Beiträge-Abstemperns hervorgehoben; dasselbe sei zu verwerfen, da sich ein Kollege beim Arbeitswechsel dem neuen Meister gegenüber selten ausweisen könne, ob er bezahlt habe oder nicht, da der betreffende Beamte nicht immer zugegen sei, um das Abstempern zu besorgen; hier sei das Markensystem am Platze. Zur Gliederung dieser und anderer Uebelstände der Krankenkasse, wurde von Seiten des Vorsitzenden eine besondere Versammlung vor der Krankenkassen-Versammlung vorgeschlagen, welche sich speziell mit dieser Angelegenheit beschäftigen sollte. Eine Resolution, betreffend die Stellung der Glasergesellen Berlins und Umgegend zur Berliner Streik-Kontrollkommission: „Die heute am 25. November bei Feuerstein's tagende öffentliche Versammlung der Berliner Glasergesellen beschließt, die angenommene Resolution der Berliner Streik-Kontrollkommission für sich als geltend zu betrachten, und demgemäß zu handeln. Sie erwartet auch von ihrem Delegirten, daß er die Gesellschaft stets auf dem Laufenden hält.“ wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Zentralverein der Haus- und Geschäftsbüchler Berlins. Am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 9 Uhr, bei Teigmüller, Alte Jakobstraße 48a., Große Mittelstraßen-Versammlung. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion, Mittheilungen. Aufnahme neuer Mitglieder und Ausgabe der Billets zum nächsten Jahr. Verschiedenes und Abrechnung der Billets vom 9. November. Protagisten. Kollegen als Gäste sehr willkommen.

Der Unternehmungs-Gund der Hausbühnen Berlins hält am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 9 Uhr, bei Feuerstein eine Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Mittheilung. 2. Vortrag des Herrn Dr. Lüttgenant: „Das eiserne Lehrgesetz.“ 3. Diskussion. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Bundesangelegenheiten. 5. Protagisten. Ausgabe der Billets zum nächsten Jahr in der Aktien-Brauerei Friedrichshagen, früher Eips. (Siehe Annonce vom Sonntag.)

Kidvorder. Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Hoffmann, Bergstr. 132.

Sänger-Verein der Kapazier Berlins. Versammlung am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 70.

Öffentliche Versammlung der Gärtner von Sieglitz und Umgegend. Mittwoch, den 3. Dezember, Abends 9 Uhr, im Restaurant Kaiserballen.

Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokal von Nürnberg, Schöndauer Allee 28. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Dezernatsprozeß“. Referent: J. Kurt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Genossen und Genossinnen werden zu recht zahlreichem Besuch eingeladen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Hensfelder Bundes (S. S.) Versammlung Berlin. Heute Abends 8 Uhr im Restaurant Jemter, Wilsdr. 11: Mitglieder- und Verwaltung-Versammlung. Tagesordnung: Aufsicht auf den Hilfsstellen-Verband.

Josef's Andress-Häile (Großer Saal), Andressstr. 21, Sonnabend, den 2. Dezember: 1. großes Stiftungsfest des Stafflubs „Rückwärts“.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen Weiser's Lokale des Herrn Weiser, Weiskerle, König-Charité.

Öffentliche Versammlung des Arbeiter-Vereins für Kammerburg und Umgegend am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Weigel, Thiergarten- und Bismarckstraßen-Ecke.

General-Versammlung des Arbeiter-Vereins sämtlicher in der Firmerschüler-Brandt beschäftigten Arbeiter am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, in Schiller's Salon, Tafelstr. 10.

Große Volksversammlung am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Glykium“, Landsberger Allee 26-28.

Große Versammlung der sozialdemokratischen Wahlkreise des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, in Keller's Salon, Bergstr. 68.

Zwei große öffentliche Versammlungen der Maurer Berlins und Umgegend am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr: 1) in der Norddeutschen Brauerei, Charlottenstr. 88, 2) in der Berliner Hof-Brauerei, Tempelhofer Berg.

Vereinigung der Maler u. s. w. Filiale 5 Osten, Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, Blumenstraße Nr. 38 bei Genke: Vereins-Versammlung.

Vorstands-Versammlung der Arbeiter- und Arbeiterinnen Gen. V. d. M. Versammlung am Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 70.

Verein selbstständiger Zeichner der Provinz Brandenburg-Berlin. Sitzung am Dienstag, den 2. Dezember, Punkt 8 Uhr Abends in den „Kadettenkaserne“, Zeugnisplatz 1.

Gesellschaft Berliner Bildhauer. Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr bei Krieger, Annenstr. 16. Herardenische General-Versammlung. 1. Beratung des Jahresberichts. 2. Geschäftsbericht. 3. Verschiedenes. Für Steinbildhauer sind hiermit zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.

Verband deutscher Zimmerleute. Dienstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, Versammlung für Schöndauer und Umgegend in der Schloß-Str. 1. Vortrag des Herrn Schöndauer. 2. Verschiedenes und Protagisten. Was Mitglieder werden aufgenommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises. Sonnabend, den 2. Dezember: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz in Reichstags-Salon, Schöndauer Allee 28.

Verband Berliner Arbeiter und Berufsgenossen. Am Mittwoch, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, Klubhaus, Braunstr. 19. Auserordentliche General-Versammlung. Tagesordnung: Wahl des 1. Vorsitzenden u. s. w.

Arbeiter-Sänger-Verein Berlin und Umgegend, Abends 8 Uhr, Uebungsstunde, Aufnahme neuer Mitglieder — Gesangverein „Die Einigkeit“ (Wöhrler), Lindenbergerstr. 21 bei Heise. — Gesangverein „Norddeutsche Schiller“, Restaurant Kaiser Franz, Grenadierplatz 7. — Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“ Nr. 12 bei Jemter, Gurostr. 16. — Gesangverein „Allegro“, Schöndauer Allee 142 bei Weiser. — Gesangverein „Olympia“, Prinzenstraße 108 bei Weiser. — Gesangverein „Arzt und Berg“, Tempelhofer-Ufer 15 bei Kramp. — Gesangverein „Bellin'scher“, Wöhrlerstr. 13 bei Jemter. — „Kochknecht“ Gesangverein „Wilhelmshafen“, 23 bei Weiser. — Gesangverein „Waldesruh“, Kochstr. 22a bei Weiser. — Männer-Gesangverein „Süd-Ost“, Köpenickerstr. 191 bei Heise. — Männer-Gesangverein „Harmonia“, Abends 8 Uhr bei Jemter, Gurostr. 70. — Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“ Nr. 12 bei Jemter, Gurostr. 16.

Kasse- und Musikerkasse. Derwegh, Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Otto Pinte, Forsterstr. 45. Gäste willkommen. — „Feuerball“, 8 Uhr bei Schöndauer, Landsbergerstr. 24. — „Sumantilla“, Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Steiner, Weinstraße 22. Gäste willkommen. — „Kantationsverein „Cassale“, Abends 8 Uhr, Wilmannsstr. 21 bei Weiser. Gäste haben Zutritt. — „Proletarier“, (Pantom), bei Weiser, Gurostr. 24.

Gesang-, Turn- und gefellige Vereine. Gesangverein „Anacresis“, Abends 8-11 Uhr bei Krieger, Annenstr. 16. — Männer-Gesangverein „Unser Tag“, (Kochknecht), Abends 8 Uhr, bei Bernersbrunn, Weiserstr. 28. — Privat-Theaterverein „Acaie“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Lehmann, Raumstr. 44. Gäste willkommen. — „Zentral-Club „Helmerstr.“, Abends 8 Uhr im Hans's Restaurant, Tempelhofer Ufer 13, Ecke der Großbeerenstraße. — Vergnügungs- und Theaterverein „Romero“, Abends 8 Uhr bei Säger, Grünauer Weg 29. Gäste willkommen. — Verein „Einqueller“, Abends 8 Uhr, im Köpenicker Klubhaus, Holzmarktstraße 72. — Verein ehemaliger Buchmeister „Die Schiller“, Abends 8 Uhr, Sitzung mit Damen im Restaurant Andressstr. 21 bei Weiser. — „Handklub „Rosenblätter“, Abends 8 Uhr bei Weiser, Koch- und Mannsbrunnstr. 10. Gäste willkommen. — Der „Gefällige“ Verein der Buchdrucker- und Einzelverleger Berlins hält seine Sitzung jeden Montag nach dem 15. im Restaurant Fischerstraße 26 ab. Kollegen willkommen.

Vermischtes.

Wien, 1. Dezember. Der oberste Sanitätsrath beschloß, die ambulatorische Impfung mit Koch'scher Lymphe vorerst nicht zu gestatten. Jeder Fall von Impfung sei der politischen Behörde anzuzeigen und der betreffende Arzt zu überweisen. Auch sei die Provenienz der Lymphe genau anzugeben. Diese Beschlüsse, denen eine hieraus bezügliche Verordnung des Ministeriums folgen dürfte, wurden auf Grund der pessimistischen Berichte der nach Berlin gewandten Delegirten, Professoren Drafsche und Weichselbaum gefaßt, wonach unter den in Berlin behandelten Fällen sich nicht eine einzige konstatirte Heilung befände. Selbst der älteste Fall von Lupus, den man heilt, zeige eine neue Knotenbildung bei den Injektionen in die Lungen werde die Bildung von Kavernen gefördert; endlich seien Fälle vorgekommen, daß bei notorisch tuberkulösen selbst nach der vierten Einspritzung jede Reaktion ausgeblieben sei. Zieht man noch die vehemente Wirkung des Mittels in Betracht — so heißt es in dem Bericht des obersten Sanitätsrathes —, so sei vorerst eine klinische Beobachtung unerlässlich.

Unserem Kollegen, dem Zeitungs-Expeditur Friß Bedeking zum heutigen Wiegensfest ein donnerndes Hoch! daß die ganze Eisenbahnfrage wackelt. — Friß, merkte nicht? 1795 G. R. G.

Unserem Schleis- und Schwabbelmeister Herrn R. K n o l l zum heutigen Wiegensfest ein donnerndes Hoch! — Sämtliche Naturereignisse mögen glatt durch die Röhre fließen und daß er nie wieder unter's Pferd komme. — 1782 Die Alten aus 11.

Dem Genossen Julius Rogatt Wünschen wir zum heutigen Tag, daß er noch so manches Liedchen Dem Schifferklavier entlocken mag. Fest soll er zur Fahne halten, Fest zu unsrer Sache stehen, Fest und treu für Wahrheit kämpfen, Dies soll unser Wunsch heut sein. 1790 H. ruh.

Die Beleidigung gegen den Maurerpolier Otto Dühring auf dem Bau Mühlendamms nehme ich zurück und erkläre denselben als Ehrenmann. 1797 Richard Vogelberg.

Danksagung.
Herzlichen Dank für die rege Theilnahme bei dem Begräbnis meines Mannes, des Bauarbeiters
Gustav Heim.
Insbesondere den Bauarbeitern Berlins, Schönebergs und Umgegend, und den Genossen des 4. Wahlkreises. Dieses hat unserm Herzen Trost gespendet.
Wittve Mathilde Heim nebst Tochter.
1794

Danksagung.
Allen Freunden und Gönnern, wie den Vereinen für ihre miltöthätige Spende sage ich hiermit meinen besten Dank.
1794
C. Dietze.
Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen.
Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.

Achtung, Steinbildhauer!
Bei Zeidler, Schleiferei Wüterbahnhof, ist ein Streik ausgebrochen und ist der Platz für die Stellenvermittlung des Gauvereins Berl. Bildh. gesperrt. 1787
Der Vorstand.

Bei dem Kommerz der Klavierarbeiter in Sanssouci am Sonnabend ist in der Garderobe ein Winterüberzieher verkauft worden. Die Garderoben-Frauen bitten dringend, denselben gegen den eigenen im Bureau von Sanssouci einzutauschen, da dieselben sonst Ersatz leisten müssen. 1792

Thüringer, französische, holländische, russische und ungarische 1788
Waldvögel,
gesund und munter, Stieglitzmännchen 1,30 M., Hänflinge, Finken 75 Pf. cc. billig. Alle Arten Vogelfutter, wie Mehlwürmer cc., ferner Meerschweinchen, weiße und bunte Mäuse stets vorrätzig. Redtmann'sches Natur-Mischfutter, regt den Gesang an, die Vögel singen sogar in der Mauer fleißig und behalten ihre Naturfarbe; ist also die beste Empfehlung. Niederlage nur Köpenickerstraße 90, Thierhandlung.

Nordhäuser Korn,
garantirt echt . . . à Liter — 55 M.
Rum, Cognac, Liqueure „ 1- „
Brennspiritus „ — 85 „
Punsch, Grogg, Glühwein „ 1,25 „
Brauer & Grützmann.
Berlin O., Andreasstraße 63.
Hof geradezu. 784

Roh-Tabak sämtlicher Sorten.
Größte Auswahl, billigste Preise.
881 G. Elkhuyzen, Münzstr. 10.

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Eingebung von Forderungen. 868
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, 11.

Allen Freunden und Gen. empfehle mein Restaurationslokal
Schwedterstrasse 44,
welches ich am 1. Dezember d. J. eröffne. 980

O. Thierbach.
Schleifriemen,
Koppel und Tornister-Riemen, sowie Bandoliers billig zu haben 441
M. Hopp, Berlin,
Grafenstr. 90.

Winter-Paletots!
Feste Preise. Feste Preise.
Im Engros-Geschäft Heiligegeiststraße 40 I sollen die von dieser Saison übrig gebliebenen Winter-Paletots im Einzelnen verk. v.
Hochelegante Paletots zu 25 Mk.
II. Sorte zu 18 Mk.
III. Sorte zu 12 Mk.
Geöffnet v. Morgens 8 bis Abends 8 Uhr.

Steppdecken!!
größte Auswahl!! am billigsten in
Emil Lafèvres Fabrik,
1 Posten Schlafdecken m. kleinen reinw. 1788
Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Leppiche mit Webegehern
jed. Art u. Größe, Portiören, Gardinen, Tischdecken, Käuferstoffe, Steppdecken unterm Kostenpreis. Einzel-Verkauf Leppichweberei Zimmerstr. 86, Hof parterre. 835

Cohn's Hosenfabrik
Pallisaden-Strasse 7,
arbeitet aus Reinen einseme Hosen von 1 M. an, Jacketts 1,50 M., Paletots 3 M., Herren-Hosen von 1,50 M. an.

Wer
eine wirklich gute, billige Cigarre rauchen will, der probire meine folgenden Spezialmarken:
Nr. 24. Ausgezeichnete reine 5 Pf.-Qualitäts-Cigarre. Ersetzt die sog. Spezialforten von 60 bis 75 Pf. vollständig.
Nr. 14. Unübertrefflich! Vorzüglichste aller 6 Pf.-Cigarren. Dieselbe wird anderweitig nicht unter 10 Pf. verkauft.
Nr. 35. Hochfeinste 7 1/2 Pf.-Cigarre. Für verwöhnte Raucher, welche sich einen wirkl. Genuß verschaffen wollen. Werth das Doppelte.
Cigarren anderer Preislagen in unvergleichbaren Qualitäten.
Ein Versuch wird es lehren,
daß man nirgends besser und billiger Cigarren kauft, als bei mir.
EWALD NITTER, Berlin C., Bräuerstraße 20
1724 (Ecke Schornstraße).

Brennspiritus bester Qualität, geruchlos,
Politurspiritus, sehr hochgradig, 92-96 pSt.
Spiritus mit Holzgeist denaturirt, ca. 96 pSt., liefert zu sehr billigen Preisen frei ins Haus und nach auswärts bahnfrei hier
Die Brennspiritus-Fabrik
Hermann Meyer & Co.,
Berlin, Hasedomstraße (Berliner Lagerhof). 771

Arbeitsmarkt.
Papierhändler suchen 1785
Pauly u. Pinner, Köpenickerstr. 87.

Lücht. Korbstepper auf Konsett, sofort b. hoh. Lohn verl. David Hies, Kurstraße 39. 1787

Zwei Tischlerges. auf Bau verl. R. Jeserig, Gr.-Lichterfelde, Bietemannstr.

Erfahrener alter Buchhalter, welcher Form. beschafft. ist, sucht f. Nachmittagsstunden einigen Restverdienst. Adr. an Radlauer, Bräudenstr. 11, pt. 1949

Meyer's, Brockhaus'
Lexica, Bücher, Bibliotheken
A. Hannemann, Köpstr. 56, I. 1796

Jede Nähmaschine unter Reparatur des guten Nähens 2,50 M. Kleine Reparaturen billiger. **W. Maake,** Köpenickerstr. 94, II.

Winter-Überzieher, Herren- u. Damen Uhren, Dosen, 1 Spieluhr f. billig & neu. Stalherstraße 25. **G. Moyer,** Pfandb. 1796

1808] G. Schlaßl. f. G. Mariannenstraße 2, v. 3 Tr. bei Laberenz.

Zur Kritik der Hegel'schen Rechts-Philosophie.

Von Karl Marx.

Deutsch-Französische Jahrbücher, herausgegeben von Arnold Ruge und Karl Marx. Paris 1844. S. 71-85.

Einleitung.

Für Deutschland ist die Kritik der Religion im Wesentlichen beendigt und die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik.

Die profane Existenz des Fortschritts ist kompromittiert, nachdem seine himmlische oratio pro aris et focis widerlegt ist. Der Mensch, der in der phantastischen Wirklichkeit des Himmels, wo er einen Uebermenschen suchte, nur den Wiederschlag seiner selbst gefunden hat, wird nicht mehr geneigt sein, nur den Schein seiner selbst, nur den Unmenschen zu finden, wo er seine wahre Wirklichkeit sucht und suchen muß.

Das Fundament der irreligiösen Kritik ist: Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben, oder schon wieder verloren hat. Aber der Mensch, das ist ein abstraktes, außer der Welt hochendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein verkehrtes Weltbewußtsein, weil sie eine verkehrte Welt sind.

Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser Welt, ihr encyclopädisches Compendium, ihre Logik in populärer Form, ihr spiritualistischer Point-d'honneur, ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. Sie ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt. Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist.

Das religiöse Gland ist in einem der Ausdruck des wirklichen Glendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Gland. Die Religion ist der Feind der bedrückten Kreatur, das Gemüth einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks.

Die Aushebung der Religion als des illusorischen Glandes des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glandes. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, in dem der Mensch sich selbst als ein Wesen betrachtet, dessen Glend die Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammerthales, dessen Heiliges sein die Religion ist.

Die Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpfückt, nicht damit der Mensch die phantastische Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume bewache. Die Kritik der Religion enttäuscht den Menschen, damit er denke, handle, seine Wirklichkeit gestalte, wie ein enttäuschter Mensch, der den Bestand gekommener Mensch, damit er sich um sich selbst und damit um seine wirkliche Sonne bewege. Die Religion ist nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewegt, so lange er sich nicht um sich selbst bewegt.

Es ist also die Aufgabe der Geschichte, nachdem das Jenseits der Wahrheit verschwunden ist, die Wahrheit des Diesseits zu etablieren. Es ist zunächst die Aufgabe der Philosophie, die im Dienste der Geschichte steht, nachdem die Heiligengestalt der menschlichen Selbstentfremdung entlarvt ist, die Selbstentfremdung in ihren unheiligen Gestalten zu entlarven. Die Kritik des Himmels verandelt sich damit in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik.

Die nachfolgende Ausführung — ein Beitrag zu dieser Arbeit — schließt sich zunächst nicht an das Original, sondern an die Kopie, an die deutsche Staats- und Rechts-Philosophie an, aus keinem andern Grunde, als weil sie sich an Deutschland anschließt.

Wollte man an den deutschen status quo selbst anknüpfen, wenn auch in einzig angemessener Weise, d. h. negativ, immer bliebe das Resultat ein Anachronismus. Selbst die Verneinung unserer politischen Gegenwart findet sich schon als beklagte Thatsache in der historischen Rumpelkammer der modernen Völker. Wenn ich die gepuderten Höpfe verneine, habe ich immer noch die ungepuderten Höpfe. Wenn ich die deutschen Zustände von 1848 verneine, stehe ich, nach französischer Zeitrechnung, kaum im Jahre 1789, noch weniger im Brennpunkt der Gegenwart.

Ja, die deutsche Geschichte schmeichelt sich einer Bewegung, welche ihr kein Volk an historischen Himmel weder vorgemacht hat, noch nachmachen wird. Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geheißen, ohne ihre Revolutionen zu theilen. Wir wurden restaurirt, erfleht, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens, weil andere Völker eine Kontrevolution litten, das einmal, weil unsere Herren keine Furcht hatten und das anderemal, weil unsere Herren keine Furcht hatten. Wir, unsere Väter an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tage ihrer Verkündigung.

Eine Schule, welche die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von gestern legitimirt, eine Schule, die jeden Schrei des Leibesigen gegen die Knute für rebellisch erklärt, sobald die Knute eine befährte, eine angestammte, eine historische Knute ist, eine Schule, der die Geschichte, wie der Welt Israels seinem Diener Moses, nur ihre a posteriori ergibt, die historische Rechtschule, sie hätte daher der deutsche Geschichte erkunden, wäre sie nicht eine Erfindung der deutschen Geschichte. Schloß, aber Schloß der Bediente, schwört sie für jedes Pfund Fleisch, welches aus dem Volksbergem geschnitten wird, auf ihren Schein, auf ihren historischen Schein, auf ihren christlich-germanischen Schein.

Gutwillige Enthaltensdagegen, Deutschthümer von Blut und Freisinnige von Reflexion, suchen unsere Geschichte der Freiheit jenseits unserer Geschichte in den teutonischen Urwäldern. Wodurch unterscheiden sich aber unsere Freiheitsgeschichte von der Freiheitsgeschichte des Ebers, wenn sie nur in den Wäldern zu finden ist? Zudem ist es bekannt: „Wie man hineinschreit in den Wald, schallt es heraus aus dem Wald.“ Also Friede den teutonischen Urwäldern!

Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehen unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik, ein Verbrechen, der unter dem Niveau der Humanität steht, ein Gegenstand des Scharfrichters bleibt. Mit ihnen im Kampfe ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Der Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen,

sondern vernichten will. Denn der Geist jener Zustände ist widerlegt. An und für sich sind sie keine denkwürdigen Objekte, sondern ebenso verächtliche, als verachtete Existenzen. Die Kritik für sich bedarf nicht der Selbstverständigung mit diesem Gegenstand, denn sie ist mit ihm im Reinen. Sie giebt sich nicht mehr als Selbstzweck, sondern nur noch als Mittel. Ihr wesentliches Pathos ist die Indignation, ihre wesentliche Arbeit die Denunziation.

Es gilt die Schilberung eines wechselseitigen dumpfen Drucks aller sozialen Sphären auf einander, einer allgemeinen thatlosen Verstimmung, einer sich eben so sehr anerkennenden als verleugnenden Beschränkung, eingefaßt in den Rahmen eines Regierungs-systems, welches von den Konfession aller Erbärmlichkeiten lebend, selbst nichts ist als die Erbärmlichkeit an der Regierung.

Welch ein Schauspiel! Die ins Unendliche fortgehende Theilung der Gesellschaft in die mannigfaltigsten Rassen, welche mit kleinen Antipathien, schlechten Gewissen und brutaler Mittelmaßigkeit sich gegenübersehen, welche eben nur ihrer wechselseitigen zweideutigen und argwöhnischen Stellung willen alle ohne Unterschied, wenn auch mit den verschiedenen Formalitäten als konfessionirte Existenzen von ihren Herren behandelt werden. Und selbst dies, daß sie beherrscht, regiert, besessen sind, müssen sie als eine Konfession des Himmels anerkennen und belennen: Andererseits jene Herrscher selbst, deren Größe in umgekehrtem Verhältnisse zu ihrer Zahl liegt!

Die Kritik, die sich mit diesem Inhalt befaßt, ist die Kritik im Handgemenge, und im Handgemenge handelt es sich nicht darum, ob der Gegner ein edler, ebenbürtiger, ein interessanter Gegner ist, es handelt sich darum, ihn zu treffen. Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzusetzt, die Schmach noch schmückvoller, indem man sie publizirt. Man muß jede Sphäre der deutschen Gesellschaft als die partie honteuse der deutschen Gesellschaft schildern, man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt! Man muß das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen. Man erfüllt damit ein unabweisbares Bedürfnis des deutschen Volks, und die Bedürfnisse der Völker sind in eigener Person die letzten Gründe ihrer Befriedigung.

Und selbst für die modernen Völker kann dieser Kampf gegen den bornirten Inhalt des deutschen status quo nicht ohne Interesse sein, denn der deutsche status quo ist die offenerherge Vollendung des ancien régime und das ancien régime ist der verdeckte Mangel des modernen Staates. Der Kampf gegen die deutsche politische Gegenwart ist der Kampf gegen die Vergangenheit der modernen Völker, und von den Reminiscenzen dieser Vergangenheit werden sie noch immer befaßt. Es ist lehrreich für sie, das ancien régime, das bei ihnen seine Tragödie erlebte, als deutschen Nennant seine Komödie spielen zu sehen. Tragisch war seine Geschichte so lange es die präexistierende Gewalt der Welt, die Freiheit dagegen ein persönlicher Einsall war, mit einem Wort, so lange es selbst an seine Berechtigung glaubte und glauben mußte. So lange das ancien régime als vorhandene Weltordnung mit einer erst werdenden Welt kämpfte, stand auf seiner Seite ein weltgeschichtlicher Irrthum, aber kein persönlicher. Sein Untergang war daher tragisch.

Das heilige deutsche Regime dagegen, ein Anachronismus, ein flagranter Widerspruch gegen allgemein anerkannte Axiome, die zur Weltanschauung ausgefesselt, die Wichtigkeit des ancien régime, bildet sich nur mehr ein, an sich selbst zu glauben und verlangt von der Welt dieselbe Einübung. Wenn es an sein eigenes Wesen glaubte, würde es dasselbe unter dem Schein eines fremden Wesens zu verstecken und seine Rettung in der Heuchelei und dem Sophisma suchen? Das andere ancien régime ist nur mehr der Komödiant einer Weltordnung, deren wirkliche Helden gestorben sind. Die Geschichte ist gründlich und macht viele Pfafen durch, wenn sie eine alte Gestalt zu Grabe trägt. Die letzte Pfafe einer weltgeschichtlichen Gestalt ist ihre Komödie. Die Götter Griechenlands, die schon einmal tragisch zu Tode verwundet waren im gefesselten Prometheus des Reschilus mußten noch einmal komisch sterben in den Gesprächen Lucians. Warum dieser Gang der Geschichte? Damit die Menschheit heiter von ihrer Vergangenheit scheidet. Diese heitere geschichtliche Bestimmung vindiciren wir den politischen Mächten Deutschlands.

Sobald indeß die moderne politisch-soziale Wirklichkeit selbst der Kritik unterworfen wird, sobald also die Kritik zu wahrhaft menschlichen Problemen sich erhebt, befindet sie sich außerhalb des deutschen status quo oder sie würde ihren Gegenstand in ihrer ihrem Gegenstand greifen. Ein Beispiel! Das Verhältniß der Industrie, überhaupt der Welt des Reichthums zu der politischen Welt ist ein Hauptproblem der modernen Zeit. Unter welcher Form fängt dies Problem an, die Deutschen zu beschäftigen? Unter der Form der Schulzölle, des Prohibitivsystems, der Nationalökonomie. Die Deutschkümelei ist aus dem Menschen in die Materie gefahren, und so haben sich eines Morgens unsere Panmwoolltritter und Eisenhelden in Patrioten verwandelt. Man beginnt also in Deutschland die Souveränität des Monopols nach Innen anzuerkennen, dadurch, daß man ihm die Souveränität nach Außen verleiht. Man beginnt also jetzt in Deutschland anzufangen, womit man in Frankreich und England zu enden beginnt. Der alte saule Zustand, gegen den diese Länder theoretisch im Aufbruch sind, und den sie nur noch ertragen, wie man die Ketten erträgt, wird in Deutschland als die ausgehende Morgenröthe einer schönen Zukunft begrüßt, die kaum noch wagt, aus der listigen Theorie in die schonungslose Praxis überzugehen. Während das Problem in Frankreich und England lautet: Politische Dekonomie oder Herrschaft der Sozietät über den Reichthum, lautet es in Deutschland: Nationalökonomie, oder Herrschaft des Privateigentums über die Nationalität. Es gilt also in Frankreich und England das Monopol, das bis zu seinen letzten Konsequenzen fortgegangen ist, aufzuheben; es gilt in Deutschland bis zu den letzten Konsequenzen des Monopols fortzugehen. Dort handelt es sich um die Lösung und hier handelt es sich erst um die Kollision. Ein zureichendes Beispiel von der deutschen Form der modernen Probleme, ein Beispiel, wie unsere Geschichte, gleich einem ungeschickten Rekruten, bisher nur die Aufgabe hatte, abgedroschene Geschichten nachzuerzählen.

Ginge also die gesamte deutsche Entwicklung nicht über die politische deutsche Entwicklung hinaus, ein Deutscher könnte sich höchstens an den Problemen der Gegenwart beteiligen, wie sich ein Kasse daran beteiligen kann. Allein wenn das einzelne Individuum nicht gebunden ist durch die Schranken der Nation, ist die gesamte Nation noch weniger befreit durch die

Befreiung eines Individuums. Die Scythen haben keinen Schritt zur griechischen Kultur vorwärts gethan, weil Griechenland einen Scythen unter seinen Philosophen zählt. Zum Glück sind wir Deutsche keine Scythen.

(Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Nur noch wenige Wochen trennen uns von Weihnachtstagen. Während das Kind schon jetzt mit seinen Wünschen und in der Zuversicht auf deren Erfüllung dem Feste hoffnungsvoll entgegen sieht, blicken viele Familienväter und Mütter sorgenvoll den Festtagen entgegen.

In keinem der vorangegangenen Jahre hat auf gewerblichen Gebieten ein so großer Mangel an Beschäftigung in Berlin stattgefunden, wie in diesem. Die schon während des vorangegangenen Sommers sehr eingeschränkte Bauhätigkeit ist durch den unerwartet früh eingetretenen scharfen Frost vollständig unterbrochen worden.

Wie viel Tausend von Arbeitern dadurch plötzlich brotlos geworden sind, läßt sich zahlenmäßig nicht nachweisen, aber die großen täglichen Menschenansammlungen vor den Expeditionen der Blätter, welche Arbeitsnachweise enthalten, legen Zeugnis von dem herrschenden Arbeitsmangel und dem damit im Zusammenhang stehenden Arbeiterelend ab.

In der Konfektionsbranche herrscht eine um diese Jahreszeit ganz ungewöhnliche Geschäftslage. Die eigentliche Herrenschneiderei liegt gänzlich darnieder, den Damenmäntel-Geschäften fehlt es an Aufträgen und an Absatz, deren naturgemäße Folge Beschäftigungslosigkeit der Arbeiter ist. Ein Gleiches ist von der Wäschekonfektion zu berichten.

Die Schuhmacherei liegt gänzlich darnieder und der mit ihr nahe verwandten Branche der Schäftefabrikation geht es eben so. Die Ansperrung der Schuhmachergesellen in Erfurt seitens der Fabrikanten ist nur eine Folge des schlechten Geschäftsganges. Wenn diese die Arbeiter auf eine äußerlich anständige Weise los sein wollen, provozirt der eine oder andere Fabrikant in seiner Fabrik einen Streik, aus Kollegialität erklären dann die anderen Fabrikanten ihre Fabriken schließen zu müssen, bis die Arbeiter jener Fabrik zu Kreuzen geflohen.

Ruhe herrscht ferner in der Posamentenbranche und in der Tapissiererei, diese pflegt in den Wochen vor Weihnachten vollauf beschäftigt zu sein, weil es die „gebildete Damenwelt“ liebt, sich mit fremden Federn zu schmücken, d. h. sie kauft beinahe fertige Stückerlen, an denen noch unwesentliches zu verändern ist, oder gar gänzlich fertige und nimmt das Lob über ihre Geschicklichkeit, welches die Beschenkten spenden, bescheidenlich entgegen.

Uebrigens leidet kaum ein Fach unter so niedrigen Arbeitslöhnen, wie dasjenige der Tapissiererei. Die Mädchen aus dem Stande der mittleren Beamten, der Kleinrentiers und der sich kaum über das Handwerk erhebenden Fabrikanten sind darauf bedacht, äußerlich als Töchter reicher Leute zu gelten. Dazu gehören schöne Kleider, der Besuch von Theatern und Konzerten. Zur Befriedigung dieser Ansprüche reichen die Einnahmen der Eltern nicht hin; das Mädchen will es seinen Ansprüchen nicht entgehen, muß Geld verdienen und dazu eignet sich kein Geschäft besser als die Lohnstickerei. Kommt Besuch, so braucht die Arbeit nicht bei Seite gelegt zu werden, es wird für Papa oder Mama oder den Liebsten gestrickt. Geklaubt wird es freilich nicht, man ist aber zur Gegenseitigkeit verpflichtet. Die Tapissierhändler tragen diesem Hochmuthe der jungen Damen Rechnung, die Ablieferungzeit der fertigen Arbeit ist zu einer anderen Stunde festgesetzt, wie für diejenigen Mädchen, die nicht so dummstolz sind, um als Arbeiterinnen zu gelten und sich zu bekennen. Gewöhnlich ist für jene Damen ein besonderer Eingang zum Geschäft bestimmt. Diese Konfessionen an den dummstolz macht der Kaufmann nicht umsonst, er zahlt wirklich erbärmliche Preise an diese Damen, viel niedrigere als an die Arbeiterinnen, obgleich deren Verdienst sehr gering ist und zwar der geschicktesten Konkurrenz wegen. Aber dieses Gebahren ist Zeichen und Folge des Niederganges des Mittelstandes.

Es sind nicht die verhältnismäßig wenigen hier aufgeführten Gewerbe, welche von der allgemeinen Arbeitslosigkeit zu leiden haben, nach den sorgfältigsten Erkundigungen sind alle Uebrigen von dem gleichen Geschick betroffen. Die allgemeine Gewerbetätigkeit ist einem Kreislaufe zu vergleichen, der zum Stillstande kommt, wenn ein Theil erkrankt ist, da Jeder zu gleicher Zeit Produzent und Konsument ist.

Von der Kritik hat die Arbeiterschaft, die in ihrer großen Mehrheit von der Hand in den Mund lebt, am meisten zu leiden und nicht wenige Familien werden in Berlin thatfächlich ein Opfer des Hungers werden. Die Sterberegister haben freilich keine Rubrik, die „Verhungert“ überschrieben ist, die Folgen der fortgesetzten Entbehrung genügender Nahrung treten in so verschiedenen Krankheitserscheinungen auf, daß das jartfährende Herz des reichen Bourgeois nicht in allen großen Aufregung versetzt wird; der Appetit an der mit fastigen Braten, seinem Gebilde und edelen Weinen besetzten Tafel mußte entsetzlich leiden, wenn die unverhüllte Wahrheit bekannt würde, die und die Familie ist langsamen Hungertodes gestorben.

Die allgemeine Geschäftsstörung ist indeß so rücksichtslos, die Bourgeoisie nicht gänzlich unberührt zu lassen. Durchwandern wir die Strassen Berlins, so nehmen wir wahr, daß eine ganz ungewöhnlich große Zahl Läden und miltlerer und größerer Wohnungen leer stehen, und nicht bloß in den äußeren Stadtgegenden, sondern in den besten der inneren Stadt. Es mag wohl mancher Hausbesitzer, der von diesem Schicksale, nicht vermietet zu haben, betroffen worden ist, mit Bangen dem nächsten Zinszahlungstermine entgegensehen. Das ist freilich fatal, weil der Gläubiger vielleicht in seiner Ungeduld nicht warten will und so unhöflich ist, die Subhastation zu veranlassen. Der Herr Hauswirth hat wahrscheinlich schon manche Ermiffion ins Werk gesetzt, ohne davon nervös erregt worden zu sein, und da sich Subhastation und Ermiffion gleichen wie ein Ei dem anderen, so wird er und die Seinigen um die Erfahrung reicher geworden sein, wie es Jemand zu Muthe ist, den man vor die Thür gesetzt hat. Auch ist es nicht unmöglich, da, wie man zu sagen pflegt, bei jedem Unglück auch ein Glück ist, der Herr einer Schwemmniggelkur überhoben wird, wenn er, statt längigen Sommer im Bade zu weilen, in einer Baugrube tüchtig Erde schöpft.

Die Hausbesitzer, deren Häuser viele kleine Wohnungen haben, scheinen jetzt besser daran zu sein, als die vorstehend Bezeichneten. Indes dürfte sich das Blatt wenden, wenn die Arbeitskräft und die Theuerung aller Lebensmittel nicht bald aufhören. Wenn nichts verordnet wird, kann keine Miethe bezahlt werden und mit dem Schlafstellen-Vermietten will es auch nicht mehr recht gehen, da viele Arbeiter verlassen haben und deshalb Ueberflus an Schlafstellen ist, andererseits viele Schlafsucher arbeitslos sind und darum die Miethe schuldig bleiben müssen. Und mit dem Ermitteln hat es für den Eigenthümer des Hauses auch seinen Haken, es kostet Geld und er muß die zurückbehaltenen Sachen des Ermittelten bis zu deren etwaigem

Verkauf sicher aufbewahren, wobei es fraglich bleibt, ob der Auktionserlös die Gerichtskosten deckt.

Freilich mag manchem Hausbesitzer bei solchen Betrachtungen keine rechte Festimmung für die nächsten Weihnachten und das Neujahr kommen wollen, da sie aber auch vielen anderen Menschenkindern schon längst verdorben ist, so wird es ihm nicht schaden, wenn er von gleichem Geschicke betroffen wird.

Gerichts-Beitrag.

Der große Diebes- und Hehler-Prozess (Deppe und Genossen), welcher vor einigen Tagen vor der IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts I seinen Anfang nahm, ist gestern nach mühseligen Verhandlungen zu Ende geführt worden. Die angeklagten Hausdiener waren im Großen und Ganzen geständig und da, wo diese Geständnisse noch Lücken zeigten, wurden letztere durch die gegenseitigen Bezeugungen ausgefüllt. Der kleine Schwurgerichtssaal machte den Eindruck eines Schlachtfeldes oder eines Bivouals: der Fußboden war dicht bedeckt mit Ballen, Kisten und Packeten, und die Zeugen, welchen es oblag, Waaren zu rekonstruieren, konnten sich nur schwer zurecht finden. Die Schilderungen, welche der Kriminalkommissarius Grünmayer von dem Leben und Treiben in dem Deppe'schen Schanklokal gab, glich einem Kapitel aus einem Kolportageroman. Freilich behaupteten die Angeklagten beziehungsweise deren Verteidiger, daß diese Schilderungen arg an Uebertreibungen litten und zum großen Theile auf den Angaben des Angeklagten Hirschfelder beruhen. In der That hat Hirschfelder, der eigentlich die Seele der Gesellschaft war, in großem Umfange „gepfiffen“, und seine Mitangeklagten hatten keinen Grund, demselben sehr dankbar zu sein. Der eine von ihnen hielt ihn sogar für schlecht genug, daß er zu eigenen Besten den anderen recht viel Schlechtes aufzupacken im Stande sei, denn er behauptete, daß Hirschfelder zu ihm geäußert habe: „Ich lege die übrigen ordentlich hinein. Ich bekomme meine drei Jahre, die ich aber nicht ab, mache später mit meiner Frau ein Schankgeschäft auf und lebe dann meinen guten Tag.“ Dieser Darstellung widersprach Hirschfelder, er mußte aber zugeben, daß er durch seine Mittheilungen der Kriminalpolizei wesentliche Dienste geleistet habe. Ob dies immer innerhalb der gesetzlichen Grenzen geschehen, darüber wurde am gestrigen letzten Verhandlungstage sehr lebhaft gestritten. Die Verteidigung hatte nämlich erfahren, daß der Kriminalkommissarius Grünmayer am 2. d. M. nach dem gestrigen Abend den Angeklagten Hirschfelder aus dem Gefängnisse sich hatte vorführen lassen, erst über andere Dinge, dann aber auch noch über die Gegenstände dieser Untersuchung ausgefragt und nun diese neuesten Befundungen Hirschfelder's in seiner Zeugnisaussage verwertet hatte. Die Verteidigung protestirte lebhaft gegen dieses Verfahren und führte aus, daß Kriminal-Kommissarius Grünmayer von seiner Seite autorisirt worden sei, während der Hauptverhandlung auf eigene Faust mit einem der Angeklagten neue Wahrnehmungen zu veranstalten. Das Ermittlungsverfahren sei abgeschlossen gewesen und derartige nachträgliche Wahrnehmungen durch Hirschfelder der Staatsanwaltschaft könnten doch höchstens unter Hinzuziehung der Angeklagten oder deren Verteidiger gestattet sein. Der Vorsitzende stellte fest, daß gestern an ihn von dem Kriminalkommissariat das Ersuchen gerichtet sei, zu gestatten, daß Hirschfelder dem Kriminalkommissarius H. zur Vernehmung vorgeführt werde. Da noch viele andere Sachen gegen Hirschfelder schweben, so habe er gar kein Bedenken gehabt, diesem gar nicht ungewöhnlichen Ersuchen zu entsprechen, neu sei es aber dem Gerichtsschoß, daß diese Vernehmung sich auch auf die jegliche Anklage erbreite. Der Zwischenfall endet damit, daß eine entsprechende Bemerkung dem Protokolle einverleibt wurde. — Sonst verlief die Beweisaufnahme in der diesen Prozessen gewöhnlich eigenenthümlichen eintönigen Weise. Nur einmal brach eine große Heiterkeit durch, als ein Zeuge, welcher vom Vorsitzenden aufgefordert wurde, einen von seiner Aussage belasteten Hausdiener aus den Reihen der Angeklagten herauszufinden, nun mit besonderer Vorliebe gerade die Köpfe aus der ersten Reihe sorgsam prüfend musterte. Er mußte erst vom Vorsitzenden angehalten werden, seine Studien nach dieser Richtung hin abzukürzen, weil in der ersten Reihe ja die Verteidiger saßen. — Staatsanwalt Wallé beantragte drakonische Strafen. Er führte aus, daß dieser Prozeß eine große Bedeutung besitze, da er gezeigt habe, daß unter den Hausdienern eine tief gehende Korruption herrsche. (Die organisirten Hausdiener werden nicht anstehen, diese Beleidigung ihres Berufes entschieden zurückzuweisen. Red.) Die Hehlerbanden hier am Orte außerordentlich zahlreich und weitverzweigt sind. Zweifellos seien die Thaten der Angeklagten durch die Anklage nicht erschöpft, es sei viel mehr gefolgt und geschieht worden, als hier aus Tageslicht gekommen. Die Anklagebehörde müsse sich aber mit dem ihr zu Gebote stehenden Beweismaterial begnügen. Die Hausdiener seien ja fast durchweg geständig und nur die Hehler machten die tollsten Winkelzüge und glaubten dem Gerichte vorreden zu können, daß sie die bei ihnen vorgefundene gestohlene Waare als „Brandwaare“ ehrlich erstanden hätten. Der Staatsanwalt widerlegte diese Ausrede und kam dann zu folgenden Strafanträgen: gegen Reich 4 Jahre Gefängniß, Gohlke, Breitholz, Paul Kohl, Wichmann gleichfalls je 4 Jahre Gefängniß, Schiefelbein, Lenz, Gast, Pröfrod, Knoth je 3 Jahre Gefängniß, Bedmann 2 Jahre, Hempel 3/4 Jahre, Hirschfelder 6 Jahre, Sumpf 1/4 Jahr, Portier Liebig 1 Jahr, Bubacz 1/2 Jahre Gefängniß, ferner: gegen den Schankwirth Adermann und dessen Ehefrau je drei Jahre Zuchthaus, den Schankwirth Deppe 3 Jahre, dessen Ehefrau 5 Jahre Zuchthaus, den Hausdiener Züttner 3 Jahre Zuchthaus, den Handelsmann Züttner 1 Jahr Zuchthaus, gegen Hirschfelder 3/4 Jahre Zuchthaus, Dannhäuser 2 Jahre Zuchthaus, gegen den Handelsmann Michaelis 6 Jahre Zuchthaus, dessen Ehefrau 2 Jahre Zuchthaus, Arndt 2 Jahre Zuchthaus. Ferner brachte der Staatsanwalt gegen einige weniger belastete Angeklagte nach Monaten bemessene Freiheitsstrafen in Vorschlag und beantragte in zwei Fällen die Freisprechung. — Diese Anträge auf zusammen circa 34 Jahre Gefängniß und 33 Jahre Zuchthaus wirkten auf den Zuhörerraum geradezu niederstürmender. Viele der dort anwesenden Frauen brachen in Thränen aus, einige waren einer Ohnmacht nahe und mußten aus dem Saal geführt werden. Die Verteidigung war zumeist in der Lage, auf mildere Strafen zu plaidiren. Die Verteidiger bekämpften, daß dieser Prozeß Anlaß gebe, von der Korruption eines ganzen Standes zu sprechen (!) In Berlin gebe es viele Tausende von Hausdienern, und weil nun hier zwei Duzend Angeklagte vor Gericht stehen, könne man den ganzen Stand doch ebensowenig dafür verantwortlich machen, als wenn man sagen wollte, im Stande der Landesdirektoren müsse Korruption herrschen, weil kürzlich einer von ihnen in Danzig Gericht gestanden. (Sehr gut!) Im Uebrigen baten die Verteidiger, die Angeklagten nicht zu experimentellen Objekten für eine Abschreckungstheorie zu machen und dieselben nicht um deshalb schwerer zu bestrafen, weil durch eine zufällige Konstruktion der Gemeinamkeit nun so viel auf einmal vor Gericht stehen. Das Urtheil lautete wie folgt: Reich — 1 Jahr 4 Monate Gefängniß — 4 Monate verbüßt. Gohlke frei. Breitholz frei. Paul Kohl 3 Monate Gefängniß — 4 Monate verbüßt. Wichmann 1 Jahr 10 Monate — 4 Monate verbüßt. Schiefelbein 1 Jahr 4 Monate Gefängniß — 1 Monat verbüßt. Lenz 10 Monate Gefängniß — 4 Monate verbüßt. Gast 10 Monate Gefängniß — 4 Monate verbüßt. Pröfrod 1 Jahr 6 Monate Gefängniß — 4 Monate verbüßt. Knoth 10 Monate Gefängniß — 4 Monate verbüßt. Bedmann 8 Monate Gefängniß — 4 Monate verbüßt. Hempel 1 Jahr 2 Monate Gefängniß — 4 M. verbüßt. Hirschfelder

2 Jahre Gefängniß — 4 Monate verbüßt. Sumpf 6 Monate Gefängniß — 4 Monate verbüßt. Liebig 8 Monate Gefängniß. Bubacz 1 Jahr Gefängniß. Adermann frei. Frau Adermann frei. Deppe 2 Jahre Zuchthaus — 4 Monate verbüßt. Frau Deppe 2 Jahre Zuchthaus — 4 Monate verbüßt. Züttner, Hausdiener, 2 Jahre Zuchthaus. Züttner, Handelsmann, 3 Monate Gefängniß. Hirschfelder 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus — 4 Monate verbüßt. Dannhäuser 1 Jahr Zuchthaus — 4 Monate verbüßt. Michaelis frei. Frau Michaelis frei. Arndt 1 Jahr Zuchthaus — 4 Monate verbüßt. Die übrigen Angeklagten erhielten geringe Gefängnißstrafen.

Versammlungen.

Erklärung. In der Nummer 274 dieses Blattes ist ein Bericht über die Versammlung der Berliner Zimmerer vom 20. v. Mts. enthalten, in welchem gesagt wird, daß dort eine Resolution angenommen worden ist, die den hier bestehenden Lokalverband (Zentral-Organisation) anerkennt. Um aus dieser Resolution keine falsche Schlussfolgerung ziehen zu lassen, bemerken wir folgendes:

Erstens mußte dem Einberufer dieser Versammlung bekannt sein, daß die Mitglieder und Anhänger der Freien Vereinigung keine Versammlung, die von Seiten der Beamten des Verbands einberufen wird, besuchen. Der Grund hierfür ist das Vorgehen dieser Leute in der Zimmerer-Versammlung am 24. September d. Jahres. Die Unterzeichneten waren mit einigen Freunden nur darum als passive Zuhörer anwesend, um den Lauf der Versammlung kennen zu lernen. Zweitens war die Versammlung nach unserer Zählung nur von ca. 130 Personen besucht. Eine Zahl der Versammlungsbesucher, welche nicht annähernd den Mitgliedschaften der hier bestehenden Organisationen (Zentral- und Lokal-) gleichkommt, geschweige denn die Zahl der Berliner Zimmerer repräsentirt (6000—6500); insofern dessen kann von einem Beschluß der Berliner Zimmerer keine Rede sein. Drittens sind wir der Meinung, wenn eine ehrliche Aussprache und keine Ueberrumpelung stattfinden sollte, so mußte, da der Referent von einer anderen Gewerkschaft (Maler) und vollständig für die Form der Zentralisation, wie sie der Verband der deutschen Zimmerer darstellt eingenommen war, ein Korreferent ernannt werden, der die Richtung, die wir vertreten, klar zu legen hätte; da dieses unterlassen worden ist, so kann unmöglich eine Bereitwilligkeit zu einer friedlichen Einigung auf jener Seite vorhanden sein. Daß für Berlin die Zentralorganisation nach Hamburger Muster maßgebend ist, glauben wir nicht und werden, so lange wir nicht eines Besseren belehrt sind, an der Lokalorganisation festhalten.

Um in dieser Sache endlich Klärung zu schaffen, werden wir in nächster Zeit eine Versammlung der Zimmerer Berlins einberufen, in welcher diese Streitfragen durch einen Referenten und einen Korreferenten klargestellt werden sollen, um, wenn irgend möglich, Ruhe und Frieden unter den Zimmerern Berlins zu schaffen.

Otto Dörre, Hermann Goede,
Reinholdsdorferstr. 46 D. Adolfsstr. 8.
Paul Schulz,
Neue Hochstraße 27.

Vorstands-Mitglieder der Freien Vereinigung.

Eine öffentliche Versammlung der Antsker und im Fuhrwesen beschäftigten Arbeiter und deren Frauen tagte am 24. November unter dem Vorsitz des Herrn Brunsch. Herr Link sprach über die wirtschaftliche Lage und die Lebensmittelpreise. Er sagte etwa folgendes: Wenn wir nur mehrere Jahrzehnte zurückgreifen, so bietet sich uns dort ein ganz anderes Bild unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, wie heute. In der Industrie wie in der Landwirtschaft war der Kleinbetrieb das Gewöhnliche. Weil die Maschinenteknik noch nicht so entwickelt war wie heut, wurden auch mehr Menschenkräfte zur Arbeit gebraucht. Dagegen der Lohn der Arbeiter niedriger war als der jetzt übliche, herrschte dennoch Zufriedenheit und Sorglosigkeit unter der arbeitenden Bevölkerung. Je mehr sich jedoch die maschinelle Thätigkeit entfaltete, nahm die Arbeitslosigkeit unter der großen Masse der Bevölkerung zu, was notwendig zur Folge hatte, daß die Lebensweise der Bevölkerung eine schlechtere werden mußte. Der Redner kommt nunmehr auf die Lebensmittel zu sprechen, welche in kurzer Zeit ungläublich in die Höhe gegangen sind. Die Ursachen hiervon sind in die mit jedem Tage sich mehrenden Militärkosten, welche das Volk fast allein aufbringen muß, zu suchen. So kann die Regierung auf immer neue Einnahmequellen. Hätte man nun die direkten Steuern vermehrt, so würden ja in erster Linie die Großgrundbesitzer und die Großindustriellen die Leidenden gewesen sein, das konnte und wollte man nicht seitens der herrschenden Klassen und das Haupt derselben, Herr Bismarck, äußerte sich in seiner denkwürdigen Rede vom 22. November 1875 dementsprechend. Nun, sein Wunsch ist schneller vielleicht, als er oder die Bourgeois geahnt, in Erfüllung gegangen. Bereits im Jahre 1879 sehen wir das indirekte Steuersystem eingeführt auf diejenigen Lebensmittel, welche das arbeitende Volk hauptsächlich verbraucht. Redner bringt für alle seine Behauptungen hinreichende Zahlenbeweise, welche amtlichen Verichten entnommen sind. Er erinnert nur noch an die letzte Steigerung der Brot- und Fleischpreise, welche uns der verstorbene Kartell-Reichstag 1887—1890 brachte. So wurde die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes noch tiefer herabgedrückt. Aus allem geht hervor, daß das arbeitende Volk nur als Ausbeutungsbjekt seitens der herrschenden Gesellschaft betrachtet wird. Hiergegen müssen wir energisch Front machen, wenn wir nicht zu Grunde gehen wollen. Deshalb müssen sämtliche Arbeiter sich organisiren und gemeinsam für Erringung besserer Zustände kämpfen und in diesem Sinne mögen auch Sie handeln. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt. Zu Verschiedenem sprachen noch die Herren Seimede, W. Schulz, Piesewand, Nowi und Brunsch in Sachen des von den Fuhrwerkbesitzern Scharfenberg und Genossen zu errichtenden Simulanten-Krankenhauses für Antsker. Nach einem Schlusswort des Herrn Link wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Der Fachverein der Tischler für den Osten Berlins hielt am 26. v. M. eine Versammlung ab, in der Herr Doktor Lütgenau unter großem Beifall einen Vortrag hielt über: Was kann das deutsche Parlament den deutschen Arbeitern nützen? Zur Diskussion sprach Kollege Apelt im Sinne des Referenten, der noch betonte, daß auf politischem Gebiete allein ebenfowenig, wie auf gewerkschaftlichem etwas auszurichten sei; vielmehr müssen die Bewegungen Hand in Hand gehen. Die Gewerkschaftsbewegung ist nöthig; ebenso nöthig ist es, daß wir Vertreter im Reichstage haben, deren Pflicht es ist, die Wege zu ebnen, auf denen wir vorwärts schreiten müssen. Pflicht ist es eines Jeden, für die Organisation zu wirken, kraft derer wir uns eine bessere Lebenslage erringen können. Zu Werkstatt-Kontrolluren wurden die Kollegen Liech, Arndt, Breitbart und Bede vorgeschlagen. Der Bevollmächtigte drückt sein Bedauern darüber aus, daß die Versammlung wieder so schlecht besucht sei. Unter solchen Umständen würde es bald schwierig sein, einen Saal zu bekommen, da die Wirthe darauf hinweisen, daß bei solch schlechtem Besuch nicht einmal die Unkosten gedeckt würden. Es wärem nun Pflicht eines jeden Kollegen, in der nächsten Versammlung zu erscheinen und auch Andere aus ihrer Werkstatt mitzubringen.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung tagte am 24. v. M. Kollege Richard Baginski sprach daselbst über: „Bourgeoise und Arbeiter.“ In der Diskussion sprachen Kleinmeister, welche wiederum auf die Dissonanz zwischen Meister und Gesellen hinwiesen. Weiter wurde der Erfurter

Kollegen Erwähnung gethan. Von einem Mitgliede der Agitationskommission wurde der Antrag gestellt, eine Stärkung der Kommission vorzunehmen. Der Antrag wurde angenommen und für Moabit 2 Kollegen gewählt. Nachdem die Vorsitzende aufgefordert, sich recht zahlreich an den Geldsammlungen für die Erfurter zu betheiligen, schloß er die Versammlung.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wirtcherbranche hielten am Dienstag, den 25. v. M., unter dem Vorsitz des Herrn Wenzels eine Versammlung ab. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche waren bisher getrennt organisiert, hatten es jedoch den Verhältnissen entsprechend für zweckmäßig gefunden, sich zu einem gemeinsamen Verein zu verbinden; dies ist vor ein paar Wochen geschehen und nun war die Vorstandswahl vorzunehmen. Es wurden gewählt: als erster Vorsitzender Herr C. Häbsch, als zweiter Frl. Schulz; als erster Schriftführer Herr M. Kirchschild, als zweiter Frl. Kelling; als erster Kassirer Herr G. Jany, als zweiter Frl. M. Wadow, und als Beisitzerin Frl. Buttgeret. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung zeichneten sich 70 Mitglieder in die ausgelegten Listen ein. Im Verschiedenen folgten Kollege Häbsch an, daß in Chemnitz bei der Firma Sterker in Folge einer Lohnreduzierung von 20 pCt. ein Streik ausgebrochen sei, bei welchem 325 Personen in Betracht kommen. Redner erwähnte die Anwesenheit, solidarisch für die Streikenden einzutreten und sie nach Kräften zu unterstützen. Ein Antrag, die Versammlung zum Festen der Chemnitzer fortzuführen, wurde einstimmig angenommen.

Der Fachverein der Tischler für den Bezirk Biedorf und Umgebung hielt am 25. v. M. eine gut besuchte Versammlung ab, in der Kollege Biedemann einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Die Kollegen von Otto Heise, Juliusstr. 28, G. Scholz, Bergstr. 16, sowie der Aktien-Gesellschaft für Montierarbeiten vorm. Weiß u. Komp., waren dazu eingeladen. Herr Heise, welcher erschienen war, konnte die Anschuldigungen und Vorhaltungen des Kollegen Biedemann nicht widerlegen. Die Kollegen von G. Scholz waren, wie immer, nicht erschienen, woran ihr Indifferentismus zu erkennen ist. Von den Kollegen vormals Weiß u. Komp. war der bisherige Meister, Herr Clawatz, anwesend. Die Diskussion unter „Verschiedenes“ war eine sehr lebhaft. Besonders handelte es sich darin um die von der Innung vorgenommene Gründung einer Krankenkasse.

Die freie Vereinigung der Kartonnarbeiter hielt am 26. November eine Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende, Kollege Drews, eingehend die Organisationsfrage erörterte. Gleichzeitig rechtfertigte er sich gegen die Angriffe des Herrn Dietrich, die derselbe in der öffentlichen Versammlung der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter gegen ihn ausgesprochen hatte. In seinem Vortrag schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in welcher mehrere Anträge gestellt, aber wieder zurückgezogen wurden, weil nur eine General-Versammlung berechtigt ist, solche Beschlüsse zu fassen. Ein Ergänzungsantrag ist notwendig, weil Kollege Rudolf sein Amt als Beisitzer niederlegt. An seine Stelle tritt Koll. Janke.

Am Sonnabend, den 22. November, feierte der Verband der Möbelpolier Berlins und Umgegend sein 5. Stiftungsfest. Eingeleitet wurde dasselbe durch einige Gesangsaufführungen des Vereins „Graue Schleife“ und durch humoristische Vorträge. Während der Kaffeepause hielt Kollege Reuter eine begeisterte Ansprache, worin er besonders hervorhob, daß nur die Organisation im Stande sei, die Kollegen so eng zusammen zu bringen. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf das Bestehen und Gedeihen des Verbandes. Nach dem Abingen der Arbeiter-Marseillaise trat die Fidelitas an die Reihe und hielt die Kollegen und Gäste bis in die früheste Morgenstunde beisammen.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung tagte am Montag, den 24. November. Da die Referenten zu den ersten beiden Punkten der Tagesordnung nicht erschienen, wurde über die ausgeperrten Erfurter Kollegen verhandelt. Es wurde eine Resolution angenommen, welche besagte: daß Sammlungen überall aufzunehmen und so lange fortzusetzen seien, bis die Erfurter Kollegen zum Siege gelangt. Unter Verschiedenem wurden zunächst folgende Adressen, bei welchen Sammelkisten zu haben sind, bekannt gegeben; Sühmeier, Kleine Mauerstr. 2; Mehlberg, Friedrichstr. 49; Berner, Brangelstr. 108. Alsdann wurde bekannt gegeben, daß nächsten Sonntag, Beuthstr. 19—22, ein gemüthliches Beisammensein und Montag eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung stattfindet, außerdem findet Sonntag eine öffentliche Versammlung der Arbeiterinnen der Schuh- und Schuhfabrikbranche bei Gratweil, Kommandantenstr. 77/79, statt.

Eine öffentliche Hausdiener-Versammlung tagte am 27. v. M. unter Vorsitz von Koll. Barnewitz. Da der Referent W. Werner nicht erschienen war, berichtete Kollege Grauer über die Sitzungen des Gewerkschaftskongresses und theilte der Versammlung in kurzen Worten die Beschlüsse derselben mit. Dieselben fanden allgemeine beifällige Aufnahme. Dann verlas Kollege Perlman die Abrechnung der Agitationskommission, welche mit einem Defizit abschloß. Der Kommissionsbericht wird Decharge ertheilt. In den Ersatzwahlen zur Preis- und Agitationskommission werden zu ersterer die Kollegen Damann und Neumann, zu letzterer Kollege Freude gewählt.

Der Verein der Gas- etc. Rohrleger Berlins hielt am 28. v. M. eine Versammlung ab. In derselben erklärten Baummeister Knauß die Vorgänge in Hausröhren bei Wolfenbrücken. Nächste Versammlung am 14. Dezember, Vormittags 10 Uhr.

Herr Klavierarbeiter Köppern schreibt uns: Nach meiner Auffassung ist durch die Einsetzung der Herren Pianoforte-Fabrikanten Sperber u. Schmidt in dem Versammlungsbereich auch nicht ein e Unrichtigkeit nachgewiesen. Die Werkstatt-Kontrollkommission unseres Vereins sah sich veranlaßt, durch die überlange Arbeitszeit in jener Fabrik, mich zu beauftragen, mit den Fabrikanten deshalb Rücksprache zu nehmen! Wir glauben umsomehr, daß unsere Vorstellungen Verständniß finden würden, weil p. Sperber seiner Zeit unserm Verein und Vorstand angehört hatte. Zu einer eigentlichen Verhandlung kam es überhaupt nicht, da dieselbe durch den Sozials abgebrochen wurde, und ich durch denselben hinausgewiesen wurde. Trotzdem ich mich an Sperber wandte, um dagegen zu protestiren, hatte er nur die Antwort: Dagegen kann ich nichts machen. Wenn ferner Sperber behauptet, er habe ein gutes Recht auf Extra-Unterstützung, so ist hierauf zu erwidern: Unser Verein zahlt nur den kranken, hilfsbedürftigen Mitgliedern Unterstützung. Da Sie kurze Zeit darauf Fabrikant wurden, so kann ich nicht annehmen, daß Sie sich in bedrängter Lage befinden. Sie hatten als aufrichtiger Kollege vielmehr die Pflicht, die Extra-Unterstützung von 30 M. zurückzuweisen. Wo bleibt da Ihr gutes Recht?

Literarisches.

Ueber den Ursprung und die Lage der ländlichen Arbeiter hat Julius Fark eine Broschüre von 56 Seiten Zeit geschrieben. (Verlag von Ernst Kunze, Rheinsbergerstr. 20, Preis 30 Pf.) Die Schrift stützt sich auf ein ziemlich umfangreiches Quellenmaterial und behandelt hauptsächlich die Verhältnisse seit 1848, die Lage der Dienstleute, der Häusler und der Einlieger, die Arbeit, Nahrung, Wohnung, Vergnügungen, die Schulverhältnisse, die Konzentration des Grundbesitzes, die Wanderarbeiter, die Lohnverhältnisse u. s. v. Ebenfalls nimmt die Schrift auf die neueren Gesetzesvorlagen, betreffend die Schaffung von Rentengütern Bezug und stellt diesen Versuch zur Abwehr gegen das Vordringen der Sozialdemokratie auf dem offenen Land in sein entsprechendes Relief.

Die Broschüre ist 3000 Exemplare stark aufgelegt und der Ertrag für den Zentral-Unterstützungsfonds der im Gartenbau beschäftigten Arbeiter bestimmt worden.